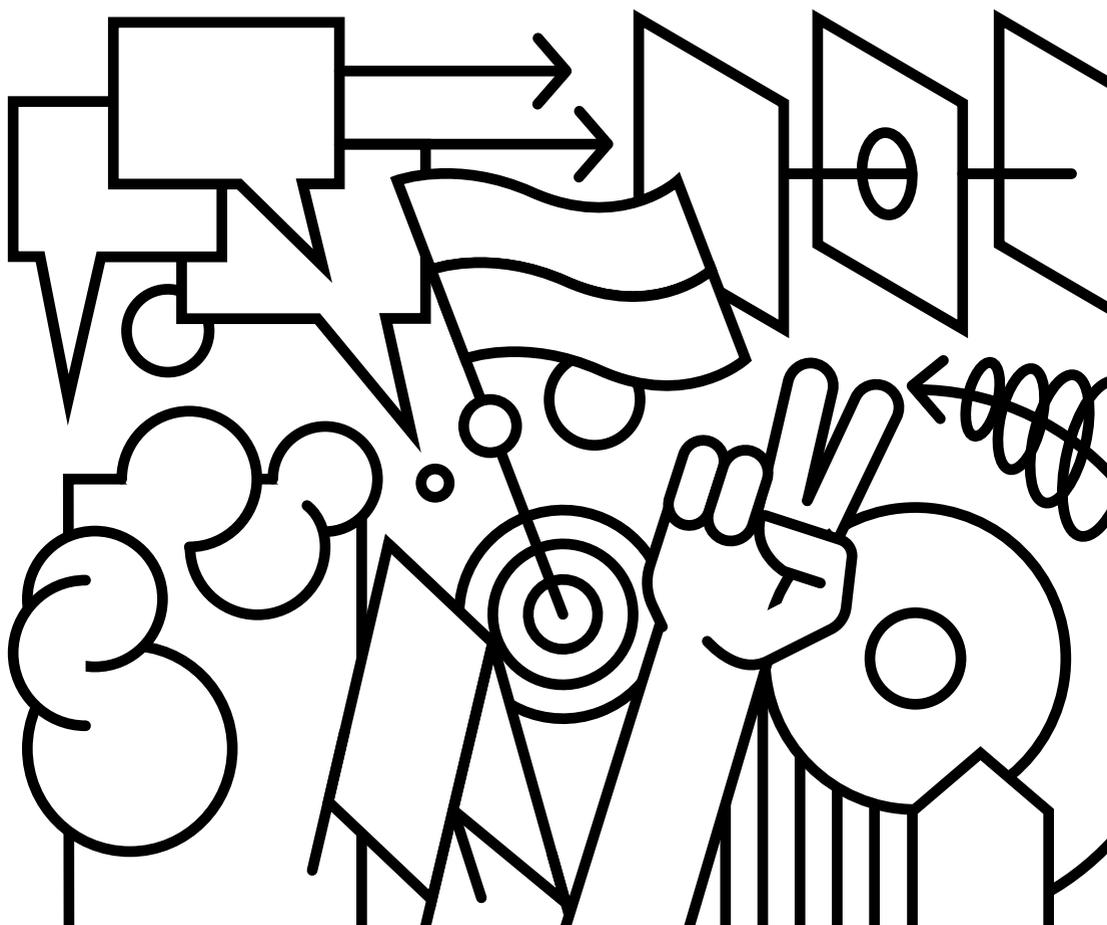


2 0 1 8 — 2 0 1 9

# URBANE LIGA

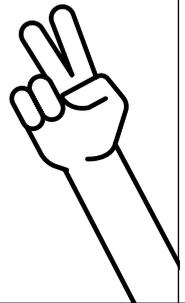
VISIONEN FÜR DIE  
KOPRODUZIERTE  
STADT VON MORGEN

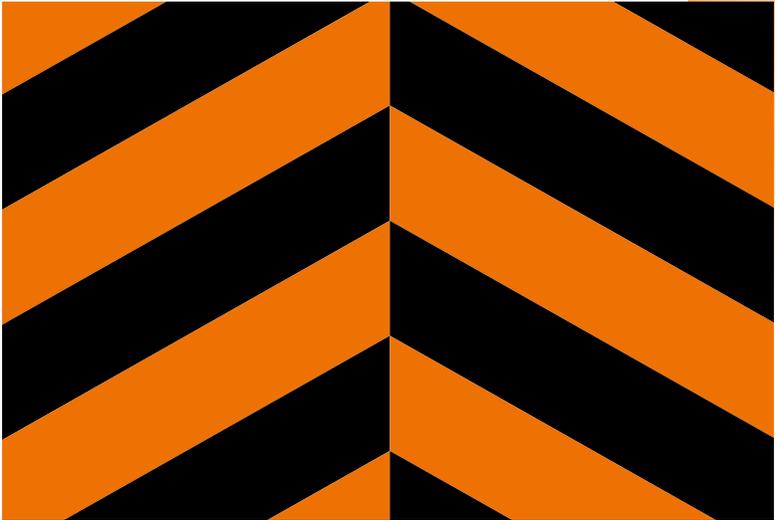
---



# URBANE LIGA

Visionen für die koproduzierte Stadt von morgen





# INHALT

## INTRO

Der Kosmos der Urbanen Liga ————— 6

## THEMEN

Kooperation und Koproduktion:  
Drei Themenfelder für die Stadt  
von morgen ————— 40

1. Aktive Mitgestaltung statt passiver  
Beteiligung: Zusammenarbeit in  
transformierenden Gemeinschaften — 42

2. Flächen und Fundamente:  
Planungssicherheit auf  
städtischem Grund ————— 71

3. Stadtbilder im rechtlichen  
Rahmen: kooperatives Baurecht — 99

## STADT KANN MEHR!

10 Visionen und Werkzeuge für die  
koproduzierte Stadt von morgen — 124

## NETZWERK UND AKTEURE

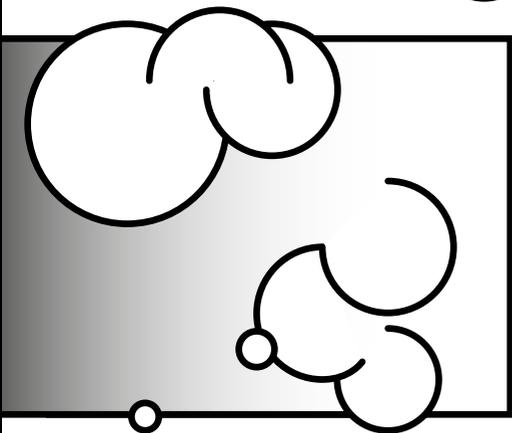
Die Akteure des Jahrgangs 2018/2019  
von A-Z ————— 144

**IMPRESSUM** ————— 197

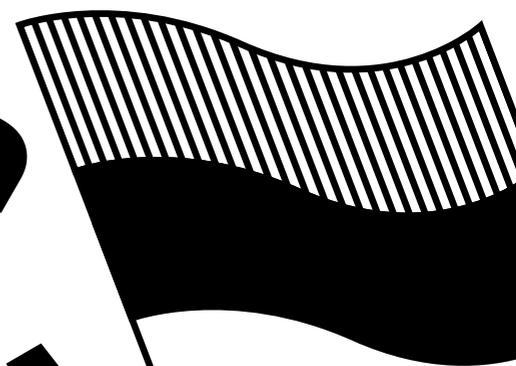


DIE →

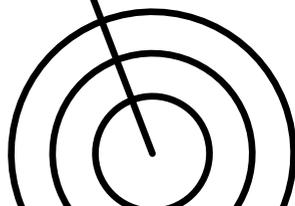
URBANE



LITING



A





„Lebendige Städte brauchen bunte Projekte. Ich bin gespannt auf die zukünftigen Vorschläge der Urbanen Liga und führe den Dialog mit den jungen Stadtmachern fort.“

Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesbauministerium





# DIE URBANE LIGA – PLATTFORM JUNGER STADTMACHER

Die Urbane Liga ist ein Bündnis junger Stadtmacher, die sich aktiv in die Gestaltung ihrer Städte einbringen. Sie besteht aus über 40 jungen Menschen aus 22 deutschen Städten und Kommunen, die sich in 26 Projekten aktiv für eine offene Stadt einsetzen. Sie engagieren sich in diversen Gremien und Projekten, entwickeln neue Ideen für städtisches Zusammenleben und schaffen neue urbane Räume für sich und eine vielfältige Stadtgesellschaft.

Junge Erwachsene sind ernstzunehmende Produzenten unserer Städte geworden. Sie sorgen für einen gesunden Diskurs in der Stadtpolitik und arbeiten täglich am Gemeinwohl mit – ohne sich von Hindernissen aufhalten zu lassen. Bei der Gestaltung ihrer Stadt bewegen sie sich in einem komplizierten Spannungsfeld zwischen Politik, Verwaltung, Nachbarschaft sowie Eigentümerinnen und Eigentümern. Auf der einen Seite wird von der Politik der Anspruch formuliert, dass junge Menschen mehr Verantwortung übernehmen und Engagement in der Stadtentwicklung zeigen sollen. Auf der anderen Seite verfolgen Politik und Verwaltung ganz eigene Ziele, die sich in vielen Fällen schwer mit den Ideen und dem Tatendrang junger Erwachsener vereinbaren lassen.

Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung ist es, die Mitwirkung junger Menschen in der Stadtentwicklung zu stärken. Mit der Urbanen Liga richteten das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das BBSR darum 2018 einen Zusammenschluss junger aktiver Stadtmacher ein. Über einen Projektauftrag wurden dafür 40 junge Stadtmacher ausgewählt. Die Urbane Liga bringt diese jungen Stadtmacher zusammen und zielt darauf ab, als Projektschmiede, Ideenlabor und Netzwerkplattform das Wirken junger Erwachsener in Deutschland zu stärken. Sie fördert die Mitsprache junger Stadtmacher im öffentlichen Diskurs, entwickelt gemeinsame Stadtvisionen und erweitert eigene Handlungsmöglichkeiten.

Die Urbane Liga diskutiert zweimal jährlich mit Staatssekretärin Anne Katrin Bohle im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, wie Projekte von jungen Stadtmachern und jugendgerechte Stadtentwicklung vorangebracht werden können. Zusätzlich ist die Arbeit der Urbanen Liga in die Jugendstrategie des Bundes eingeflossen und betont damit eine städtische Perspektive auf die Beteiligung junger Erwachsener in der Bundespolitik. →



Diese Publikation ist das Ergebnis des ersten Jahrgangs der Urbanen Liga (2018/2019) und zeigt eindrucksvoll, wie engagiert und mit welcher Expertise sich junge Menschen von heute in die Stadtentwicklung einbringen.

Die Urbane Liga hat in vier Denklaboren mit der Ko-Forschung und den Beiträgen zu den letzten beiden Bundeskongressen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Frankfurt am Main (2018) und Stuttgart (2019) an möglichen Lösungen und Strategien für die Stadt von morgen gearbeitet. Die Publikation enthält neue Ideen und Ansätze rund um das Thema „Stadtmachen“ und stellt anhand von 26 konkreten Projektbeispielen mögliche Strategien zur Aneignung von Raum durch stadtgestaltende Initiativen vor. So inspiriert die Publikation zum „Stadtmachen“, regt neue Kooperation auf kommunaler Ebene an und stärkt die Stimme für zivilgesellschaftliche Initiativen. ●

#### URBANE LIGA - BÜNDNIS JUNGER STADTMACHER

Die Urbane Liga ist das Bündnis engagierter Stadtmacher von morgen. Ziel des Bündnisses ist es, durch Diskurse, Dialoge und Aktionen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen jungen Stadtmachern, Politik und Verwaltung zu ermöglichen.

1. Die Urbane Liga bietet jungen Erwachsenen die Möglichkeit, sich an der Stadtentwicklungspolitik des Bundes zu beteiligen. Ziel ist es, die Mitwirkung junger Erwachsener an der Stadtentwicklungspolitik und Stadtforschung des Bundes zu stärken, neue Themen und Handlungsfelder zu identifizieren und zugleich deren Teilnahme in den Bund-Länder-Programmen der Städtebauförderung zu verbessern.
2. Die Urbane Liga, ist eine Plattform zur Weiterentwicklung der eigenen Praxis für die jungen Stadtmacher von morgen. Miteinander und voneinander Lernen stehen im Fokus.
3. Die Urbane Liga ist ein bundesweites Projektnetzwerk, das über den einzelnen Standort hinaus wirkt und in der Summe auch zu einem höheren Gewicht der Belange junger Menschen in der lokalen Stadtentwicklungspolitik führen soll.



Stadt auf dem Wasser: Besuch bei der Spree:publik

# FOKUS

## JUGENDBETEILIGUNG

Junge Erwachsene haben ein Recht auf Beteiligung und Mitgestaltung. Dieses Recht gehört zur Basis unserer Demokratie und wurde in den letzten Jahrzehnten in zahlreichen internationalen und nationalen Gesetzestexten festgeschrieben: etwa in der UN-Kinderrechtskonvention, im Bürgerlichen Gesetzbuch, im Baugesetzbuch, im Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie in einzelnen Ländergesetzen<sup>12</sup>. Mit der Jugendstrategie der Bundesregierung soll jungen Menschen in allen Lebensbereichen mehr Gehör geschenkt werden. Dies gilt auch für die Stadtentwicklung, deshalb wird die Urbane Liga als eine Referenz in der Jugendstrategie des Bundes angeführt<sup>13</sup>. Ein Ergebnis der Stadtforschung des BBSR<sup>14</sup> zeigt, dass besonders darauf zu achten ist, geeignete Formate und Möglichkeiten der Selbstorganisation zur Verfügung zu stellen. Außerdem muss in den Städten ein Angebot an offenen Räumen entstehen, in denen sich junge Erwachsene ausprobieren und experimentieren können. Dies greift auch den Anspruch der Urbanen Liga auf, die Gestaltung von Freiräumen selbst in die Hand zu nehmen. Zusätzlich wünschen sich junge Erwachsene Begegnungen und Diskussionen auf Augenhöhe. Daran anknüpfend fördert das Format der Urbanen Liga als bundesweite Plattform den Austausch mit politischen Akteuren, um junge Menschen an politischen Entscheidungsprozessen und Weichenstellungen in der Stadtentwicklung aktiv mitwirken zu lassen. ●

---

<sup>12</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.); „Für ein kindergerechtes Deutschland. Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“. Berlin 2015, S. 7.

<sup>13</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.); „In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, von und mit Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung“. Berlin 2019, S. 23.

<sup>14</sup> Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.); „Jugend.Stadt.Labor – Wie junge Menschen Stadt gestalten“. Bonn 2016.



LIVE LIFE LIKE  
**URRRB!**

# JAHRGANG 2018/2019

## LIVE LIFE LIKE URRRBS

Die Urbane Liga 2018/2019 besteht aus 26 Projekten und über 40 jungen Menschen, die in lokalen Projekten vielfältiges Erfahrungswissen gesammelt haben. Dieses Erfahrungswissen und der ganz besondere Fokus der einzelnen Akteure wurde im ersten Denklabor gemeinsam herausgearbeitet und in eine spezifische Kernfrage für jedes einzelne Projekt übersetzt. Zusammengenommen stecken die 1.140 aktiven Mitstreiter dieses Netzwerkes der Projekte Jahr für Jahr 22.000 Stunden gemeinnützige Arbeit in ihre Städte und Quartiere und organisieren über 800 Veranstaltungen mit insgesamt ca. 32.000 Besuchern. Die lokalen Herausforderungen, Visionen und Fragestellungen bilden den Kern der Agenda der Urbanen Liga.

### **1. Amelie Rösel & Felix Graßhoff**

Kulturimbeutel e.V., Bremen

„Wie gewinnt man politischen Einfluss, um temporäre Nutzungen zu verstetigen?“

↪ [www.kulturimbeutel.de](http://www.kulturimbeutel.de)

### **2. Artur Meier & Otto Kronschwitz**

A-Team, Second Attempt e.V., Görlitz

„Wie erreichen wir junge Menschen für Beteiligungsformate?“

↪ [www.ateam-goerlitz.de](http://www.ateam-goerlitz.de)

### **3. Christiana Weiss, Elif Kälberer & Paul Vogt**

Adapter, Stuttgart

„Wie kann unter aktiver Beteiligung von Stadt, Personen mit Eigentum und Nutzenden experimenteller Wohnraum in temporärem Leerstand ermöglicht werden?“

↪ [www.adapter-stuttgart.de](http://www.adapter-stuttgart.de)

### **4. Christoph Mörsch**

Fachbeirat für integrierte Stadtentwicklung, Bad Münstereifel.

„Wie kann man mehr junge Menschen dazu motivieren, sich in der Politik zu beteiligen und die Zukunft mit zu gestalten?“ →

**5. Clemens Weise, Silvan Hagenbrock, Marian Schuth & Miriam Nessler**

Kollektiv Raumstation, Weimar/Berlin/Wien

„Wie kommen wir zu mehr Wertschätzung von Bottom-Up Strategien, ohne sie zu instrumentalisieren?“

↳ [www.raumstation.org](http://www.raumstation.org)

**6. Cosima Schugmann**

Stadt für alle, Nürnberg

„Wie können Bürger, Verwaltung, urbane Akteure und Unternehmen ihre Stadt gemeinsam gestalten, um eine Vielfalt an Lebensentwürfen, Begegnungen, Angeboten und Lebendigkeit zu etablieren?“

↳ [www.urbanlab-nuernberg.de/projekt/stadt-fuer-alle](http://www.urbanlab-nuernberg.de/projekt/stadt-fuer-alle)

**7. Franziska Ortgies**

Blaue Blume e.V., Friedrichshafen

„Wie kann eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Projekten und Verwaltung und auch Politik funktionieren?“

↳ [www.dieblaueblume.org](http://www.dieblaueblume.org)

**8. Fridolin Pflüger & Philipp Sohr**

Konglomerat e.V. / #Rosenwerk, Dresden

„Wo kann die Stadt von morgen noch gemeinsam gestaltet werden, wenn die Räume zum Ausprobieren innovativer Ideen zunehmend verschwinden?“

↳ [www.konglomerat.org](http://www.konglomerat.org)

**9. Gregor Kuhlmann & David Morsi**

Niehler Freiheit e.V., Köln

„Wie können wir in dicht besiedelten Großstädten mit hohen Mietpreisen Inseln zum freien Experimentieren schaffen?“

↳ [www.niehlerfreiheit.de](http://www.niehlerfreiheit.de)

**10. Henrik Vervoorts**

Tiny Legal, Bochum

„Wie sieht eine städtebauliche Utopie für eine flexible und adaptive Stadt aus?“

↳ [www.tinylegal.wordpress.com](http://www.tinylegal.wordpress.com)

**11. Jakob Wirth**

Blaue Blume e.V., Friedrichshafen, Penthaus Parasit, Berlin.

„Wie lassen sich in einer Stadt Freiräume für Experimente und Kultur garantieren?“

↳ [www.dieblaueblume.org](http://www.dieblaueblume.org)

**12. Ardit Jashanica**

Jugendgemeinderat Reutlingen

„Wie findet man Lösungen für jugendliche Anliegen in der Kommunalpolitik? Wie kann eine Stadtverwaltung auf unkonventionelle Anfragen proaktiv reagieren?“

↪ [www.facebook.com/jgr.reutlingen](http://www.facebook.com/jgr.reutlingen)

**13. Julia Klink**

Hafencity Universität, Hamburg

„Wie kann Ernährung als Instrument für Stadtentwicklung in den Fokus gerückt werden, sodass ungenutzte Flächen und städtische Ressourcen das Potenzial erlangen, zum Zwecke der Versorgung in partizipativen Verfahren neu gedacht, organisiert und genutzt zu werden?“

**14. Juliane Rohrbacher**

AJK Bad Kreuznach

„Wie geht eine jugendgerechte Stadt mit Leerstand um?“

↪ [www.ajk.blogspot.de](http://www.ajk.blogspot.de)

**15. Kai Nitsche**

Tante Gerda, Esslingen

„Wie lassen sich städtische Freiflächen für junge Erwachsene zurückgewinnen? Wie kann aus Esslingen bei Stuttgart, Stuttgart bei Esslingen werden?“

↪ [www.sjr-es.de/tante-gerda](http://www.sjr-es.de/tante-gerda)

**16. Kristin Lazarova**

Parklets für Stuttgart

„Wie lassen sich vereinfachte Genehmigungsverfahren für gemeinwohlorientierte, temporäre und nicht-kommerzielle Stadtraumnutzungen gestalten?“

↪ [www.parklet-stuttgart.de](http://www.parklet-stuttgart.de)

**17. Leila Unland**

Lückenfülle, München

„Wie können Genehmigungsverfahren für temporäre und soziokulturelle Projekte verlaufen, so dass sich Projektimpulse nicht unter zeitlichem und finanziellem Aufwand auflösen?“

↪ <https://www.facebook.com/Lueckenfuille>

**18. Lena Maaß**

Model Spaces, Berlin

„Wie könnte ein Flächenkataster für Berlin aussehen, das zivilgesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit zu Zugängen gibt?“

↪ [www.modelspaceproject.de](http://www.modelspaceproject.de)

→

**19. Linda Heldt**

StadtPioniere, Herne

„Wie können Kommunalpolitik und Kreativszene nachhaltig besser zusammenarbeiten?“

**20. Magdalena Jackstadt, Anna Finn & Benedikt Schlund**

Hannover Voids, Hannover

„Welche Tools können helfen, die Ideen der Stadtbewohnerschaft direkt in Planungsprozesse einzuspeisen?“

↪ [www.hannover-voids.de](http://www.hannover-voids.de)

**21. Maria Camilla Ruiz Lora**

IM STADTFELD, Magdeburg

„Wie kann das Konzept des Geschäftsstraßenmanagements gefördert und lokales Wissen auch für andere Städte genutzt werden?“

↪ [www.imstadtfeld.de](http://www.imstadtfeld.de)

**22. Mascha Fehse**

ConstructLab, Berlin

„Wie können wir das Vertrauen in prozessorientierte (Bau-)Projekte steigern?“

↪ [www.constructlab.net](http://www.constructlab.net)

**23. Mona Gennies**

Netzwerk Immobilien, bundesweit

„Wie lassen sich gemeinwohlorientierte Besitzstrukturen politisch und gesellschaftlich verankern?“

↪ [www.netzwerk-immobilien.de](http://www.netzwerk-immobilien.de)

**24. Sophie Thurner**

plattFORM e.V., Halle/Saale

„Wie schafft man offene Räume für Nachbarschaften?“

↪ [www.sophiethurner.com](http://www.sophiethurner.com)

**25. Ture Claußen**

PlatzProjekt e.V., Hannover

„Wie lassen sich neue Formen des Arbeitens und Wirtschaftens Hand in Hand mit der Stadtverwaltung etablieren?“

↪ [www.platzprojekt.de](http://www.platzprojekt.de) ●



# URBANE LIGA

## JAHRGANG 2018/19

**Julia Klink**

HCU Hamburg (Hamburg)

**Amelie Rösel & Felix Graßhoff**

Kulturbeutel e.V. (Bremen)

**Ture Claußen**

PlatzProjekt (Hannover)

**Magdalena Jackstadt,**

**Anna Finn & Benedikt Schlund**

Hannover Voids (Hannover)

**Svea Saatkamp**

TU Dortmund (Dortmund)

**Henrik Vervoorts**

Tiny Legal (Bochum)

**Linda Heldt**

Stadtpioniere (Herne)

**Gregor Kuhlmann & David Morsi**

Niehler Freiheit e.V. (Köln)

**Christoph Mörsch**

Jugendforum (Bad Münstereifel)

**Juliane Rohrbacher**

AJK Bad Kreuznach (Bad Kreuznach)

**Kristin Lazarova**

Parklets für Stuttgart (Stuttgart)

**Christiana Weiss, Elif Kälberer**

**& Paul Vogt**

ADAPTER (Stuttgart)

**Kai Nitsche**

Tante Gerda (Esslingen)

**Ardit Jashanica**

Jugendgemeinderat (Reutlingen)

**Jakob Wirth & Franziska Ortgies**

Blaue Blume e.V. (Friedrichshafen)





**Lena Maaß**

Model Space Project (Berlin)

**Mascha Fehse**

ConstructLab (Berlin)

**Mona Gennies**

Netzwerk Immobilien (Berlin)

**Maria Camilla Ruiz Lora**

IM STADTFELD (Magdeburg)

**Clemens Weise, Silvan Hagenbrock,  
Marian Schuth & Miriam Nessler**

Kollektiv Raumstation (Berlin/  
Weimar/Wien)

**Sophie Thurner**

plattFORM e.V. (Halle)

**Artur Meier & Otto Kronschwitz**

A-TEAM (Görlitz)

**Fridolin Pflüger & Philipp Sohr**

Konglomerat e.V. (Dresden)

**Cosima Schugmann**

Stadt für alle (Nürnberg)

**Leila Unland**

Lückenfülle (München)



Projektvorstellung auf dem NSP-Kongress in Stuttgart

# DER KOSMOS URBANE LIGA – DREI BAUSTEINE EINES DEZENTRALEN IDEENLABORS

Mit der Urbanen Liga ist 2018 ein Bündnis aus jungen Stadtmachern zwischen 17 und 27 Jahren entstanden. Junge Erwachsene, die selbst aktiv sind und Verantwortung für ihre Stadt übernehmen, erhalten die Möglichkeit, gezielt ihre Interessen und Fähigkeiten im Bereich der Stadtentwicklung auszubauen. Dabei treten sie mit Mitgliedern aus Stadt-Initiativen und Experten aus Forschung und Planungspraxis in Kontakt und diskutieren innovative Ansätze für eine offene und jugendgerechte Stadt.

## #1 DENKLABORE UND DISKUSSIONEN IM BUNDESBAUMINISTERIUM

Die Urbane Liga trifft sich zweimal jährlich in einem Denklabor, um über aktuelle stadtentwicklungspolitische Themen zu beraten. In den Denklaboren werden konkrete Fragen und Probleme aus der eigenen Projektarbeit mit stadtpolitischen Diskursen verknüpft, woraus in einem zweiten Schritt einerseits Empfehlungen für die Stadtentwicklungspolitik des Bundes abgeleitet werden und andererseits die Themen der Stadtmacher in ihren alltäglichen Projekten vor Ort erweitert werden. Im Fokus der Denklabore steht dabei stets der Do-it-yourself-Ansatz als Beitrag zur eigenständigen Mit-Gestaltung.

Im ersten Denklabor haben die Mitwirkenden aus ihren eigenen Projekten vier thematische Felder herauskristallisiert und mit dem ehemaligen Staatssekretär Gunther Adler diskutiert. In einem kollaborativen Prozess entwickelten die Beteiligten daraus die drei Kernthemen **„MITWIRKUNG UND MITGESTALTUNG“**, **„ZUGANG UND VERSTETIGUNG VON FLÄCHEN“** und **„GEMEINWOHLORIENTIERTES BAURECHT“**. Jedes Thema wurde in einem der folgenden drei Denklabore vertieft. Damit wurde der Anspruch einer tiefgreifenden Beteiligung an der Themensetzung der Urbanen Liga erfüllt.

→

## #2 URBANE LIGA ON TOUR

Um die gemeinsam entwickelten Stadtvisionen und die Mitsprache der jungen Stadtmacher im öffentlichen Diskurs zu fördern, hat sich die Urbane Liga mit eigenen Veranstaltungen und einer Projektausstellung auf den Bundeskongressen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2018 in Frankfurt am Main und 2019 in Stuttgart präsentiert. Dort wurden die Ergebnisse aus den Denklaboren und aus der Ko-Forschung mit verschiedenen Experten aus der kommunalen Praxis reflektiert. Darüber hinaus dienten die Bundeskongresse der Nationalen Stadtentwicklungspolitik dazu, die Sichtbarkeit der Urbanen Liga, insbesondere aber auch die der beteiligten Projekte bundesweit zu erhöhen. Dies trägt dazu bei, neue Impulse und Kooperationen zu schaffen. Die Ausstellung wurde auch in Görlitz, Stuttgart, Köln sowie Hamburg gezeigt und mit Workshops verbunden, um auch dort als Türöffner den Austausch zwischen Stadtmachern, Verwaltung, Politik und Bürgern zu ermöglichen.

Die Wanderausstellung in Stuttgart 2019



## #3 DIE KO-FORSCHUNG

Mit der Einrichtung der Ko-Forschung reagierten BMI und BBSR auf die hohe Motivation und das große Engagement der jungen Stadtmacher, das sich zwischen den Denklaboren aufbaute. Die Ko-Forschung beinhaltete einen institutionellen Förderrahmen für eine gemeinschaftliche und unbürokratische Weiterentwicklung, Vertiefung und Verbreitung der Themen aus den Denklaboren. Auf Grundlage eines Kriterienkatalogs konnten Arbeitshilfen, Ansätze und Werkzeuge für die Arbeit der Urbanen Liga selbst, aber auch für möglichst viele andere junge Stadtakteure entwickelt werden.

Mithilfe einer Online-Plattform wurden die finanziellen Mittel, die für die Mikro-Projekte zu Verfügung standen, selbstverwaltet. Durch dieses selbstverwaltete Budget zur Ausarbeitung der Ansätze und Ideen konnte das Wirken junger Erwachsener auch über die Denklabore hinaus praxisorientiert gestärkt werden: Bestehende Netzwerke konnten eigenständig ausgebaut und die Mitsprache im öffentlichen Diskurs gefördert werden. Auf Grundlage eigener Themen und Projekte entwickelte sich die Urbane Liga so zu einem Botschafter für eine jugendgerechte und nutzergetragene Stadtentwicklung und die Beteiligten am ersten Jahrgang zu Multiplikatoren in ihren Kommunen.

Bei der Entwicklung einer Struktur zur Vergabe und Verwaltung der Gelder dienten internationale Beispiele wie das Pariser budget participatif oder das spacehive-Programm des Londoner Bürgermeisters als Inspiration. Auch Beispiele aus Deutschland, wie Quartiers- und Jugendfonds aus der Städtebauförderung oder größer angelegte Bürgerhaushalte deutscher Kommunen zählten zu den Inspirationsquellen.

Die im Rahmen der Ko-Forschung entstandenen Projekte sind vielfältig: Sie reichen von Veröffentlichungen wie dem „Fächer der Mitgestaltung“, einer Sammlung von Mitgestaltungswerkzeugen oder dem Thesenpapier „Kodex Kooperative Stadtentwicklung“ über Workshops thematischer Arbeitsgruppen (Zukunftsschutzgebiete, rurale Liga, gemeinwohlorientiertes Baurecht), einer Podiumsdiskussion in Görlitz zum Thema Mitgestaltung in strukturschwachen Regionen, bis zu Präsentationen der Urbane Liga-Ausstellung in Görlitz, Stuttgart, Köln und Hamburg. →

Mittels der Ko-Forschung konnten Themen und Inhalte auch über die Denklabore hinaus bearbeitet werden. Über verschiedene Online-Plattformen war eine transparente und dezentrale Kommunikation möglich. Um auch nach außen sichtbar zu sein, konnten die Teilnehmenden auf eine zentrale E-Mail-Adresse der Urbanen Liga zurückgreifen. Alle Dokumente, Vorlagen, Fotos und Grafikelemente waren auf einem Online-Server für alle jederzeit zugänglich. Wer aktiv werden wollte, hatte dazu die nötigen Ressourcen; wer lieber beobachten wollte, konnte in der Beobachterrolle Prozesse still mitverfolgen. ●

Workshop zum gemeinwohlorientierten Baurecht in Dresden



## ZUM WERT DER URBANEN LIGA

Erst mit der Ko-Forschung, den Veranstaltungen im Rahmen von „Urbane Liga on Tour“, den offenen Gesprächsrunden auf den Bundeskongressen, gepaart mit den frei verfügbaren Online-Tools und dem Zugang zu den Arbeitsmaterialien aus den Denklaboren, konnte aus der Urbanen Liga das werden, was sie heute ist: Ein dezentrales Netzwerk, das auf Eigeninitiative und Selbstwirksamkeit setzt, für seine Ideen und Themen öffentlich eintritt und diese Themen auch über die Denklabore und die Termine im Bundesbauministerium hinaus an die Öffentlichkeit trägt und bewirbt. So generierte und erreichte die Urbane Liga in knapp 18 Monaten mit ihren Botschaften rund 1500 Follower in den sozialen Medien. Auch die Webseite mit ihren Blogbeiträgen, Bildern und der Möglichkeit, die entwickelten Werkzeuge der Urbanen Liga herunterzuladen wird monatlich durchschnittlich von 1000 unterschiedlichen Besuchern gesehen.

Neben der überregionalen Wirkung und der starken Stimme für eine nutzergetragene junge Stadtentwicklung und Förderung soziokultureller Projekte ist noch etwas anderes entstanden: ein belastbares Netzwerk, das neue Kooperationen untereinander anstößt und sich gegenseitig über Stadtgrenzen hinweg fördert. Und es geht sogar noch einen Schritt weiter: Mitglieder der Urbanen Liga finden ihre ersten Jobs in der Verwaltung oder in bekannten Planungsbüros und tragen so die Ergebnisse auch über die Arbeit in ihren Projekten hinaus in die Kommunen und Praxis planender Berufe und sorgen so dafür, dass die Visionen für eine koproduzierte Stadt von morgen Gehör finden. ●

Stärkung der Mitwirkung von jungen Erwachsenen in der Stadtentwicklungspolitik des Bundes als Ziel. Projektauftrag durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) unterstützt durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR).

## OPEN CALL

40 Teilnehmer  
aus 22 Städten

# DENK- LABORE

Zentrales Element der gemeinsamen Arbeit, Entwicklung von Ideen und Forschungsansätzen auf Basis der eigenen Projekterfahrung und Diskussion dieser mit Sts. Anne Katrin Bohle im Ministerium.

- II°1 Agendasetting
- II°2 Mitwirkung und Mitgestaltung
- II°3 Zugang zu / Verstetigung v. Flächen
- II°4 Gemeinwohlorientiertes Baurecht

## PUBLIKATION



Dokumentation und Präsentation der Projekte, Ergebnisse, der Ansätze und Ideen jedes Jahrgangs der Urbanen Liga als praktisches Handbuch.

DOKUMENTATION  
DER ERGEBNISSE

## WEBSEITE

Zentrales Element, um die Urbane Liga nach außen hin sichtbar zu machen und kontinuierliche Dokumentation der Arbeit.

[WWW.URBANE-LIGA.DE](http://WWW.URBANE-LIGA.DE)



# KO- FORSCHUNG

Eigenständige Weiterentwicklung von Forschungsansätzen und Werkzeugideen aus den Denklaboren.

Selbstverwaltet und selbstorganisiert mit der kollaborativen Budgetierungssoftware cobudget.co.

- №1 Werkzeugfächer der Mitgestaltung
- №2 Die Jurbanisten: BauRecht auf Stadtmachen
- №3 Kodex Kooperative Stadtentwicklung
- №4 Zukunftsschutzgebiete

# URBANE LIGA ON TOUR

Die erarbeiteten Themen aus den Denklaboren werden im Rahmen von Veranstaltungen in den Heimatstädten der Urbanen Liga oder im Rahmen des Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Kombination mit der Projektausstellung präsentiert.

- SEP 2018** Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, Frankfurt a.M.
- JUN 2019** #raumkon, Dresden
- JUL 2019** Credit Exhibit, Hamburg
- AUG 2019** Fokus Festival, Görlitz
- SEP 2019** Sommerblume, Friedrichshafen
- OKT 2019** Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, Stuttgart
- OKT 2019** Adapter, Stuttgart

→ **IN DIE  
STÄDTE**

Die Ergebnisse werden an die Ausgangsorte zurück getragen und durch Unterstützung der Marke Urbane Liga in der Stadtpolitik vor Ort platziert. Entfaltung der Wirkung in Kommunen. Wandel!

ZIELSETZUNG

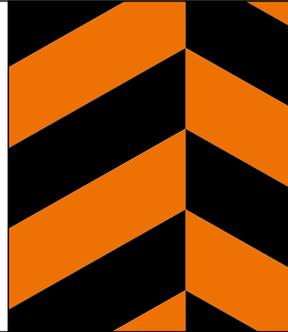


# MANIFLUX

## EIN GEMEINSAMES VERSTÄNDNIS VON STADT

Mit dem „Maniflux“, einem Manifest, das niemals fertig, sondern fortlaufend weiterentwickelt wird, erklärt die Urbane Liga ihr Selbstverständnis, die geteilten Werte und zentralen Themen und Ziele. Es entstand in einem offenen Arbeitskreis nach Konsensprinzip als Antwort auf folgende Fragen: Was zeichnet die Stadt der Zukunft aus? Welche Zutaten braucht es für eine vielfältige und offene Stadt? Für welche Ziele will sich die Urbane Liga einsetzen?

**1** Wir setzen uns dafür ein, dass in deutschen Großstädten mehr Freiräume für kulturelle, soziale und kreative Nutzung bereitgestellt werden. Hierbei muss durch engere Kooperation mit Verwaltung und Politik ein besserer Zugang für Akteure gewährleistet werden – d. h. Leerstände sollen für eine attraktive (Zwischen-)Nutzung geöffnet werden.



**2** Wir sprechen uns dafür aus, dass Städte das Potenzial dieser Raum-Initiativen erkennen, sodass durch den gemeinsamen Austausch ein Mehrwert für alle entstehen kann. Eine lebenswerte Stadt braucht Räume, in denen sich Menschen außerhalb der traditionellen Erwerbsarbeitsstrukturen ausleben und verwirklichen können. So entstehen Gemeinschaften und attraktive Quartiere. →





Foto: Team stadtstatstrand

3 Wir fordern gemeinsam, dass gesellschaftliches und kulturelles Zusammenleben Räume und Flächen zur kreativen Nutzung und Gestaltung braucht. Hier müssen aus unserer Sicht bessere Zugänge und Verfahren etabliert werden, um solche Flächen (auch Leerstände und brachgefallene Flächen) leichter und flexibler zu nutzen und zu sichern.

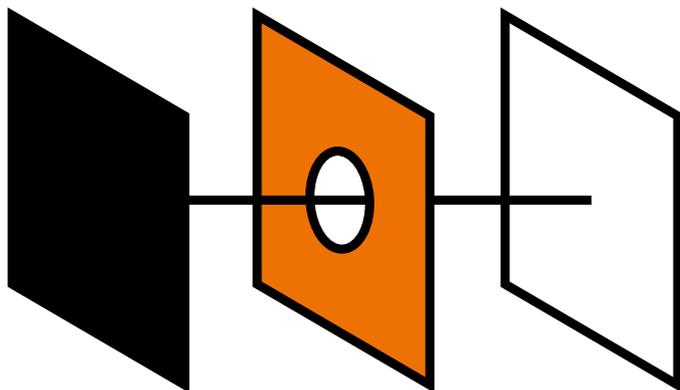
4 Wir begrüßen, dass eben solche Räume nicht von vorneherein durch bürokratische Hürden zum Scheitern verurteilt sind. Baurecht und Veranstaltungsrecht dürfen den Initiatoren nicht als unüberwindbare Hindernisse im Weg stehen, sondern sollten in Kooperation mit den Städten flexibel gestaltet werden. Dazu gehören Regelungen, die eine mobile und flexible Bebauung und Nutzung von Flächen ermöglichen.



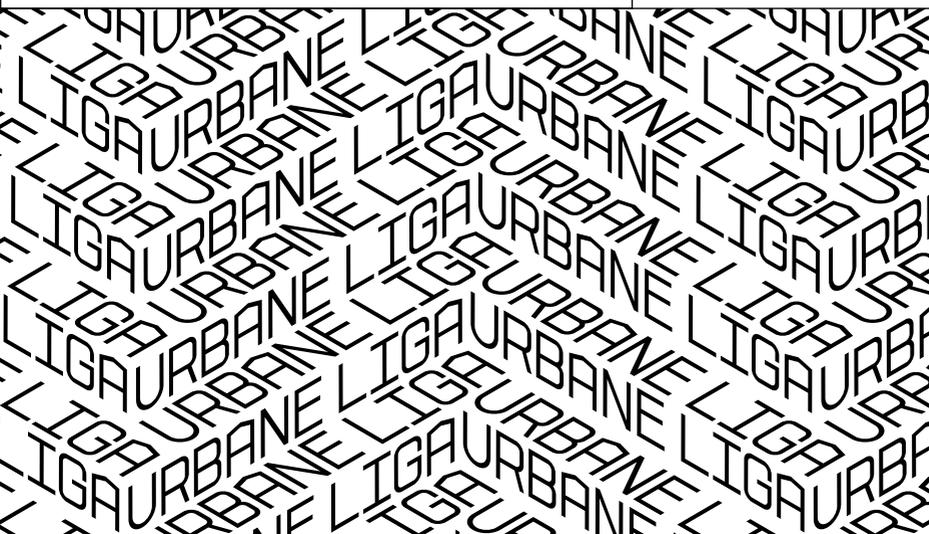
5 Wir betonen, dass Stadtplanung den Menschen und nicht Profite in den Mittelpunkt stellen soll.

Foto: Hanna Burckardt © Team stadtstatstrand





6 Weitere drängende Themen sind die bessere Kooperation von Zivilgesellschaft und Verwaltung, die durch Schlüsselpersonen in der Verwaltung verbessert werden könnte, sowie die Möglichkeiten zur Mitgestaltung für die Bewohnerschaft. Die Themen Recht auf Stadt und Fragen nach Ungleichheit, Umverteilung und Gerechtigkeit sind in vielen Debatten unterrepräsentiert. Dafür wollen wir uns verstärkt einsetzen. ●





Agendasettingprozess im Rahmen des ersten Denklabors in Berlin



Foto: Team stadstatstrand



T H E M E N

**MIT** *er*

**W W I E R**

**KUNG,**



**FLÄCHEN,**

**BAU RECHT.**



# KOOPERATION UND KOPRODUKTION DREI THEMENFELDER FÜR DIE STADT VON MORGEN

Perspektivwechsel. Denkanstöße. Impulse. Alle Mitglieder der Urbanen Liga bringen ihre ganz eigenen Themen, Fragen und Wünsche mit in die gemeinsamen Arbeitstreffen und starten mit dem Anspruch einer tiefgreifenden Beteiligung in die inhaltliche Ausgestaltung der Urbanen Liga. Ob eine verbesserte Kooperation mit der Kommunalpolitik, wie sie das selbstverwaltete →Alternative Jugendkultur (AJK) Bad Kreuznach anstrebt, eine langfristig gesicherte Fläche für das bunte Kulturprogramm des →Kulturbeutel e.V. aus Bremen oder Antworten auf planungsrechtliche Herausforderungen, die sich dem alternativen Wohn- und Kulturprojekt →Blaue Blume in Friedrichshafen stellen: Die Erfahrungen und Herausforderungen der Projekte prägten die inhaltliche Ausgestaltung der Urbanen Liga. Aus dem Agendasettingprozess im ersten Denklabor im Juni 2018 wurden drei Themenfelder für die weitere Arbeit der Urbanen Liga abgeleitet:

Partizipationsanforderungen sind aus Sicht der Urbanen Liga nicht über klassische Partizipationsmodelle zu überwinden. Daher entwickelten die Mitglieder der Urbanen Liga neue Ansätze der

## **MITWIRKUNG UND MITGESTALTUNG.**

Um Ideen und Projekten, die sich mit neuen städtischen Freiräumen befassen, eine Perspektive zu geben und sich im Dickicht von unklaren Eigentumsverhältnissen zurechtzufinden, ging die Urbane Liga dem Thema **ZUGANG ZU FLÄCHEN** auf den Grund.

Um die Hürden der rechtlichen Rahmenbedingungen bei kreativen Freiraumnutzungen zu überspringen und innovative Ansätze im Planungs- und Bauordnungsrecht zu finden, beschäftigte sich die Urbane Liga mit dem Konzept eines **GEMEINWOHLORIENTIERTEN BAURECHTS.**

MITWIRKUNG

MITGESTALTUNG

#Adhocracy

#Bottom-up #Bürgerhaushalt

#Commons #Dialogbereitschaft

#DirekteDemokratie #Do-it-Together-Urbanism

#Einfachmachen #Empowerment #Intervention

#Jugendfonds #Kooperationsvereinbarung #Kunsthfreiheit

#Mitgestaltungswerkzeuge #Mitsprache #Munizipalismus

#Niedrigschwelligkeit #Partizipationsleiter #Quartiererkundungen

#Raumdemokraten #RechtAufStadt #Selbstorganisation #Vielfalt

#Wertschätzung #Zusammenurbanismus

# „WIE SCHAFFEN WIR ES, ZUR MITWIRKUNG IM EIGENEN LEBENSUMFELD ANZUREGEN UND GLEICHZEITIG BÜROKRATISCHE HÜRDEN ABZUBAUEN?“

Die Projektbeispiele der Urbanen Liga, vom diskursiven Raumkollektiv über selbstverwaltete Jugendhäuser und kreative Raumaaneignungen bis hin zur Gestaltung digitaler Plattformen passen alle nicht in klassische Beteiligungsschubladen. Die Projekte haben in Eigeninitiative Ideen entwickelt und umgesetzt, verwalten sich selbst und genießen auf diese Art und Weise ein hohes Vertrauen vonseiten der Zivilbevölkerung. Dies erlaubt es den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen spielerisch neue Modelle auszuprobieren und zu testen. Für das Engagement, die aktive Gestaltung und die Mitwirkung am politischen und gesellschaftlichen Leben spielen aus Sicht der Urbanen Liga Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit eine zentrale Rolle. Diese sind in formellen Beteiligungsprozessen eher weniger gegeben. Um das ganze Repertoire der Mitgestaltung auszuschöpfen, müssen daher andere Formate und Strategien Verwendung finden, die die Schwachstellen klassischer Partizipationsmodelle ergänzen und die vorhandenen Probleme überwinden: Lebensweltorientierung von Themen, Niedrigschwelligkeit und Inklusion, Motivation und Wirksamkeit sowie Nachhaltigkeit der Ergebnisse.

## ASPEKTE

### **Formate der Mitgestaltung**

- Welche innovativen Formate der Mitgestaltung und Mitwirkung gibt es?
- Wie können diese gefördert werden?

### **Kooperationsmöglichkeiten mit der Kommunalverwaltung**

- Welche bürokratischen Hürden gibt es abzubauen?
- Welche Kooperationsmöglichkeiten mit der Kommunalverwaltung gibt es?

### **Wertschätzung und Motivation**

- Wie lassen sich mehr Menschen zur Mitwirkung im eigenen Lebensumfeld anregen?

**A-TEAM Schnittstelle für regionale Jugendbeteiligung. (Görlitz)**

„Wie bekämpft man die Perspektivlosigkeit junger Menschen mit Beteiligungsformaten?“

**Kollektiv Raumstation (Berlin/Weimar/Wien)**

„Wie kommen wir zu mehr Wertschätzung von Bottom-up-Strategien, ohne sie zu instrumentalisieren?“

**Stadt für alle (Nürnberg)**

„Wie können Verwaltung, Akteure und Unternehmen ihre Stadt gemeinsam gestalten, um eine Vielfalt an Lebensentwürfen, Begegnungen, Angeboten und Lebendigkeit zu etablieren?“

**AJK Bad Kreuznach**

„Welche Werkzeuge können helfen, kommunale und bürger-schaftliche Stadtteilentwicklung zu stärken?“

**Jugendforum Bad Münstereifel**

„Wie kann man mehr junge Menschen (vor allem in ländlichen Regionen) dazu motivieren, sich in der Politik zu beteiligen und die Zukunft aktiv mit zu gestalten?“

**Hannover Voids (Hannover)**

„Welche Tools können helfen, die Ideen der Stadtbewohnerschaft direkt in Planungsprozesse einzuspeisen?“

**ConstructLab (Berlin)**

„Wie können wir das Vertrauen in prozessorientierte (Bau-)Projekte steigern?“

**Im Stadtfeld (Magdeburg)**

„Wie kann das Konzept des Geschäftsstraßenmanagements gefördert und lokales Wissen auch für andere Städte genutzt werden?“

Foto: IM STADTFELD



**Jugendgemeinderat Reutlingen**

„Wie können wir Jugendlichen mehr Einfluss in ihren Städten verschaffen?“

**plattFORM e.V. (Halle / Saale)**

„Wie schaffen wir einen offenen selbstorganisierten Raum, der nachhaltig in das Stadtviertel wirkt und langfristig über verschiedene Generationen von Akteuren bestehen bleibt?“

### **Stadtpioniere (Herne)**

„Wie können Kommunalpolitik und Kreativszene nachhaltig besser zusammen arbeiten?“



### **Tante Gerda (Esslingen)**

„Wie lassen sich städtische Freiflächen für junge Erwachsene zurückgewinnen?“

#### **SPOT ON:**

#### **Das A-TEAM Görlitz –**

#### **Schnittstelle für regionale Jugendbeteiligung**

Gegründet wurde das A-Team nach einem Flashmob im Rathaus, der im Januar 2012 stattfand. An ihm nahmen mehr als 100 junge Erwachsene teil, um den Verantwortlichen ihre Perspektivlosigkeit zu verdeutlichen. Der Flashmob hat viel Aufmerksamkeit erregt und einige Leute wachgerüttelt. Vor allem gab es zuvor keinen Dialog zwischen jungen Erwachsenen und Verantwortlichen der Stadt. Es fehlten die Möglichkeiten und Orte, damit junge Menschen aus Görlitz ihre Meinung sagen und auch mitentscheiden können. Das war die Geburtsstunde des A-Teams – für mehr Jugendbeteiligung in Görlitz! Heute entwickelt das A-Team verschiedene Formate, um aktive Jugendbeteiligung zu fördern. Vom Workshop zur Wirkungsweise von Kommunalpolitik, Dialogveranstaltungen mit politischen Mittelpersonen bis hin zu einem gemeinsam entwickelten Kodex zur Regelung des Umgangs und der Zusammenarbeit mit den Politikerinnen und Politikern, Parteien und Entscheidungstragenden aus der Verwaltung. Das A-Team ist heute aus Görlitz nicht mehr wegzudenken.

↳ [www.a-team.gr](http://www.a-team.gr)



WERKSTATT  
HAUS DER STATISTIK



# KOPRODUKTION ALS ALTERNATIVE ZUR KLASSISCHEN BÜRGER-BETEILIGUNG

Wer beteiligt wen, woran und wie? Ob bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen, der Aufwertung von Stadtteilen, dem Verkauf von städtischen Flächen oder der Konzeption von Naherholungs-orten: Obwohl es heute ganz unterschiedliche Formate der Bürgerbeteiligung gibt, ist Beteiligung für manche ein Schreckensszenario. Denn viele Menschen assoziieren damit Konflikte, Chaos, Frustration und Ärger, Zeit- und Nervenverlust, z. B. bei sogenannten Zukunftswerkstätten für Bauvorhaben im Rahmen formeller Partizipationsverfahren, wie sie nach § 3 BauGB vorgeschrieben sind. Selten werden diese Verfahren als Chance für die Entwicklung von etwas Neuem erlebt, dessen Kraft aus dem Gemeinsamen heraus entsteht. Ein Grund dafür liegt sicherlich auch in der oft fehlenden Transparenz und dem geringen Grad der Selbstwirksamkeit.

Wer entscheidet darüber, was verhandelt wird oder wer an einer Zukunftswerkstatt teilnimmt? Wer hat zudem ausreichend Zeit, Muße und Sachkenntnis, um sich auch aktiv in diese Prozesse einzubringen? Wie werden die Ergebnisse solcher Veranstaltungen verarbeitet? Das klassische repräsentativ-demokratische System, das Beteiligungschancen für alle garantieren soll, ist unter Druck geraten. Wie definiert man Beteiligung, wo beginnt sie und wo hört sie auf? Gehören eine alltägliche Stadtraumnutzung, die kreative Raumeignung und der selbstorganisierte Diskurs dazu?

Aus Sicht der Urbanen Liga sind genau diese Initiative, das Engagement und die Übernahme von Verantwortung für den eigenen Stadtraum zentrale Merkmale für eine gesunde Stadt und lebendige Demokratie. Schon seit einiger Zeit lässt sich ein Trend von Bottom-up-Strömungen beobachten. Koproduktive Ansätze und das gemeinsame „Stadt machen“ hat vor allem in den letzten Jahren großen Anklang gefunden und wird an vielen Orten in Deutschland, wie z. B. in Berlin am Haus der Statistik lebhaft praktiziert. Hier haben sich die aus einer Initiative entstandene Genossenschaft ZUSAMMENKUNFT Berlin eG, der Senat, der Bezirk Mitte, die Berliner Immobilien Management GmbH und die Wohnungsbaugesellschaft Mitte und in einer Kooperationsvereinbarung verbindlich darauf verständigt, gemeinsam das Areal für die Nachbarschaft und die Stadt zu entwickeln. →

Gerade die Frage rund um eine aktive Mitwirkung und Mitgestaltung an Stadt gehört zur Alltagspraxis vieler stadtgestaltender Initiativen. Sie möchten nicht warten, bis sie aufgefordert werden teilzuhaben, sie möchten selbst aktiv werden, selbst Weichen stellen und die eigene Wirkung direkt erfahrbar machen. Junge Kollektive wie →Hannover Voids oder das →A-Team aus Görlitz vermitteln als Raumdemokraten auf kreative Weise zwischen Zivilgesellschaft und Stadt. Raumkreatoren wie das aus Netzwerkenden, Denkenden, Kunstschaffenden, Urbanistinnen und Urbanisten bestehende Kollektiv →Raumstation bewegen sich freier im Raum: Sie tragen ihre Ideen in die Stadt, ganz gleich ob in eigenen Medien, Pop-up-Events oder Forschungsprojekten. Sie sorgen für Reibung, indem sie den Status quo öffentlich hinterfragen und Alternativen aufzeigen. Raumpioniere hingegen, wie die Aktiven hinter der →Niehler Freiheit in Köln oder dem Bremer →Kulturbeutel e.V. eignen sich konkrete Orte für ihre Zwecke an und gestalten so aktiv ein Stück Stadt mit. Im Fall Köln ist das eine alte Autowerkstatt, die nun Co-Working-Space, kollektive Werkstatt und Veranstaltungsort ist. Im Fall Bremen ein Stück brachgefallenes Land, das zum Zweck einer soziokulturellen Bespielung mit experimenteller Architektur bebaut wurde. Allen gemein ist eine unterschiedliche, oftmals auch sehr experimentierfreudige Herangehensweise, die viel Offenheit verlangt und bietet, unkonventionelle Mittel nutzt und so Aufmerksamkeit auf sich zieht und verschiedenste Menschen zur Kollaboration anstiftet.

Niehler Freiheit, Köln



Die Forderungen nach mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung werden auf diese Art und Weise zunehmend sichtbar und resultieren in neuartigen Anforderungen an Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Stadt. Es geht dabei auch um die Frage nach der individuellen Motivation zur Mitwirkung und nach der Gestaltung von Rahmenbedingungen, die geeignet sind, die persönliche Bereitschaft zur Mitwirkung und Mitgestaltung zu erhöhen. Insbesondere die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine direktere Mitwirkung wird von der Urbanen Liga als Zukunftsaufgabe einer solidarischen Stadtgesellschaft und der gesellschaftspolitischen Frage danach gesehen, wie wir zukünftig zusammenleben wollen. Beteiligung als lebendige Praxis bedeutet dabei nicht weniger als eine Form gelebter Demokratie und eine Politik, in der zunehmend weniger Platz für Repräsentanz bleibt.

Mitgestaltung ist aus Sicht des Jahrgangs 2018/19 der Urbanen Liga weitaus mehr als Beteiligung. Sie ist verbunden mit der Forderung nach einem Mehr an direkter Demokratie und ein Aufruf zu einem Mehr an Kooperation verschiedenster, auch unterprivilegierter Akteure. Mitgestaltung ist eingebettet in formale Prozesse der Stadtentwicklungspolitik auf kommunaler, Landes- und auf Bundesebene. Gleichzeitig bedeutet Mitgestaltung die Förderung des Stadtmachens allgemein, als alltägliche, experimentelle, künstlerische, planerische oder politische Praxis und als aktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Realitäten in Städten und Nachbarschaften. Für die jungen Akteure der Urbanen Liga bedeutet Mitgestaltung damit dreierlei:

- die konkrete Mitgestaltung der eigenen Lebenswelt und des Projektumfelds
- das Engagement in der formalen Stadtentwicklungs- und Stadtpolitik (inklusive der Lern- und Reflexionsprozesse, die mit dem Agieren in neuen Netzwerken verbunden sind)
- die vermittelnde Rolle als Intermediäre, die die Mitgestaltung anderer Gruppen fördern, einfordern oder auf Missstände kreativ-kritisch reagieren →

Der Jahrgang 2018/2019 der Urbanen Liga hat sich auf vielfältige Art und Weise mit diesen Fragen beschäftigt: Durch den Diskurs mit Experten wurden Themen wie Mitwirkung und Mitgestaltung im politischen Kontext, Werkzeuge der Mitgestaltung in Planungsprozessen oder akteursübergreifende Kooperationen tiefergehend betrachtet. Über einen Crowdsourcing-Prozess wurden Merkmale für erfolgreiche Mitwirkung und Mitgestaltung definiert und während einer Diskussionsrunde im Rahmen des Fokus Festivals in Görlitz Antworten auf die Frage gesucht, wie Mitgestaltung gefördert werden kann.

Fishbowl mit Lisa Zander von der Planbude, Hamburg



# BETEILIGUNGSLEITER NACH ARNSTEIN

Um sich dem Begriff der Mitwirkung und Mitgestaltung anzunähern, hat sich die Urbane Liga intensiv mit der Leiterin von Sherry Arnstein (A Ladder of Citizen Participation, 1969) auseinandergesetzt. Vielen Teilnehmern geht es vor allem um Partnerschaft, Selbstverwaltung und darum, bei Stadtentwicklungsprozessen aktiv mitzuentcheiden.

8	Selbstverwaltung	Entscheidungsmacht (Citizen Power)
7	Planung	
6	Partnerschaft	
Schein-Beteiligung (Tokenism)	Beschwichtigung	5
	Konsultation	4
	Information	3
2	Therapie	Nicht-Beteiligung (Nonparticipation)
1	Manipulation	



# IS

- ↳ KUNSTWERKSTÄTTE ERÖFFNEN
- NEUGIERIGE ERKUNGEN
- GEMEINSCHAFT
- TREPPENWÄNDE SCHAFEN
- FLEXIBEL & MOBIL
- RAUM TRANSFORMATION
  - FREIZEIT AUSNUTZUNG
  - INFORMATION ALS GRUNDLAGE FÜR MW
  - STADT GIBT RAUM UM PLATZ VOR DER HAUSTÜR ZU NUTZEN (M.G.)
  - STADT TEMPORÄR VERÄNDERN
  - TOOL UM ZUGANG ZUR VERWALTUNG
  - MW IST OFFEN FÜR ALLE
    - ↳ RELIGION (Musik, Feste)
  - IDEEN WERDEN GEHÖRT
  - ERNÜHRUNGSGEWINN UND RECHT KANNEN KANN MW / M.G. FORDERN
  - MW BRÄUCHT ZUM KREATIVEN MASSE
  - MW BEGRIFFSUNDEUTLICH
  - WÄHLSCH WIRD WUNSCH D. BEWOHNER AB
  - MW FÖRDERT IDENTIFIKATION
  - MW GIBT SPIELRAUM VOR, RAUM ZUM ANEIGNEN, STADT SELBER MACHEN
  - PROFESSIONALITÄT / ERGEBNISOFFEN / INTEGRATIVER PROZESS
  - MW IST AUSDRUCK DER BEDÜRFNISSE
  - MW IST ANHANDLUNG ERGEBNIS
  - ERSCHEINUNG DER ANHANDLUNG

# NOT

- REINE
  - BEKANNTMACHUNGEN
  - POLIVORWÄRTSCHAFTS SPRACHE
  - KEINE INTERNATIONALE
  - BARRIÈREN ERÄUMLICH / SPRACHE / KRISENBUNDEN
  - DIENSTLEISTER PROPAGIEREN TEMP. STRICHHAAR BUCHT LENTE SELBST.
  - KEINE BTLG.
  - ZB VORGABEN / STADT GIBT HANDLUNGSSPIELRAUM VOR
  - MW IST KEINE PR-KAMPAGNE
  - IST ALLES WAS TOP DOWN IST AUS SICH UL. KEINE MW
  - KÜNSTLICH AUSGESETZT
  - ANERKANNUNG FÜR FÜR PROTEST /
- 
- MW IST GEHÖRT WERDEN
  - MW KANN POL. ENTSCHEID. BEEINFLUSSEN
  - MW BEDARF GUTER MEDIEN UND PLATTFORM UND KOMMUNIKATIONSMITTEL (DEM. MEDIEN)
  - MW BEDARF PLATTFORM
  - MW KANNEN <sup>MASSE</sup> FÜR LANGFRISTIGEN DYNAMISCH
  - ERREICHBARKEIT
  - MW BEFÖRDERT DIE LUST AM VERGESTALTUNG D. EIGENEN LEBENSUMWELTES
  - DIE ERFAHRUNG W. MW IST IMMER POLITISCH

# BLITZLICHT UND POSITIONSBESTIMMUNG

## VIER BLICKWINKEL AUF MITWIRKUNG

### MITWIRKUNG UND MITGESTALTUNG IM POLITISCHEN KONTEXT



**Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks  
Bürgerschaftliches Engagement (BBE)**

↓

„Engagement darf nicht auf eine kostengünstige Art der Leistungserbringung für öffentliche Aufgaben reduziert werden. Engagement ist viel mehr das eigensinnige, selbstgewählte Handeln selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger, Gemeinwohlorientierung und die damit verbundene Abwesenheit materieller Gewinnorientierung. Bürgerschaftliches Engagement orientiert sich an der Arena des öffentlichen Raumes und dem Motiv, die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten zu wollen.

Partizipation setzt sich aus den Phasen der Meinungs- und Willensbildung, der Entscheidungsfindung und der Umsetzung von Entscheidungen zusammen. Engagement kann somit eine relevante Grundlage für die Partizipation darstellen. Denn versagen in der klassischen Bürgerbeteiligung Formate des Gehörtwerdens, so können Anliegen durch das breite Spektrum des bürgerschaftlichen Engagements, beispielsweise durch Protest zu Gehör gebracht werden. In den Phasen der Meinungs- und Willensbildung können also die Erfahrungen des Engagements eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit darstellen.“ →

## **WERKZEUGE DER MITGESTALTUNG IN PLANUNGSPROZESSEN**



**Lisa Zander, Architektin, PlanBude Hamburg**



„Durch ihre Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft und sehr unterschiedlichen Mitgestaltungsformaten versucht die Planbude, den § 3 BauGB ‚Beteiligung der Öffentlichkeit‘ neu zu interpretieren. Sie begreift diese Beteiligung bzw. Mitwirkung und Mitgestaltung als Grundlage für einen politischen Aushandlungsprozess von Stadt. Dabei vermittelt sie die Komplexität von Stadtentwicklung durch unkonventionelle Formate wie z. B. Container (Planbude) am zu verhandelnden Grundstück, Knetmodelle für die Visualisierung von Baumassen, Aufbau eines Archivs von Ideen, Wünschen und Forderungen sowie durch die Gründung einer autonomen Stadtteilversammlung in die aktive Stadtgesellschaft hinein. Eine wichtige Rolle spielen dabei experimentelle Teilnehmungsformate als Mittel der Kommunikation zwischen Laien und Experten. Welche Kommunikation und welche Sprache benötigt man, um Planung und Entwicklung in die Nachbarschaft zu vermitteln? Ein persönlicher und ortsbezogener Teilnehmungsprozess unter Einbezug der Zivilgesellschaft ist dabei eine wichtige Voraussetzung bei neu geplanten Maßnahmen. Zudem wird es immer wichtiger, dass Nachbarschaft und Menschen vor Ort lernen, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, diesen zu hinterfragen, anzuwenden und bei der Verhandlung von Planungsergebnissen zu vertreten.“

## **AKTEURSÜBERGREIFENDE KOOPERATION**



**Michael Ziehl, Architekt und Stadtplaner, Urban Upcycling**



„In Zusammenarbeit der Stadt Hamburg und der „Gängeviertel-Initiative“ wird ein lebendiges Quartier mit günstigen Mieten zum Wohnen und für soziokulturelle Nutzungen entwickelt. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und der Initiative wurde in einer Kooperationsvereinbarung geregelt. Als rechtliches Instrument stellt sie Verbindlichkeit zwischen den Partnern her, auch wenn diese im Rahmen der Kooperation unterschiedliche Inter-

essen verfolgen. Transparente und einvernehmlich ausgehandelte Kooperationsvereinbarungen zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik können dazu beitragen, dass kooperative Projektentwicklungen und Zwischennutzungen von Leerstand langfristig gelingen. Nach den Erfahrungen im Gängeviertel zu urteilen, sollten deren Inhalte von den Kooperationspartnern klar definiert sowie Rechte und Pflichten zwischen den mitwirkenden Parteien fair verteilt werden. Zentral ist außerdem, dass solche Vereinbarungen anpassungsfähig an Konflikte und veränderte Rahmenbedingungen sind und dass sie Lernprozesse unter den Beteiligten fördern, wie diese (ko-)produktiv zusammenarbeiten können.“

## MOTIVATION UND WERTSCHÄTZUNG



### **Sebastian Beck, Wissenschaftler, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.**

↓

„Protestieren, Vermitteln und Machen sind die drei wirksamsten Arten der Mitgestaltung, die jedem Bürger zur Verfügung stehen, um Stadträume zu aktivieren und aufzuwerten. Dabei sollte die Verwaltung als Träger der öffentlichen Belange nicht versuchen, den Initiativen aus fehlendem Vertrauen die Arbeit abzunehmen, während es ihnen gleichzeitig an Ressourcen mangelt. Sie sollte vor allem kreativ nach Lösungen und Strategien suchen, um den Initiativen bei der Impulssetzung in der Stadtentwicklung zu helfen. Intermediäre können aufseiten der Verwaltung für eine Vertrauensbildung sorgen und das Prinzip der Kommunikation und Zusammenarbeit auf Augenhöhe stärken. Aber wie können Initiativen und Stadtmacher wirklich an Stadtentwicklungsprozessen beteiligt werden? Wie können sie als Träger öffentlicher Belange positioniert werden? Wichtig ist es, Initiativen langfristig als legitime Partner in der Stadtentwicklung zu positionieren. So sollen z. B. auch gemeinnützige Vereine an Ausschreibungen für die Vergabe von öffentlichen Liegenschaften teilnehmen und mit ihren Konzepten und Ideen nachhaltig die Stadt mitentwickeln können. Denn vielen Akteuren geht es nicht vorrangig um das Mitentscheiden, sondern um die konkrete Umsetzung eigener Projekte. Um mehr Menschen zur Beteiligung zu motivieren, muss der Mehrwert, sich zu beteiligen, so hoch sein, dass alltägliche Verpflichtungen in den Hintergrund rücken.“ ●

# GRUNDLAGEN FÜR MITWIRKUNG UND MITGESTALTUNG

## EINE ANNÄHERUNG IN VIER SCHRITTEN



Foto: Team stadtstatstrand

**1 Machen und Ausprobieren** Mitwirkung und Mitgestaltung nutzt Spielräume, findet Raum zum Aneignen, Ausprobieren und Selbermachen. Mitwirken bedeutet „machen“ und für die eigenen Überzeugungen und Bedürfnisse einzustehen. Die in der Regel in der Zivilgesellschaft verorteten Akteure handeln selbstbestimmt, stehen für ihre Überzeugung ein und überwinden dazu die sich ihnen zeigenden Widerstände. Die Akteure handeln lösungs- und bedürfnisorientiert. Dabei stehen keine kommerziellen Interessen, sondern Gemeinwohlorientierung im Vordergrund. Die Erfahrung der Selbstwirksamkeit stärkt den Antrieb des eigenen Handelns, fördert Eigenverantwortung und somit ein offenes Demokratieverständnis. Mitwirkung bedeutet, sich der eigenen Mündigkeit bewusst zu sein, Selbstwirksamkeit zu erfahren und diese andere erfahren zu lassen.

**2 Räume und Ressourcen** Die Verfügbarkeit von Raum für verschiedenste Belange schafft die Möglichkeit der Mitgestaltung am eigenen Lebensumfeld. So entstehen Treffpunkte, die die Grundlage für Kommunikation, Austausch und die Entstehung neuer Ideen und Ansätze bieten, die die Kraft besitzen, einer kollektiven Identität Raum zu geben. Eine wichtige Voraussetzung zur Mitwirkung und Mitgestaltung ist Verfügbarkeit weiterer Ressourcen, wie z. B. Zeit, soziales Kapital oder finanzielle Mittel.



**3 Kommunikation und Dialog** Informationen bilden die Grundlage für die Mitwirkung an verschiedensten Gestaltungsprozessen, jedoch ist reine Information ohne eine Möglichkeit zur Interaktion und des „Gehörtwerdens“ nicht zielführend. Erfolgreiche Konzepte und Ansätze zur Mitgestaltung gehen über reine Meinungs- und Willensbildung hinaus und regen zu einer proaktiven Beteiligung an. Das gewählte Format kann dabei unterschiedlich sein und sich an die Gegebenheiten anpassen. Dennoch ist gute Medien- und Kommunikationsarbeit nötig, um mögliche Gleichgesinnte zu erreichen, da jegliche Formate der Mitwirkung eine kritische Masse benötigen, um gehört zu werden. Dabei ist die Wahl der geeigneten Sprache eine wichtige Voraussetzung dafür, potenzielle Mitstreiter zu erreichen. Eine rein bürokratische Sprache ist schwer verständlich und wenig ansprechend. Mitwirkung ist plattformübergreifende Kommunikation. Positive Beispiele der Mitwirkung und Mitgestaltung gehen weit über Scheinbeteiligung hinaus und sind als ergebnisoffene und integrative Prozesse ohne ein vorher starr definiertes Ziel angelegt.



**4 Politik und Offenheit** Aktivitäten im Feld der Mitwirkung und Mitgestaltung sind offen für alle und bieten Raum für Gespräche. Ideen, die eingebracht werden, werden gehört. Sie beinhalten die Möglichkeit, bestehende Systeme zu hinterfragen und Mechanismen und Automatismen zu erkennen. Die aktive und offene Mitwirkung fördert ein intaktes Gemeinwesen und eine lebendige Demokratie. Somit bedarf Mitwirkung und Mitgestaltung einer gewissen Offenheit und Ermöglichungskultur vonseiten der Politik und Verwaltung, die auch unkonventionellen Anliegen Raum gibt. ●

## MITWIRKUNG FÖRDERN – ABER WIE? EIN GESPRÄCH MIT DEM A-TEAM GÖRLITZ

Im August 2019 organisierte das →A-Team in Kooperation mit der Urbanen Liga eine Podiumsdiskussion in Görlitz, um mit Mittelspersonen lokaler Initiativen und Politik die Frage zu diskutieren, ob aktive Möglichkeiten der Mitgestaltung für junge Menschen in der Stadt deren Perspektivlosigkeit für eine Zukunft in der eigenen Region und damit verbunden die Abwanderung verhindern kann. Die Fragen stellte Daniel Sauer vom Second Attempt e.V., dem Trägerverein des →A-Teams Görlitz.

Auf dem Podium vertreten waren **Jacqueline Modes** (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat), **Lorenz Kallenbach** (kfuenuf, Gründungslabor ahøj), **Lucie Hamecke** (Grüne Jugend Sachsen), **Tristan Biere** (stadtstattstrand - Kreativer Umgang mit urbanem Raum), **Artur Meier** (MOIN / Urbane Liga) und **Andrea Gaede** (Stellvertretende Vorsitzende des sächsischen Landesverbandes Soziokultur, Dresden).

Diskussion in Görlitz



### WIE KANN EINE AKTIVE MITGESTALTUNG GEGENÜBER KLASSISCHER BETEILIGUNG IN STRUKTURSCHWACHEN KOMMUNEN GEFÖRDERT WERDEN?

**Andrea Gaede** → Der ernst gemeinte Dialog und das offene Zugehen stärken bei der Anwohnerschaft das Empfinden, von „der Politik“ gehört zu werden und damit das Vertrauen in ein demokratisches System. Der offene Dialog trägt dazu bei, dass Vorhaben der Kommune viel besser nachvollzogen und akzeptiert werden können. Auch erhöhen die Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung die positive Identifikation und die Verbundenheit mit dem Ort und dies erhöht wiederum das Potenzial für weiteres Engagement.

**Lucie Hamecke** → Es geht natürlich einmal darum, dass junge Menschen mit einbezogen werden – quasi von oben. Aber es muss auch Möglichkeiten geben, dass sie selbst proaktiv werden. Dass sie von alleine Themen setzen können. Beispielsweise in dem sie Petitionen starten und durchführen können, ihre Anliegen in (Kinder- & Jugend)-Sprechstunden gehört werden oder sie selbst in Bürgerhaushalten oder Kinder- und Jugendhaushalten die Möglichkeit haben, Geld zu verwalten und mit diesen Ressourcen eigenständig tätig zu werden. Dafür braucht es auch Freiräume, in denen (junge) Menschen sich entfalten können.

### WIE KÖNNTEN NEUE ANSÄTZE DER MITGESTALTUNG FÜR JUNGE MENSCHEN PERSPEKTIVEN BIETEN UND DAMIT ABWANDERUNG VERHINDERN? WELCHE FAKTOREN SIND WICHTIG, UM AUCH NACHHALTIG IN STRUKTURSCHWACHEN STÄDTEN UND REGIONEN PERSPEKTIVEN ZU SCHAFFEN?

**Lorenz Kallenbach** → Da die Frage mit „wie“ beginnt, soll ja anscheinend über die Herangehensweisen bzw. die Ermöglichung von mehr Mitgestaltung gesprochen werden. Aus meiner Erfahrung kann ich hierzu berichten, dass für viele, die mit ihren Projekten ein wertvoller Teil für die lokale Gemeinschaft werden, das bloße „Mitgestalten“ im Sinne des „Machens“ oft nicht ausreicht. Sie wollen selbst gestalten. Aber: Ohne eine Einkommensperspektive werden sie auch keine realistische Bleibeperspektive finden. Ein Weg, dieses Dilemma für sie aufzubrechen, könnte sein, sich selbstständig zu machen. →

IN STRUKTURSCHWACHEN RÄUMEN KÖNNEN NETZWERKE UND BÜNDNISSE WIE BEISPIELSWEISE DAS JUGEND.STADT.LABOR, DIE KULTURHANSE ODER DIE URBANE LIGA, WICHTIGE IMPULSE SETZEN. WELCHE PROJEKTE DES BUNDESMINISTERIUMS GIBT ES AKTUELL IM BEREICH QUARTIERSENTWICKLUNG?

**Jacqueline Modes** → Uns wurde klar: Städte sind nie fertig entwickelt, es gibt immerzu gesellschaftliche Veränderungen, auf die die Stadtentwicklung reagieren muss – auch mit neuen Ideen. Schauen Sie sich z. B. die gemeinwohlorientierten Projekte der Stadtentwicklung an, die wir im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik fördern. Unter dem Titel „Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Quartiersentwicklung“ fördern wir mit 2,5 Mio. € Projekte, die in ganzen Quartieren durch zivilgesellschaftliches Engagement einen Mehrwert für das Gemeinwesen schaffen sollen. Bürgerinnen und Bürger sollen ihr Quartier selbst gestalten, die Lebensqualität steigern und so ihr Quartier stabilisieren, weiterentwickeln, den sozialen Zusammenhalt stärken und erfahren, wie viel sie selbst bewegen können.

WELCHE ROLLE SOLLTEN KOMMUNEN MIT BLICK AUF MITGESTALTUNG EINNEHMEN?

**Andrea Gaede** → Mitgestaltung ist kein Projekt, sie braucht Dialog, verschiedene Formate und Haltung! Jugend- und Bürgerbeteiligung muss in der Kommune beginnen – nur so können Menschen vor Ort erleben, dass sie ernst genommen und gehört werden! Begreift sich eine Kommune als eine gleichwertige Lebensgemeinschaft, die aus unterschiedlichen Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern besteht, dann erscheint es als selbstverständlich, dass alle an einem Strang ziehen und auf Augenhöhe miteinander agieren. Die Frage nach einer lebendigen Beteiligungskultur in der Kommune hängt immer mit der Haltung zusammen, die die Bewohnerschaft und die politische und administrative Vertretung einnehmen. Während die einen den Willen und Möglichkeiten brauchen, um Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen zu können, brauchen die anderen den Willen, Verantwortung abzugeben oder zu teilen und einen geeigneten Rahmen dafür zu schaffen.

## WIE WEIT GEHT MITGESTALTUNG? WIE GRENZT SICH DER BEGRIFF VON JUGENDBETEILIGUNG AB?

**Lucie Hamecke** → Ganz unabhängig davon, ob Beteiligung und Jugendbeteiligung Perspektivlosigkeit und Abwanderung verhindern kann – scheint mir klar, dass junge Menschen ein Recht darauf haben, politisch beteiligt zu werden. Alle Menschen sollten mit an den Tisch, wenn sie von Entscheidungen betroffen sind. Wenn sie von etwas betroffen sind, sollten sie auch informiert und gefragt werden und im besten Fall selbst mitwirken können. Beziehungsweise Dinge, die sie betreffen – auch selbst und eigenständig gestalten können. Ich glaube auch, dass jungen Menschen ihre Zukunft nicht egal ist und sie sie selbst mitgestalten wollen und können, das zeigen die Massenbewegungen, die von ihnen initiiert und getragen wurden (Fridays for Future, March For Our Lives, Demonstrationen gegen Artikel 13).

## WIE SIEHT DER BUND DIE AKTUELLE BETEILIGUNGSKULTUR IN DEUTSCHLAND? UND WELCHE SCHWERPUNKTE GIBT ES?

**Jacqueline Modes** → Ich bin davon überzeugt, dass es noch nie so viele Möglichkeiten gab, sich mit guten Ideen in die Stadtentwicklung einzubringen wie jetzt – insbesondere für Bürgerinnen und Bürger. Ich kann sie nur ermutigen, in Ihrem Engagement nicht nachzulassen und mitzuhelfen, neue Perspektiven zu schaffen. Für die öffentliche Verwaltung geht es oftmals darum, Ungewöhnliches zuzulassen. Adressaten sind hier die Städte und Kommunen. Es geht aber auch darum, was die Länder tun können und was der Bund tun kann. Wie können wir eine Ermöglichungskultur unterstützen? Gemeinsam mit den Ländern fördern wir mit den Programmen der Städtebauförderung die Stadtentwicklung. Dabei wollen wir stärker Projekte berücksichtigen, in die junge Menschen einbezogen wurden oder die von jungen Menschen initiiert werden. ●





Workshop im Rahmen der Ko-Forschung

# KOOPERATIONEN NEU DENKEN

## DER KODEX DER KOOPERATIVEN STADT

Wie kann eine wertschätzende Haltung gegenüber der Arbeit von Initiativen für Kommunen und deren Stadtentwicklungspolitik entwickelt werden? Als Antwort auf diese Frage entstand in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stadtmachern der „Kodex kooperative Stadt“ (KoopKodex) als ein gemeinsames Positionspapier. Der „Kodex kooperative Stadt“ möchte zu einer proaktiven gemeinschaftlichen Stadtgestaltung zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft aufrufen. Er enthält die Interessen und Forderungen stadtgestaltender Initiativen. Damit sind all jene Akteure gemeint, die sich als Gruppe zusammengeschlossen haben, um unkommerziell und gemeinwohlorientiert ihre Stadt mitzugestalten. Sie wollen aktiv das Stadtbild prägen – im Großen wie im Kleinen. Sie setzen Impulse zu aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung, bringen entsprechende Projekte voran und stoßen Debatten an.

Ziel des KoopKodex ist es, die vielerorts im Kleinen besprochenen Themen auf eine gemeinsame Plattform zu heben. So soll mehr Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit für die Arbeit der Initiativen und eine Grundlage für die Verständigung zwischen neuen und alten Stadtentwicklungsakteuren, zwischen Fachleuten und Laien sowie zwischen Wissenschaft und Praxis geschaffen werden.

Die 10 Thesen des KoopKodex sollen helfen, eine gemeinsame Haltung und ein neues Verständnis alternativer Stadtentwicklungspraktiken zu etablieren: →



# KODEX KOOPERATIVE STADT

## #1 INITIATIVEN ALS SPRACHROHR DER GESELLSCHAFT MÜSSEN ALS LEGITIME KOOPERATIONSPARTNER IN DER STADTENTWICKLUNG BETEILIGT WERDEN.

In Initiativen organisierte Menschen besitzen grundsätzlich hohe Sachkenntnis über die spezifischen Kontexte und komplexen sozialen Gefüge im Umfeld ihrer Arbeit beziehungsweise erwerben sie diese im Rahmen ihrer Arbeit. Sie sind damit als Fachleute im Bereich der Bespielung von zugewiesenen und nicht zugewiesenen Flächen im Stadtraum zu behandeln, da sie innovative Ansätze aufzeigen und das städtische Zusammenleben prägen. Es gilt daher, dieses vorhandene Wissen als politische Arbeit anzuerkennen. Das heißt, vor Ort agierende Initiativen in die kommunalen Fachrunden von Verwaltung und Politik einzuladen. Hieraus folgt die Notwendigkeit einer gemeinsamen Planung anstelle einer ausschließlich beratenden Funktion von Initiativen. Eine angemessene Beteiligung solcher Gruppen und ihrer Arbeit schafft Akzeptanz für Projekte vor Ort und muss in den kommunalen Statuten der einzelnen Städte und Gemeinden anerkannt werden.

## #2 KOMMUNEN SOLLEN INITIATIVEN DABEI UNTERSTÜTZEN, RÄUMLICHKEITEN FÜR IHRE ZWECKE ZU FINDEN, ZU NUTZEN UND ZU HALTEN – EGAL, OB STÄDTISCHES EIGENTUM ODER PRIVATEIGENTUM.

Initiativen benötigen Raum: sei es für die eigene Organisation oder für eine programmatische Nutzung von Räumen. Hierfür sollen z. B. Leerstände und Brachflächen genutzt werden können, um soziokulturelle Zwischennutzung und prozessuale Nutzungsentwicklung zu ermöglichen. Entsprechende Räume bringen einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft, der Raum bekommt eine kurzfristige oder langfristige, sinnvolle Verbesserung. Es soll daher aktiv auf Personen mit Eigentum zugegangen werden. Gegen solche, die von Leerstand profitieren wollen, soll vorgegangen werden. Im

Rahmen der notwendigen Unterstützung gemeinnütziger Initiativen sollen diese Räume kostenlos, beziehungsweise zu günstigen Konditionen zur Verfügung stehen. Zudem muss es die Möglichkeit geben, sich bei der kommunalen Verwaltung über Leerstand zu informieren und Hilfestellung bei der Aneignung und Nutzung von Räumen zu erhalten.

### #3 DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN STADTGESTALTENDEN, NICHT KOMMERZIELLEN INITIATIVEN UND EINER KOMMUNALEN VERTRETUNG AUS VERWALTUNG UND POLITIK BEDARF GEGENSEITIGER WERTSCHÄTZUNG UND GEGENSEITIGEN VERTRAUENS.

Die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Kommunalpolitik und der kommunalen Verwaltung beruht auf einer wechselseitigen Beziehung. Das bedeutet, dass ebendiese beteiligten Akteure sich die Zeit nehmen, die jeweiligen vorhandenen Bedürfnisse und Situationen nachzuvollziehen und eine Bereitschaft zur Kooperation aktiv vertreten. Dafür ist eine Kommunikation auf Augenhöhe und gegenseitiger Respekt unabdingbar. Es muss eine allseitig vertrauensbasierte, aber auch zuverlässige Grundlage geschaffen werden, die es Entscheidungsträger erleichtert, Sonderlösungen und Experimente (auf stadträumlichen Flächen) zuzulassen. Mittelspersonen können in moderierender sowie vor- und nachbereitender Position eingesetzt werden, um einen unparteiischen Rahmen zu schaffen und den Austausch zu erleichtern.

### #4 DIE ETABLIERUNG EINER GEMEINSAMEN UND REGELMÄSSIGEN DIALOGKULTUR SOLLTE BASIS JEDER KOOPERATION ZWISCHEN INITIATIVEN UND EINER KOMMUNALEN VERTRETUNG AUS VERWALTUNG UND POLITIK SEIN. EIN BEISPIEL DAFÜR WÄREN RESSORTÜBERGREIFENDE RUNDE TISCHE, DIE INITIATIVEN UND VERWALTUNGEN ZUSAMMENBRINGEN.

Stadtgestaltende Projekte fallen häufig nicht in klare administrative Zuständigkeitsbereiche und müssen daher für das gleiche Projektanliegen ämterübergreifend innerhalb der Verwaltung agieren. Dies führt dazu, dass bei der Umsetzung unterschiedliche An-

sprechpartner kontaktiert werden müssen. Werden die Antworten jeweils einzeln von den entsprechenden Fachämtern eingeholt, entstehen hierdurch lange Unterbrechungen in der Projektentwicklung, die meist ehrenamtlich von engagierten Einzelpersonen getragen wird. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, um kurze Wege zu schaffen, sowie die Umsetzung unkonventioneller Lösungen direkt entwickeln, prüfen und planen zu können, sollten alle Beteiligten gemeinsam über offene Fragen sprechen können. Dies kann z. B. an einem Runden Tisch oder mittels anderer Kommunikationsprozesse und –formate mit Amts- und Projektträgern erfolgen, könnte jedoch auch schnelle behördeninterne Abfrageprozesse umfassen. Hier ist ein Schwerpunkt auf die gemeinsame Lösung durch den stetigen Austausch zwischen Ämtern und Projektträgern zu setzen.

## #5 SOZIOKULTURELLE AKTIVITÄTEN MÜSSEN GEFÖRDERT WERDEN. DAFÜR BRAUCHT ES MEHR ZEITLICHE UND PERSONELLE RESSOURCEN (SOWIE ENTSPRECHENDE KOMPETENZEN) IN DEN ZUSTÄNDIGEN ÄMTERN DER VERWALTUNGEN.

In vielen zivilgesellschaftlichen Projekten wird das Wissen durch innovative Praktiken und intrinsische Aneignung erworben. Für weiterführende Unterstützung von kommunaler Seite sollte eine Schnittstelle etabliert werden, an die sich zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte wenden können. Zusätzlich müssen Anknüpfungspunkte wie Förderstrukturen, Beratungsleistungen, Angebote im Bereich Soziokultur und Ehrenamtswesen proaktiv kommuniziert und verfügbar gemacht werden. Sie sind als Ergänzung bestehender Verwaltungsstrukturen gedacht und haben zusätzlich die Aufgabe, ressortübergreifend für Themen der zivilgesellschaftlichen Stadtentwicklung zu sensibilisieren und diesbezüglich zu beraten. In dieser Position bringen sie Expertise in den entsprechenden Bereichen mit sowie Kompetenzen, die für eine solche Aufgabe essenziell sind.

## #6 EXPERIMENTIERRÄUME MÜSSEN BESTANDTEIL EINES STÄDTISCHEN LEITBILDES SEIN.

Um Flächen für soziokulturelle Aktivitäten freizustellen, sollten sie bereits früh in Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsprozessen

sen mitgedacht und eingeplant werden. Entsprechend sollten bei der Vergabe von Flächen – besonders in Gebieten mit einer hohen Nutzungsdichte und –konkurrenz – auch prozessuale und soziokulturelle Nutzungen (gleichauf z. B. mit Wohnen und gewerblicher Nutzung) mitgedacht werden. Bestehende Experimentierflächen und Freiräume sollen als solche anerkannt, benannt, erhalten und unterstützt werden. Wir empfehlen, Flächen langfristig als Experimentierräume auszuschreiben und Aneignungsprozesse als partizipatives Momentum mit Potenzial für Innovation und Entwicklung von stadträumlicher und sozialer Vielfalt wahrzunehmen.

## #7 AKTEURE, DIE EINEN SOZIALEN UND KULTURELLEN MEHRWERT FÜR NACHBARSCHAFT UND STADTGESELLSCHAFT LEISTEN, MUSS DER GLEICHE STELLENWERT ZUGESCHRIEBEN WERDEN, WIE WIRTSCHAFTLICHEN AKTEUREN.

Zivilgesellschaftliche und soziokulturelle Projekte leisten einen wesentlichen Beitrag zur sozialen, kulturellen und räumlichen Vielfalt, Eigenart und Lebensqualität einer Stadt. Sie tragen zur gelebten Demokratie in der Gesellschaft bei. Daher ist es von großer Bedeutung, sie gleichwertig mit wirtschaftlich orientierten Akteuren zu betrachten. Ihre Wirkung muss als Mehrwert und Potenzial anerkannt und in Entscheidungen unter anderem bei Flächenvergabe, beim Nutzungsrecht und bei Veranstaltungsgenehmigungen zur Geltung kommen.

## #8 ES BRAUCHT POLITISCHEN WILLEN UND EINEN KLAREN AUFTRAG AN DIE VERWALTUNG, SOZIOKULTURELLE AKTIVITÄTEN ZU FÖRDERN UND INSTRUMENTE FÜR MEHR RECHTSSICHERHEIT ZU ENTWICKELN.

Die Potenziale und Hürden zivilgesellschaftlicher Stadtentwicklung und soziokultureller Projekte müssen klar kommuniziert, in das öffentliche Bewusstsein getragen und in Forderungen übersetzt, in politischen Programmen verankert werden. So können Personen aus der Politik sie legitimiert in politische Handlungsfelder und Wahlprogramme aufnehmen und anschließend als politischen Willen und Auftrag an die Verwaltung weitergeben. Weiterhin wird durch eine solche Legitimierung Rechtssicherheit und Akzeptanz der Verwaltung gewährleistet. →

## #9 EINE KULTUR DER ERMÖGLICHUNG IST IN BEZUG AUF UNKONVENTIONELLE ANFRAGEN BEI DER KREATIVEN NUTZUNG VON (FREI-)RÄUMEN WICHTIG.

Da zivilgesellschaftliche Akteure aus verschiedenen beruflichen Kontexten nicht zwingend über verwaltungsrechtliche Kompetenzen verfügen, verfolgen sie häufig unkonventionelle Ansätze. Diese sollen als Potenzial für Innovation verstanden werden, da sie möglicherweise zu Lösungsansätzen und Erkenntnissen führen, die auf konventionellen Wegen nicht zustande kämen. Einige Projektansätze zivilgesellschaftlicher Stadtentwicklung gehen über etablierte Verfahren und Genehmigungsprozesse hinaus. In Verwaltungsstrukturen sollten die Kapazitäten bestehen, Potenziale anzuerkennen und gemeinsam einen ermöglichenden und dennoch sicheren Rahmen für die Umsetzung solcher Ansätze zu entwickeln.

## #10 BEI EIGENTUMSVERHÄLTNISSEN MUSS MEHR TRANSPARENZ GEWÄHRLEISTET WERDEN. DAS GRUNDBUCH MUSS FÜR DIE ÖFFENTLICHKEIT NIEDRIGSCHWELLEG ZUGÄNGLICH SEIN.

Bei der Akquise von Räumen und der Nutzung durch Initiativen und Projekte besteht oftmals das Problem von nicht vorhandenen oder unbekanntem Ansprechpersonen bzw. Personen mit Eigentum. Die rechtliche Grundlage zur Einsicht ins Grundbuch wird derzeit unterschiedlich und intransparent angewendet. Damit diese Ausgangslage kein Hindernis für die kreative Nutzung von Räumen ist, soll die Einsicht im Allgemeinen einfacher und niedrigschwelliger erfolgen. In anderen europäischen Ländern, wie beispielsweise in den Niederlanden, wird dies bereits ähnlich umgesetzt und kann Vorbild für eine notwendige Gesetzesänderung sein.

Verfasst wurde das Papier von verschiedenen stadtgestaltenden Initiativen sowie einer Vertretung aus Wissenschaft, Forschung und verschiedenen politischen Institutionen. Die Unterzeichnenden sind potenziell alle stadtgestaltenden Initiativen in Deutschland und alle diejenigen, die sich und ihre Werte im Papier wiederfinden. ●



Download des Papiers in Lang- und Kurzversion  
unter: [www.urbane-liga.de](http://www.urbane-liga.de)





Diskussion zu Werkzeugen der Mitgestaltung im Denklabor #2 in Berlin



Foto: Team stadstatstand

**KAUMERSTION**  
Wie können wir die Stadt  
auf der Grundlage von Natur  
entwickeln, was ist es?

**A-TEAM**  
„Wie beschafft man die Projekte,  
Beteiligungen, Projekte, Maßnahmen mit  
Bürgergruppen?“

**LÜCKENFÜLLE**  
Wie können Lückennutzungen  
betrieben für gemeinnützige Zwecke?  
Projektentwicklung verlaufen  
so dass sich Projektimpulse nicht  
einer zeitlichen und finanziellen  
Aufwand aussetzen?

**WROBENWERK KONGLOMERAT E.V.**  
„Wie kann die Stadt von innen  
nach innen gestaltet werden,  
wenn die Räume zum  
problem lösen? Was ist  
beim ersten Open Space?“

**GORLITZ A-TEAM**

**LÜCKENFÜLLE**

**WERK MERAT E.V.**



FLÄCHEN

UND

FUNDAMENTE

- #Aneignung
- #Baunutzungsverordnung
- #Bebauungsplan
- #Bodenpolitik #Bodenstiftung #Brachfläche
- #CommunityLandTrusts #Eigentumsverhältnisse
- #Experimentierfläche #Flächengerechtigkeit #Flächennutzungsplan
- #Flächenmanagement #Freiluftveranstaltungsgesetz #Gebietskategorien
- #Haftung #koproduktive Quartiersentwicklung #Kulturschutzgebiet
- #Leerstandskataster #Nutzungserlaubnis #Parkletgenehmigungsverfahren #subkulturelle Biotope #Widmung #Zwischennutzung
- #Zukunftsschutzgebiet

# „WO KANN DIE STADT VON MORGEN NOCH GEMEINSAM GESTALTET WERDEN, WENN DIE RÄUME ZUM AUSPROBIEREN INNOVATIVER IDEEN ZUNEHMEND VERSCHWINDEN?“

Die Verfügbarkeit von Raum ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung neuer Ideen und die Schaffung neuer städtischer Qualitäten. Doch gerade dieser Zugang stellt oft eine große Hürde für Projekte dar, die Flächen suchen, da entweder die Eigentumsverhältnisse schwer aufzuklären oder private Personen mit Eigentum nur selten von einer (Zwischen-)Nutzung zu überzeugen sind. Dabei ist eine geregelte Nutzung ein wichtiger Indikator für die Planungssicherheit und die langfristige Weiterentwicklung eines Projektes. Die Mitglieder der Urbanen Liga betrachten die Flächenfrage aus verschiedenen Blickwinkeln: von vereinfachten Genehmigungsverfahren für temporäre und nicht kommerzielle Projekte im öffentlichen Stadtraum (→Parklets für Stuttgart), über die Umwandlung leer stehender Gewerbeflächen in temporären Wohnraum (→Adapter Stuttgart), der langwierigen Suche eines festen Ortes für Kulturveranstaltungen (→Kulturbeutel Bremen) bis hin zur Entwicklung einer Kampagne rund um „Zukunftsschutzgebiete“ (→Konglomerat/Rosenwerk, Dresden) als Orte frei von Verwertungsdruck. Gemeinsam stellen sie sich die Frage, wo die Stadt von morgen noch gemeinsam gestaltet werden kann, wenn die Räume zum Ausprobieren innovativer Ideen zunehmend verschwinden.

## ASPEKTE

### **Vergabe**

- Kann die Bereitstellung von Flächen für Gemeinwohlprojekte priorisiert werden?

### **Vermittlung**

- Wie kann die Stadt erfolgreich zwischen Personen mit Eigentum und Stadtmachern vermitteln?

### **Verstetigung**

- Wie können wir gemeinsam für langfristige Planbarkeit sorgen?

## **Parklets für Stuttgart**

„Wie lassen sich vereinfachte Genehmigungsverfahren für gemeinwohlorientierte, temporäre und nicht-kommerzielle Stadtraumnutzungen gestalten?“



Foto: Parklets für Stuttgart / RNM

## **PlatzProjekt (Hannover)**

„Wie lassen sich neue Formen des Arbeitens und Wirtschaftens Hand in Hand mit der Stadtverwaltung etablieren?“

## **Adapter (Stuttgart)**

„Wie schaffen wir es, Hand in Hand mit Stadt, Eigentümern und Nutzern experimentellen Wohnraum im temporären Leerstand zu schaffen?“

## **Model Space Projekt (Berlin)**

„Wie könnte ein Flächenkataster für Berlin aussehen, das zivilgesellschaftlichen Gruppen erleichterten Zugang zu Freiflächen ermöglicht?“

## **Svea Saatkamp (Dortmund)**

„Welche Strategien zur Umwidmung, Reaktivierung und Umnutzung von Flächen und Immobilien gibt es?“

## **Konglomerat / Rosenwerk e.V. (Dresden)**

„Wo kann die Stadt von morgen noch gemeinsam gestaltet werden, wenn die Räume zum Ausprobieren innovativer Ideen zunehmend verschwinden?“

## **Kulturbeutel (Bremen)**

„Wie gewinnt man politischen Einfluss, um temporäre Nutzungen zu verstetigen?“

## **Julia Klink (Hamburg)**

„Wie kann Ernährung als Instrument für Stadtentwicklung in den Fokus gerückt werden, sodass ungenutzte Flächen und städtische Ressourcen das Potenzial erlangen, zum Zwecke der Versorgung in partizipativen Verfahren neu gedacht, organisiert und genutzt zu werden?“



#### **SPOT ON:**

#### **KulturimBeutel e.V. Bremen**

Als gemeinnütziges Kunst- und Kulturprojekt hat der Kulturbeutel e.V. nicht nur das Bremer Freiluftparty-Gesetz mitgestaltet, sondern realisiert bereits im vierten Jahr äußerst erfolgreiche Zwischennutzungsprojekte. Mit dem „Irgendwo“ fand im Jahr 2018, nach diversen Umzügen, das vierte Projekt der Gruppe für Kunst, Kino, Theater und andere Formen von Kultur statt. Auf einer Brache nahe des Flughafens entstand in ehrenamtlicher Arbeit eine urbane Oase mit zwei Bühnen, einer Bar und diversen kreativen Holzbauten. Obwohl eine Nutzungserlaubnis vonseiten der Eigentümerinnen und Eigentümer vorliegt und das Projekt vonseiten des Stadtteilbeirats Neustadt unterstützt wird, ist die Zukunft aufgrund verschiedener Nutzungskonflikte stets ungewiss. Um langfristige Planungssicherheit zu haben und nicht immer wieder von Neuem zu beginnen, ist die Gruppe nun auf der Suche nach einer Fläche zur Verfestigung des Angebotes. Auf dieser Suche nach einem festen Ort und politischen Support begibt sich der Verein zielsicher in die Gemengelage aus politischen Ressorts, Stadtteilbeiräten, der Anwohnerschaft und der Bremer Bürgerschaft.

↳ [www.kulturimbeutel.de](http://www.kulturimbeutel.de)



Foto: Team stadstatustrand

# FLÄCHEN UND FUNDAMENTE PLANUNGSSICHERHEIT AUF STÄDTISCHEM GRUND

Die Flächenverfügbarkeit gehört zu den großen Herausforderungen der Zukunft, insbesondere in wachsenden Großstädten. In Dresden beispielsweise sind nur 5 % aller verfügbaren Flächen, die nicht bereits durch Schulen, Straßen oder Ähnliches belegt sind, noch im Besitz der Stadt<sup>4</sup>. Hinzu kommt der enorme Anstieg der Bodenrichtwerte und der damit einhergehende Verwertungsdruck auf die letzten freien Grundstücke in deutschen Großstädten. Das alles erschwert einen vereinfachten Zugang zu Flächen für zivilgesellschaftliche Initiativen. Jedoch hat sich gezeigt, dass die Arbeit von Initiativen enorme Mehrwerte für die soziale Stabilität und das Wohlbefinden im Stadtteil bringen kann. Ein Beispiel dafür ist das →PlatzProjekt in Hannover, ein Container-Kreativ-Dorf und überregionales Paradebeispiel für Selbstorganisation und urbane Raumnutzung, das ganz im Sinne der offenen Stadt für diverse Bezugsgruppen eine Anlaufstelle bietet und heute sogar Teil der Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Hannover für das Jahr 2025 ist.<sup>5</sup> Neben der grundlegenden Frage nach verfügbaren Flächen für kurz- und mittelfristige soziokulturelle Stadtraumnutzungen stellt der Zugang zu Flächen und die damit einhergehende Kontaktaufnahme mit den Eigentümerinnen und Eigentümern für viele der Aktiven eine große Hürde dar.

Wie können der Zugang und die Vergabe zu diesen möglichen Flächen vereinfacht werden? Wie können erfolgreiche Projekte, wie das Beispiel des →Platz-Projektes in Hannover, in Kooperation mit der Kommune bei einer Verstärkung unterstützt werden?

Die Urbane Liga sieht in einer wertschätzenden und unterstützenden Haltung von Verwaltung, Personen mit Eigentum und der Politik eine der Grundlagen für kreative Freiraumnutzungen. Dazu müsste dem Thema jedoch eine höhere Relevanz von Seiten der Politik eingeräumt werden und Verwaltungen zukünftig stärker als Partner und Vermittler auftreten. →

<sup>4</sup> Thomas Pieper, Sachgebietsleiter Stadterneuerung Dresden auf dem Podium mit der Urbanen Liga auf dem 11. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Frankfurt am Main, 17. September 2018.

<sup>5</sup> Vgl.: <https://khh25.de/platzprojekt>, abgerufen am 22.02.2020 um 12:04 Uhr.

Eine weitere Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Initiativen zu fördern, könnte in einer direkten Bereitstellung von Flächen für stadtgestaltende Initiativen durch die Kommune liegen. Zu selten werden derartige Projekte in politischen Gremien thematisiert oder wahrgenommen. Die Prioritäten liegen in der Schaffung von Wohnraum, Infrastruktur oder Gewerbeflächen. Das Instrument der Zwischennutzung durch soziokulturelle Akteure wurde zwar von vielen Kommunen als wichtiger Motor einer inklusiven Stadtentwicklung erkannt, jedoch stellt sich nach wie vor die Frage, wie diese Qualitäten auch langfristig gesichert werden können, um auch den verschiedenen Akteuren mehr Planungssicherheit zu bieten. Zunehmend versuchen mehr Städte und Kommunen dem steigenden Verwertungsdruck der Flächen mit der Anwendung von Vorkaufrechten, der Erweiterung von Milieuschutzgebieten, der Wiederbelebung von Erbbaurechten und Konzeptverfahren bei der Vergabe von öffentlichen Liegenschaften entgegenzuwirken. Mit der Einrichtung von Runden Tischen für eine transparente Liegenschaftspolitik wie dem Runden Tisch Liegenschaftspolitik in Berlin, der Gründung von Bodenstiftungen wie dem Modell des Community Land Trust in Berlin und der Entwicklung von Dauergartenverträgen versuchen auch stadtgestaltende Initiativen in Zusammenarbeit mit der Politik und der Verwaltung weitere Möglichkeiten eines verbesserten Zugangs zu ungenutzten Grundstücken zu schaffen. Die Aufstellung eines Haushaltsbeschlusses, der mehr Mittel für den Ankauf von Flächen vorsieht, könnte parallel zu bestehenden Verfahren wie dem Erbbaurecht oder dem Anhandgabeverfahren, eine weitere Alternative sein.

Anknüpfend an diese Entwicklungen und auch, um soziokulturellen Projekten als Treiber für heterogene urbane Räume sozialer und kultureller Vielfalt langfristig einen relevanten Stellenwert zu geben, diskutierte die Urbane Liga über mögliche planungsrechtliche Instrumente, **wie z. B. die „Experimentierfläche“ oder das „Zukunftsschutzgebiet“**. Beide Vorschläge sollen die Aneignung und selbstbestimmte Nutzung von öffentlichen und privaten Flächen erleichtern. Dabei fordern die Mitglieder vor allem solche Flächen, die zum Ausprobieren, Mitentscheiden und Mitgestalten einladen. Hier spielt sowohl die Wertschätzung des sozialen bzw. kulturellen Kapitals von potenziellen Nutzern eine Rolle als auch die Zugänglichkeit, Flexibilität und Offenheit der Flächen. Zusätzlich wurde ein gesetzlich verankertes Handlungsrecht bei Nichtnutzung von Grundstücken durch Eigentümerinnen und Eigentümer diskutiert. Weitere Themen waren eine Quartiers- und Stadttrendite, die Bedeutung einer attraktiven und lebenswerten Stadt sowie eine

Flächenaktivierung durch die Einrichtung einer zuständigen Stelle innerhalb der Stadtverwaltung. Die Diskussion zeigt: Um soziokulturelle Projekte als Entwickler heterogener urbaner Räume mit sozialer und kultureller Vielfalt anzuerkennen und ihnen langfristig einen relevanten Stellenwert zu geben, bedarf es einer tiefgreifenden, liegenschaftspolitischen Transformation. ●

Bezeichnung	BESONDERE STADTNUTZUNG	PIONIER- NUTZUNG	LOKALBAU
Art der Fläche	Straßen (Fahrbahnen), Gehwege, Fahrradwege, Parkplätze, Verkehrsinseln, Straßenbegleitgrün, Stadtplätze, Aufenthaltsflächen, Parkanlagen, Sport-/Spielplätze (...)	Gewerbe-/Infrastrukturbrachen, Reserveflächen, Baulücken, Rückbauflächen, leerstehende Gebäude, (...)	Ungenutztes Fachvermögen der Verwaltung, untergenutzte Grundstücke der öffentlichen Daseinsfürsorge, umgewidmete Grün- und Straßenflächen, (...)
Nutzung	Soziokulturelle Nutzung	Soziokulturelle Nutzung	Kooperatives Wohnen und Arbeiten
Zugang	Sondernutzung, Widmung, Gemeingebrauch, Grünpatenschaft, (...)	Nutzungsvertrag, Gestattungsvereinbarung, Erbpacht, öffentl. Ausschreibung vs. Aneignung, (...)	Erbbaurecht, Anhandgabe, Konzeptvergabe, Direktvergabe, Community Land Trust, (...)
Dauer der Nutzung	KURZ (1M-3J)	MITTEL (3J-5J)	LANG (6J-99J)



Foto: Team stadtstratend

# BLITZLICHT UND POSITIONS- BESTIMMUNG STIMMEN ZUR BODENFRAGE

## ZUGANG ZU BODEN – WER MACHT STADT?



**Ricarda Pätzold, Deutsches Institut für Urbanistik (DIfU), Berlin**

↓

„Seit 2008 sind die Bodenrichtwerte in Berlin zum Teil um mehr als 1000 % gestiegen. Ein Ende dieser Preissteigerungen ist derzeit nicht abzusehen. Da der Bodenpreis einen erheblichen Einfluss auf die (zukünftige) Nutzung der Flächen hat, wird die Orientierung am Gemeinwohl insbesondere bei der Entwicklung von öffentlichem Grund und Boden immer wichtiger. Ricarda Pätzold plädiert in ihrem Vortrag für eine Reaktivierung der verloren gegangenen Steuerungskraft der Kommunen: Neben der ewigen Suche nach neuen Instrumenten sei es erforderlich, die bestehenden Instrumentarien – u. a. skizziert in der bodenpolitischen Agenda – konsequent anzuwenden. Auch der Eigentumsbegriff nach Art. 14 Grundgesetz solle stärker im Sinne des Gemeinwohls interpretiert werden. Z. B. könnten die kooperative Baulandentwicklung und eine konsequente Bodenbevorratungspolitik die Handlungsfähigkeit der Kommunen erheblich stärken, was langfristig die Schaffung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum unterstützen würde.

Stadtentwicklung ist das Werk von vielen, doch in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen seien noch eine Reihe von Hürden zu überwinden. Dies erfordere neue Strukturen innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Vor allem dürfe sich die an Bedeutung gewinnende Koproduktion nicht ausschließlich auf die Entwicklung von Räumen beziehen, sondern es müsse auch Erfahrungswissen genutzt und Kreativität in die Erweiterung bestehender Regelwerke gesteckt werden.“ →

## **EIN DAUERGARTENVERTRAG FÜR BERLIN?**



**Sonja Rosenthal (himmelbeet, Projekt für sozial/ökologisches Gärtnern in Berlin Wedding, Netzwerk Urbane Gärten Berlin)**



„Eine dauerhafte Sicherung der Urbanen Gärten in Berlin gehört zu den zentralen Forderungen von rund 182 Berliner Garteninitiativen. Ausgangslage dafür ist die Koalitionsvereinbarung des Berliner Senats vom Februar 2018. Darin wurde eine dauerhafte Sicherung der Grün-, Frei- und Naturflächen in Aussicht gestellt. Neben der Einrichtung eines festen Ansprechpartners für Urban Gardening sollte zusammen mit den Akteuren und der Garteninitiativen ein gesamtstädtisches Konzept für urbane und interkulturelle Gärten entwickelt werden.<sup>6</sup> Trotz dieser positiven Zusage sind nach wie vor viele Gärten in Berlin akut bedroht. Bezugnehmend unter anderem auf die Entwicklung der Charta für das Berliner Stadtgrün, welche seit Herbst 2018 in einem Dialogprozess mit allen Akteuren der Stadtgesellschaft unter Moderation einer Agentur läuft, wurde das Netzwerk Urbane Gärten gegründet. Es soll dabei helfen, im politischen Prozess als Akteure und Ansprechpersonen sichtbar zu sein und ihnen ermöglichen, die Zukunft von gemeinwohlorientierten Gärten in der Stadt mitzugestalten. Als weiteren Schritt hat sich im Zentrum für Kunst und Urbanistik der ‚Untersuchungsausschuss Gemeingut Grün‘ gegründet. Durchgeführt von Marco Clausen (Prinzessinnengärten) und Kerstin Meyer (Tempelhofer Feld Gesetz) in Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern des Gartennetzwerks ging es darum, Informationen zu den Gärten in Berlin und zu ihren Zielen zusammenzutragen. Auch der Entwurf für den Dauergartenvertrag wurde im Untersuchungsausschuss erarbeitet. Mit dem Dauergartenvertrag entstand ein wichtiger Beitrag zu Erhalt und Ausbau der gemeinwohlorientierten Funktionen der urbanen und interkulturellen Gärten Berlins als Teil eines sozial-ökologischen Stadtumbaus.<sup>7</sup> Hier wurde der Frage nach dem Wert, Umgang und Erhalt von Grünräumen in Berlin nachgegangen und auf Grundlage des Dauerwaldvertrages für den Grunewald von 1904 ein gesellschaftsrechtliches Instrument

<sup>6</sup> Vgl.: <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung>

<sup>7</sup> Ein Dauergartenvertrag für Berlin, Untersuchungsausschuss 1 ZK/U Press, Berlin 2019.

entwickelt, um dauerhaft grüne Freiräume für urbane Gemeinschaftsgärten zu sichern.“

#### AUSZUG AUS DEM DAUERGARTENVERTRAG

- „Als Teil der sozialen und ökologischen Infrastruktur werden die urbanen und interkulturellen Gärten Berlins dauerhaft als Orte des Gemeinwohls und des Gemeinschaftens gesichert.“
- „Bis 2022 werden zusätzlich Flächen für 200 weitere gemeinwohlorientierte Gartenprojekte in allen Stadtteilen ausgewiesen, um der Berliner Bevölkerung Zugang und Teilhabe wohnortnah zu ermöglichen.“
- „Es wird eine Widmung ‚gemeinwohlorientierter Gemeinschaftsgarten‘ als Teil der Daseinsvorsorge in die Planung aufgenommen.“
- „Für einen nötigen Zukauf von Flächen wird ein angemessen ausgestatteter Bodenfonds eingerichtet.“ ●



Foto: Team stadstatustrand

Download unter: [www.zku-berlin.org/publishing/gemeingut-gruen-ein-dauergartenvertrag-fuer-berlin/](http://www.zku-berlin.org/publishing/gemeingut-gruen-ein-dauergartenvertrag-fuer-berlin/)





Treffen des Konglomerat e.V., Dresden

# ZUKUNFTSCHUTZGEBIETE SICHERUNG VON FLÄCHEN FÜR GESELLSCHAFTLICHE INNOVATIONEN

„WO KANN DIE STADT VON MORGEN NOCH GEMEINSAM GESTALTET  
WERDEN, WENN DIE RÄUME ZUM AUSPROBIEREN INNOVATIVER  
IDEEN ZUNEHMEND VERSCHWINDEN?“

... fragte das →Konglomerat/Rosenwerk im Rahmen der Raumkonferenz 2019 in Dresden. Aus der Notwendigkeit heraus, neue Ideen für den Schutz von Flächen und eine experimentelle Stadt der Zukunft zu entwickeln, hat sich in der Urbanen Liga eine Gruppe auf das Abenteuer eingelassen, die Utopie der Zukunftsschutzgebiete zu entwickeln. Herausgekommen ist ein Gedankenexperiment, das den Rahmen für weitere Überlegungen bietet.

Die Gesellschaft steht vor tiefgreifenden Herausforderungen wie u. a. Klimawandel, sozialer Ungleichheit, Migration, Ressourcenknappheit und demografischen Entwicklungen. In zahlreichen Agenden wie z. B. der Leipzig Charta (EU 2007), der Sustainable Development Goals (UN 2015), der New Urban Agenda (UN 2016) oder der Planetary and Social Boundaries (europäische Nachhaltigkeits-Wissenschaft 2009-2018) wurde in den letzten Jahrzehnten der Bedarf nach einer globalen nachhaltigen Entwicklung durch Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft unterstrichen.

Die Planetary Boundaries beispielsweise stellen Ressourcenstress, Ressourcenknappheit sowie die Limits der globalen Ökosysteme in den Vordergrund und werden durch die Social Boundaries in Form von Mindestmaßen ergänzt. Diese stellen Fragen wie: „Was bedeutet eine Transformation zur ökologischen Nachhaltigkeit für Menschen in Armut?“ Diese Fragen sind von herausragender Bedeutung für uns alle und werden maßgeblich über das Wohlergehen der Menschheit im 21. Jahrhundert entscheiden. Währenddessen findet in der ganzen Welt eine rapide Urbanisierung statt, sodass niemand an den Worten Ban Ki-Moons zweifeln würde: →

„Städte sind die Orte, an denen der Kampf für nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird.“ Laut Leipzig Charta führt die Monotonie in der Stadtentwicklung zu akuter Krisenanfälligkeit, ist Klimaschutz auch städtische Aufgabe und wird die Frage europäischer Integration maßgeblich anhand der erfolgreichen Einbindung der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner in Stadtentwicklungsprozesse entschieden. In der „New Urban Agenda Konkret – Fallbeispiele aus deutscher Sicht“<sup>8</sup> stehen drei Transformationsherausforderungen im Vordergrund: demografischer Wandel, Klima- und Energiewende, wirtschaftlicher Strukturwandel.

Vor all diesen global definierten Herausforderungen bleibt dennoch der lokale Blick in unsere Städte. Während die öffentliche Hand ihren Flächenbestand in großen Teilen veräußert hat, drängen seit der Wirtschaftskrise 2008 vermehrt private, nicht selten internationale Investoren auf den Immobilienmarkt. Zunehmend befinden sich Flächen und Gebäude der Stadt im Besitz professioneller Unternehmen, die die Verwaltung der Immobilien gewinnmaximierend organisieren. In deutschen Städten explodieren Miet- und Immobilienpreise.<sup>9</sup> Befördert wird dies unter anderem durch Urbanisierung und Landflucht, wie auch durch Zinspolitik und enorme Investitionen aus den Finanzmärkten. Als kleine, finanzschwache Initiative ist es daher kaum mehr möglich, in wachsenden Städten an Räume für nicht kommerzielle oder experimentelle Nutzungen zu gelangen. Damit geht auch die Entwicklungsgrundlage für gesellschaftliche Mehrwerte unwiederbringlich verloren. Selbst diejenigen, die bereit sind, sich vor Ort zu engagieren und es schaffen, Partner oder eine Fläche zu organisieren, stehen bei der Umsetzung von Vorhaben schnell vor bürokratischen und/oder rechtlichen Hürden. Sowohl Förderkulissen als auch bauliche Planungsprozesse erfordern Spezialwissen, ein hohes Maß an Professionalität, Kontakte und Personalressourcen sowie lange Zeithorizonte. Alles Aspekte, die der Spontaneität einer jungen Initiative entgegenstehen. Es werden dringend Flächen benötigt, die nicht für Großprojekte reserviert sind, sondern kleine Orte, die als Nährboden in den Quartieren dienen.

Aktuell fehlen rechtliche Mechanismen und Verwaltungsabläufe, die situationsspezifische Lösungsansätze zeitnah und unkompliziert ermöglichen. Von ehrenamtlich Engagierten kann nur begrenzt

---

<sup>8</sup> Vgl.: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ReFo/Staedtebau/2016/new-urban-agenda/new-urban-agenda-node.html> abgerufen am 15.02.2020 um 11:20 Uhr.

<sup>9</sup> <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-11/mietpreise-steigerung-mietspiegel-wohnungsnotgemeinden>, abgerufen am 15.02.2020 um 11:34 Uhr.



Foto: Raiko Sanchez

Eines von vier möglichen Zukunftsschutzgebieten

erwartet werden, dass sie sich auch noch darum kümmern können, extensive Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit zu leisten bzw. weitere Menschen anzusprechen und anzustiften, sich ebenfalls einzubringen – das gilt insbesondere für jene in weiter entfernten Lebenswelten.

Fraglich bleibt also, was die geforderte Transformation erfolgreich machen wird. Ein möglicher Ansatz, um den oben beschriebenen →

Herausforderungen des demografischen Wandels, Klimawandels und des wirtschaftlichen Strukturwandels neben technischen und politischen Lösungsansätzen auch auf lokaler Ebene zu begegnen, ist die Entwicklung von sogenannten Zukunftsschutzgebieten (ZSG).

Unter ZSG verstehen die Stadtmacher Orte, die zukunftsweisenden Projekten auf dauerhaft gesicherten Flächen die Möglichkeit zur freien Entwicklung und Erprobung geben. In ZSG erproben nicht kommerzielle Projekte konkrete Lösungsansätze für aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen. In Form eines offenen Lernraums und durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure sollen so lokale Lösungen auf konkrete Herausforderungen und ein Mehrwert für die Nachbarschaft entstehen. Grundlage für die Schaffung dieser Gebiete könnte eine langfristige Sicherung möglicher Flächen, zum Teil auch durch baurechtliche Instrumente, wie beispielsweise die Einführung von „gemeinwohlorientierten Ausgleichsflächen“ („Experimentierflächen“) sein. Ergänzend dazu entsteht eine Trägerstruktur zur Förderung möglicher Vorhaben. Bei ZSG geht es nicht um die Flächen im Flächennutzungsplan, denn das wäre zu grob. ZSG sind eher kleinteilige Orte. Es geht auch nicht um eine neue Gebietskategorie, wie z. B. das „Urbane Gebiet“, sondern um eine andere, innovativere Flächenpolitik in der Stadt, um die gemeinsame Entwicklung einer Position zu der Frage, welche Rolle offene Flächen in der Stadtentwicklung spielen können bzw. sollen.

Drei Grundpfeiler stützen die Idee der Zukunftsschutzgebiete:

#### AKTIVE MITGESTALTUNG UND KOPRODUKTION

Zukunftsschutz agiert lokal, vor Ort und fußt auf der konkreten, historisch gewachsenen Eigenart einer Stadt, Nachbarschaft oder vorhandenen (Bottom-up-) Initiativen- und Akteurslandschaft. Denn aus der Nachbarschaft betrachtet, lassen sich die Probleme ganz anders auswerten und ganz neue Herangehensweisen erproben. In der Vielfalt und Eigenart<sup>10</sup> der Quartiere liegt ein gigantisches, unbenutztes Potenzial für besondere, kleinteilige, lokale Lösungen und Innovationen. Somit ist der Zukunftsschutz auch immer ein Reallabor. In Realexperimenten entstehen räumliche Interventionen und Testnutzungen, die unter realen Bedingungen wertvolle Erkenntnisse für die zukünftige Entwicklung von Stadtquartieren liefern. Das Besondere: Bürgerinnen und Bürger, Stadtpolitik und -verwaltung nehmen aktiv am Prozess teil.



Foto: Team stadtstratstrand

Diskussion mit Christiane Thalgott und Andreas Hofer, NSP Kongress Stuttgart

## VERFÜGBARKEIT VON RAUM

Die Verfügbarkeit von Flächen und Räumen bildet die Grundlage zur Etablierung von Zukunftsschutzgebieten. Räume, in denen sich die Bewohnerschaft einbringen und selbst verwirklichen kann, inspirieren dazu, Neues auszuprobieren und generieren Innovation. Sie ziehen talentierte Personen an, schaffen disziplinübergreifend Austausch, tragen zur Entwicklung von Quartieren bei und geben der Stadt Profil und Identität. So entstehen neue kreative Orte als Motoren der Stadtentwicklung. Um langfristig Flächen zu sichern, bestehen folgende Überlegungen:

1. Zur langfristigen Sicherung möglicher Flächen können zum einen Flächenausweisungen im Bebauungsplan (z. B. als Gemeinbedarfsfläche oder Sondergebiet) zielführend sein.
2. Eine weitere Überlegung wäre die Einführung von „gemeinwohlorientierten Ausgleichsflächen“: Bei der Veräußerung von kommunalen Flächen oder der Umwidmung von gemeinwohlorientierten Flächen zu kommerzieller Nutzung, entsteht die Notwendigkeit im Gegenzug an anderer Stelle Ausgleichsmaßnahmen in Form von Flächenreserven vorzunehmen bzw. Flächen dafür zu bestimmen. →

3. Als weitere Variante bietet es sich auch an, die in London seit 2018 gültigen Enterprise Zones<sup>11</sup>, die auf den britischen Stadtplaner Peter Hall zurückgehen, näher zu betrachten: Bei Enterprise Zones handelt es sich um abgegrenzte Stadtgebiete, in denen eine Reihe staatlicher Restriktionen außer Kraft gesetzt werden können. Dies kann unter anderem das Umweltrecht, das Baurecht oder das Arbeitsrecht betreffen. Im Falle des Baurechts gibt es zwei Herangehensweisen: Über das Instrument der lokalen Entwicklungsaufträge können lokale Planungsbehörden die Planungsanforderungen in bestimmten Bereichen lockern und wirtschaftliche, soziale oder ökologische Vorteile fördern (z. B. Unternehmensförderung). Nachbarschaftsentwicklungsaufträge können verwendet werden, um eine Baugenehmigung für einen bestimmten Entwicklungsvorschlag oder bestimmte Entwicklungsklassen zu erteilen. Die Förderung durch den Staat zielt dabei auf eine indirekte Förderung durch einen weitestgehenden Abbau staatlicher Reglementierung und Kontrolle. Unternehmenszonen sollen dadurch einen Anreiz für die Ansiedlung oder Neugründung von Unternehmen im Zielgebiet darstellen. Das Projekt wird durch verschiedene Forschungsstudien begleitet, für die die Stadt London Mittel bereitgestellt hat.

#### KOORDINATION ÜBER EINE TRÄGERSTRUKTUR

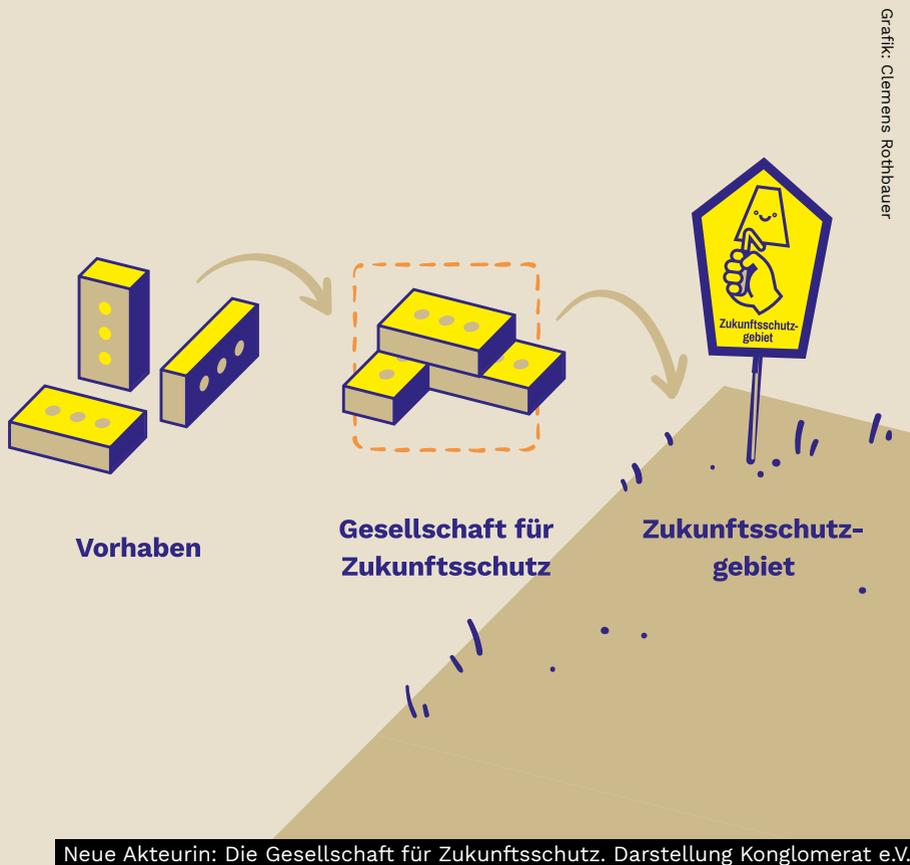
Die Vergabe und Sicherung möglicher nutzbarer Flächen und Räume erfolgt über eine Trägerstruktur, dem sogenannten Zukunftsrat. Diese übergeordnete Organisation dient dazu, die ZSG nachhaltig zu gestalten, zu moderieren und zu verwalten. Mithilfe zuvor definierter Vergabekriterien bekommen geeignete Projekte den Zuschlag. Entscheidungsträgerinnen und -träger aus der kommunalen Verwaltung und Politik, Beauftragte von Immobilieneigentümerverbänden und die Stadtbevölkerung sind in diese Struktur eingebunden. Eine solche Struktur ermöglicht es, Vertrauen und Kommunikation unter den relevanten Akteuren aufzubauen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und diese umzusetzen. Durch eine Einflussnahme auf die lokale Liegenschaftspolitik der Stadt, durch Kooperations-

---

<sup>10</sup> [https://www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2016/pdf/wbgu\\_hg2016.pdf](https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2016/pdf/wbgu_hg2016.pdf) S. 153 ff, abgerufen am 15.02.2020 um 12:58 Uhr.

<sup>11</sup> [https://www.london.gov.uk/sites/default/files/creative-enterprise-zones\\_prospectus-2017.pdf](https://www.london.gov.uk/sites/default/files/creative-enterprise-zones_prospectus-2017.pdf) Seite“, abgerufen am 02.03.2020 um 10:37 Uhr.

modelle mit Immobilien- und Grundstückseignern und durch die Vermittlung bei individuellen Genehmigungsverfahren kann die Körperschaft für den Zukunftsschutz Zugang zu sowohl privaten als auch öffentlichen Flächen erlangen. ●



Neue Akteurin: Die Gesellschaft für Zukunftsschutz. Darstellung Konglomerat e.V.

Der obenstehende Text ist eine Zusammenfassung der Überlegungen zum Thema Zukunftsschutzgebiete innerhalb der Urbanen Liga. Das gesamte Dokument ist unter [www.urbane-liga.de](http://www.urbane-liga.de) oder auf der Webseite des Dresdner Konglomerat e.V. zu finden.

# BAUPLANUNGSRECHTLICHE MÖGLICHKEITEN BEIM ZUGANG ZU FLÄCHEN

## EIN INTERVIEW MIT FRANK REITZIG

**Hintergrund** → Als Reaktion auf Dresdens Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025 startete der Dresdner Konglomerat e.V. eine Gegenkampagne, die in der Raumkonferenz im Juni 2019 in Dresden mündete und seitdem auf verschiedenen Ebenen weiterentwickelt wird. Die Stadt Dresden solle statt lediglich sich selbst und ihre Kultur zu vermarkten, auch zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen, die sich mit drängenden Fragen der Zukunft beschäftigen. Und diese brauchen Raum – für sich und ihre Ideen.

Foto: Team stadtstratrand



Gesprächsrunde mit RA Frank Reitzig

Der städtische Immobilienmarkt ist überhitzt, und das nicht nur in Dresden. Aus der Sicht der Urbanen Liga bieten investorengelenkte Projekte, bei denen am Ende die Rendite stimmen muss, jetzt und zukünftig keine Chance auf angemessene, langfristig gesicherte Freiräume, die aus zivilgesellschaftlicher Sicht jedoch dringend gebraucht werden, um an konkreten Lösungen und Konzepten zu arbeiten. Der Begriff „Zukunftsschutzgebiet“ (ZSG) in Anlehnung an das gesetzlich verankerte Naturschutzgebiet wurde geboren! Bestimmte Gebiete sollen dem Verwertungsdruck entzogen werden, um dem derzeitigen Teufelskreis in der Immobilienwirtschaft zu entkommen. Doch wie wird ein Zukunftsschutzgebiet definiert? Welche Kriterien muss es erfüllen? Wie wird es langfristig gesichert? Wie wird es organisiert? Und wieso braucht es überhaupt neue Lösungsansätze und gesicherte Gebiete? Im Gespräch mit Frank Reitzig, Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Berlin mit Tätigkeitsschwerpunkten im Bau-, Planungs- und Umweltrecht sollten mögliche Ansätze zur Sicherung von Flächen für soziokulturelle Projekte näher betrachtet werden.

**Teilnehmende** → **Frank Reitzig** (Rechtsanwalt), **Fridolin Pflüger** (Konglomerat e.V.), **Henrik Vervoorts**, **Christiana Weiß** (Adapter e.V.), **Paul Vogt** (Adapter e.V.), **Otto Kronschwitz** (A-Team), **Svea Saatkamp** (TU Dortmund), **Lena Maaß** (Model Spaces), **Stephanie Haury** (BBSR).

**Rechtsanwalt Frank Reitzig** (FR) ist Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Berlin mit Tätigkeitsschwerpunkten im Bau-, Planungs- und Umweltrecht und berät regelmäßig die öffentliche Hand (Städte und Gemeinden, Länder, Bund). Er ist Vorsitzender des Umlegungsausschusses der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf. Des Weiteren war er beratender Jurist der Freiraumfibel. Derzeit forscht Frank Reitzig zum Thema Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz. Er ist ordentliches Mitglied der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) und Mitglied im Informations- und Initiativkreis Regionalplanung der ARL. →

HERR REITZIG, NACH EINER KURZEN EINFÜHRUNG IN UNSER GEDANKENEXPERIMENT – WAS IST IHRE ERSTE EINSCHÄTZUNG ZUM ZUKUNFTSSCHUTZGEBIET?

**Frank Reitzig** → Der Begriff „Zukunftsschutzgebiet“ lässt sich bislang nur sehr schwer greifen. Fest steht jedoch, dass ganz ähnlich wie bei einem Naturschutzgebiet etwas, was als wertvoll eingestuft wird, auch langfristig erhalten werden soll. Um diese Diskussion zu vertiefen, ist es jedoch relevant, zu klären, was dabei konkret geschützt werden soll. Sind es Flächen vor der Vermarktung und/oder Bebauung? Ohne Schärfung des Begriffes ist schwer zu erkennen, was konkret geschützt werden soll. Um das Gedankenexperiment einzugrenzen, gilt es folgende Fragen zu klären:

1. Worum geht es? Um ganze Gebiete im Sinne des BauGB (z. B. Mischgebiete, Gewerbegebiete) oder darum, einzelne Flächen für bestimmte zivilgesellschaftliche oder gemeinwohlorientierte Nutzungen offenzuhalten?
2. Inhaberhältnisse: Wer ist Eigentümerin oder Eigentümer, wer ist in Besitz der Fläche?
3. Beschaffenheit der Fläche: Brachflächen, bebaute Flächen oder unbebaute Flächen?
4. Nutzung: Was ist konkret unter experimentellen Nutzungen zu verstehen? Welche Beeinträchtigungen für die Umgebung könnten aus der Nutzung resultieren? Worauf zielt die Nutzung ab? Möglicherweise gibt es ja auch verschiedene Fallgruppen von Zukunftsschutzgebieten, die systematisch kategorisiert werden sollten.

ES KÖNNTE EIN ZUKUNFTSRAT (LOKAL ZUSAMMENGESETZT) ETABLIERT WERDEN, ÄHNLICH WIE BEI DEM BERLINER MODELL DES COMMUNITY LAND TRUST. EIN RAT KÖNNTE DANN ENTSCHEIDEN UND ORGANISIEREN, FLÄCHENNUTZUNGSKONFLIKTE ABSTIMMEN, INFRASTRUKTUR BEREITHALTEN. DIE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE NUTZUNGEN BEZIEHEN SICH GANZ KLAR AUF DIE INHALTE EINIGER DER INTERNATIONAL ANERKANNTEN CHARTAS, WIE Z. B. LEIPZIG-CHARTA, SDGS. DURCH FLÄCHENDECKENDE ZUKUNFTSSCHUTZGEBIETE SOLLEN DIESE ENTWICKLUNGEN GEFÖRDERT WERDEN. ZUDEM GEHT ES AUCH DARUM, DASS SICH JA MOMENTAN VIELE INITIATIVEN IN DER STADT EINFACH IN DER KONKURRENZSITUATION MIT WOHNUNGSUNTERNEHMEN, INVESTOREN UND FIRMEN BEFINDEN.

**Frank Reitzig** → Grundsätzlich ist darauf zu achten, Nutzungsfragen und organisatorische Fragen nicht miteinander zu vermischen. Einerseits geht es beim Ansatz der ZSG darum, Flächen und Entwicklungen offenzuhalten (Nutzungsfragen), andererseits geht es um die Frage nach der Organisation. Sind diese Fragen geklärt, so geht es um die finale Frage nach der Verankerung. Wie lässt sich sicherstellen, dass der Ansatz auch über eine einzelne Fläche hinaus angewendet wird? Das ist jedoch der letzte Schritt. Zunächst ist es wichtig, klar zu definieren, was ganz konkret mit dem Begriff Zukunftsschutzgebiet gemeint ist. Welche verschiedenen Nutzungen können das sein oder sollen in Betracht kommen können? Die Bildung von konkreten Fallgruppen und die Herausarbeitung von Unterschieden könnten bei der Definition hilfreich sein.

GÄBE ES DENN WEITERE IDEEN WIE ZUKUNFTSSCHUTZGEBIETE RECHTLICH VERANKERT BZW. FESTGESETZT WERDEN KÖNNTEN? KÖNNTE BEISPIELSWEISE EINE GEBIETSSATZUNG ERLASSEN WERDEN?

**Frank Reitzig** → Den Begriff der Gebietssatzung kennen weder das BauGB (Bauplanungsrecht) noch die Bauordnungen der Länder (Bauordnungsrecht). Sofern damit ein eigenständiges, neues Rechtsinstrument geschaffen werden soll, bedürfte es einer Definition des Begriffsinhalts und einer Rechts- und Ermächtigungsgrundlage im Bundes- oder Landesrecht. →

Davon abgesehen wäre es grundsätzlich vorstellbar, schon jetzt ein Zukunftsschutzgebiet als sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO in einem Bebauungsplan festzusetzen. Allerdings wäre hierbei zu beachten, dass ein Sondergebiet eine „wesentliche Unterscheidung“ zu den bestehenden Gebietsarten der BauNVO aufweisen muss. Wenn ein Zukunftsschutzgebiet als Sondergebiet festgesetzt werden würde, müsste die Gemeinde auch festlegen, welche Nutzung(en) darauf stattfinden soll(en). Dies würde weniger für temporäre, eher bei dauerhaften Zukunftsschutzgebieten möglich sein, da sie sich wesentlich von anderen Gebieten unterscheiden müssten und könnten. Wird der Begriff des Zukunftsschutzgebietes geschärft, könnte er als ein weiteres Beispiel in die Aufzählung möglicher Sondergebiete in § 11 BauNVO aufgenommen werden.

VIELEN DANK FÜR DAS GESPRÄCH.

Das Gespräch fand im Rahmen des vierten Denklabors der Urbanen Liga statt. Im Anschluss daran vertiefte die Gruppe die Diskussion zum Thema Zukunftsschutz. ●





Termin mit Staatssekretärin Anne Katrin Bohle im Bundesbauministerium

#CircularCity  
#Demokratie  
#Governance  
#Interventionen

#urbaneliga



Foto: Team stadtstratrand

# GEMEINWOHL- ORIENTIERTES

# BAURECHT

- #BasisprüfungBrandundStatik
- #prozessualeGenehmigungsverfahren
- #Bodenrecht #Ordnungsrecht #Immoviellen
- #Leerstandssteuer #Anhandgabeverfahren
- #TransparenteBesitzverhältnisse #FlexibleStadt #TinyHouses
- #MobilesWohnen #Bodenpolitik#Bauabnahme #Konzeptverfahren
- #Baugenehmigung #BefreiungvomB-Plan

# „WIE LÄSST SICH BEI GEMEINWOHL-ORIENTIERTEN PROJEKTEN DER GENEHMIGUNGS-AUFWAND FÜR AKTEURE UND VERWALTUNG VERRINGERN?“

Stadtmacher arbeiten mit ihren Projekten und Initiativen im kulturellen und sozialen Bereich. Dabei werden sie häufig mit komplexen planungs- und bauordnungsrechtlichen Regeln konfrontiert, die eine dynamische Entwicklung ihrer Projekte erschweren: Vergaberecht, Vertragsrecht, Planungsrecht, Bauordnung und Veranstaltungsrecht stellen für sie dicke Bretter dar. Langwierige Antragsverfahren und hohe Kosten für Genehmigungsverfahren stellen für nicht kommerzielle, meist ehrenamtlich und bisweilen temporär arbeitende Projekte eine große Herausforderung dar. Hinzu kommt, dass sich solche Projekte durch Spontanität auszeichnen, die wenig zu den üblichen Genehmigungsverfahren passt: Soziokulturelle Projekte entstehen in der Regel Schritt für Schritt, gemeinschaftlich und experimentell. Nur selten besteht zu Beginn eine passgenaue Vorstellung von dem, was passieren soll. Jedoch liegt genau darin das Potenzial. Denn nur eine gewisse Offenheit und Experimentierfreudigkeit schafft Raum für Neues. Es stellt sich also die Frage, wie der rechtliche Rahmen für temporäre und gemeinwohlorientierte Projekte vereinfacht werden kann. Die Urbane Liga schlägt dazu die Entwicklung eines Mehrphasen-Genehmigungsverfahrens in Kombination mit einer Definition von Kriterien zur Prüfung einer Gemeinwohlorientierung soziokultureller Projekte vor. Erfüllt ein Projekt die Kriterien, so soll eine Unterstützung vonseiten der Genehmigungsbehörde gewährleistet und eine schrittweise Genehmigung möglich werden.

## ASPEKTE

- Wie lässt sich bei temporären, soziokulturellen und gemeinwohlorientierten Projekten der Spielraum innerhalb des Baugesetzes und der Landesbauordnungen erweitern, um den Genehmigungsaufwand für Akteure und Verwaltung zu vereinfachen?
- Wie muss ein schrittweises Genehmigungsverfahren gestaltet sein, um die Motivation von meist ehrenamtlichen Akteuren der Stadtentwicklung aufrecht zu erhalten?
- Wie kann die Verwaltung ihre Ermessensspielräume einsetzen, um neue Formen von gemeinwohlorientierter Stadt- und Raumgestaltung durch junge Erwachsene zu etablieren?

**Netzwerk Immobilien**  
**(bundesweit)**

„Wie schaffen wir es, neue gemeinwohlorientierte Besitzstrukturen zu denken und politisch und gesellschaftlich zu verankern?“



Foto: Wolf Sondermann

**Niehler Freiheit e.V. (Köln)**

„Wie können wir in dicht besiedelten Großstädten mit hohen Mietpreisen Inseln zum freien Experimentieren schaffen?“

**Blaue Blume e.V.**  
**(Friedrichshafen)**

„Wie könnte ein (vereinfachter) Genehmigungsrahmen für alternative und selbstinitiierte Wohn- und Kulturprojekte aussehen?“

**Tiny Legal, Dortmund**

„Wie sehen Planungsprozesse aus, die mobiles Wohnen, temporäre Stadtplanung und die Idee einer flexibel gebauten Umwelt, möglich machen?“

**Lückenfülle (München)**

„Wie können Genehmigungsverfahren für temporäre und soziokulturelle Projekte verlaufen, so dass sich Projektimpulse nicht unter zeitlichem und finanziellem Aufwand auflösen?“

Foto: Sophie Ramm (Fotografinn), Lückenfülle 2016, München





### **SPOT ON:**

#### **Blaue Blume e.V., Friedrichshafen**

Die Blaue Blume ist ein experimenteller Freiraum, eine Plattform für Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Kunst, Bildung, Nachhaltigkeit, Stadtentwicklung und ein nachhaltiges Wohnprojekt in Wagen und fliegenden Bauten. Die Initiative konnte einen Nutzungsvertrag für eine städtische Fläche unterzeichnen. Anschließend setzte sie sich proaktiv mit baurechtlichen Fragen auseinander wie z. B. mit Gebäudeklassen und fliegenden Bauten. Daneben fanden Gespräche mit dem Bauordnungsamt und zwei befreundeten Architekten statt. Themen, die im Genehmigungsprozess problematisch sein könnten, wurden gemeinsam erörtert. Bei einigen der Themen sah die Verwaltung die Möglichkeit von Befreiungen (z. B. Barrierefreiheit), bei anderen hingegen musste leider auf die bauordnungsrechtliche Standardvariante umgestiegen werden (z. B. Toilettenwagen mit Wasseranschluss anstatt Komposttoilette). Bauwagen wurden mit der Baugenehmigung als Gebäude und Neubau klassifiziert, was einen flexiblen Einsatz auf dem Gelände bis heute erschwert. Andere Bauten, die als Lager oder Ähnliches genutzt werden, wurden als nicht genehmigungspflichtig eingeordnet. Der nicht gewinnorientierte Verein musste zudem für die befristete Befreiung vom B-Plan zahlen, sodass die Nutzung des Grundstücks für Kultur- und Wohnzwecke auch baurechtlich erlaubt ist.

↳ [www.dieblaueblume.org](http://www.dieblaueblume.org)



ZK/U  
Treffpunkt für  
Kunst und  
Lebensstile



EINGANG

ZK/U INFO

Willkommen! Welcome!

Willkommen! Welcome!

WWW.ZKU-BERLIN.ORG // // // // //

KUL

# GEMEINWOHLPRÜFUNG VON INITIATIVEN VORTEILE GENERIEREN DURCH ZERTIFIZIERUNGEN

Ein erster Schritt, um Genehmigungsverfahren für soziokulturelle, nicht kommerzielle und oftmals zeitlich begrenzte Projekte zu vereinfachen, könnte eine Zertifizierung als gemeinwohlorientiertes Projekt sein. Grundlage dafür wäre jedoch eine Festlegung vergleichbarer und allgemeingültiger Kriterien für eine Gemeinwohlorientierung. In einem zweiten Schritt erfolgt die eigentliche Gemeinwohlprüfung. Der Grundgedanke des Modells der Gemeinwohlprüfung ist es, ein vereinfachtes und beschleunigtes baurechtliches Genehmigungsverfahren für gemeinwohlorientierte Initiativen zu ermöglichen und der Verwaltung sowie Initiativen Orientierung zu bieten. Konkret bedeutet dies, Kosten- und Zeiteinsparungen für alle Beteiligten zu erreichen und die notwendigen Verfahren zu verkürzen. Gerade zu Beginn eines Projektes könnte über eine schrittweise Genehmigung von Vorhaben, Duldungen oder Befreiungen verhandelt werden. Erfahrungen zeigen, dass Kommunen (insbesondere die Stadtplanungsämter), die den ideellen Wert solcher Initiativen und Projekte erkennen, sich aktiv darum bemühen, mehr gemeinwohlorientierten Raum und Nutzungen zuzulassen. Langfristig sollte es darum gehen, dass bestehende Planungsrecht für Projekte mit klar definierten Gemeinwohlkriterien auszulegen.

Weitere Vorteile einer optionalen Gemeinwohlprüfung wäre das Sichtbarmachen von der Arbeit und der Wirkung gemeinwohlorientierter Gruppen, die es Politik und Verwaltung einfacher machen, ihre Kooperation mit Initiativen zu legitimieren. Zudem könnten sich gemeinwohlorientierte Initiativen so leichter für Förderprogramme bewerben oder Sponsorengelder sammeln.

Die Erarbeitung verbindlicher und allgemeingültiger Kriterien könnte einen politischen Rahmen schaffen, der zivilgesellschaftliche Strukturen stärkt und in dem Eigeninitiative und eine aktive Mitgestaltung Anerkennung finden. Doch inwieweit ist Gemeinwohl messbar? Welche Kriterien für Gemeinwohl sind ausschlaggebend? Und welcher institutionalisierten Formen bedarf es, um Gemeinwohl zu prüfen? Im Folgenden werden Überlegungen für ein mögliches Modell durchgespielt. →

## #1 FESTLEGUNG DES MASSSTABS

Zu Beginn ist der Maßstab zu definieren: Auf welche Gemeinschaft bezieht sich das Gemeinwohl in seiner beabsichtigten Wirkung? Geht es um das Quartier und die Nachbarschaft oder um die globale Gemeinschaft? Lokale Bedürfnisse können von Stadt zu Stadt und Quartier zu Quartier unterschiedlich sein. Schutzgüter wie Natur und Umwelt dagegen lassen sich mit gesetzlichen Regelungen wie einer Umweltverträglichkeitsprüfung auf Bundesebene steuern und regulieren. Aspekte der sozialen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung von Nachbarschaften bewegen sich im Geltungsbereich der Länder und Kommunen. Wie könnte also ein überregionales Modell das Wohl von einzelnen Nachbarschaften sichern bzw. stärken? Wie kann die Unterschiedlichkeit an Ressourcen, Alltags-Herausforderungen und Urbanität im lokalen Kontext besser berücksichtigt werden?

## #2 DEFINITION VON KRITERIEN

Das Gemeinwohl nach Kriterien zu bewerten setzt voraus, dass diese Kriterien klar definiert sind und allgemeine Akzeptanz finden. Eine Allgemeingültigkeit der Definition von Gemeinwohl erfordert eine breite öffentliche Debatte. Ein standardisierter Kriterienkatalog dieser Art, der Initiativen überregional zur Verfügung steht und aktiv von Kommunen angewendet wird, könnte ein solidarisches Miteinander unterstützen und das Engagement von Gruppen stärken. Andere Konzepte, die in Deutschland in der Pilotphase stecken, sehen eine zufällige Auswahl von Stadtbewohnerinnen und -bewohnern vor, mit denen gemeinsam lokale Kriterien definiert werden, auf deren Basis über neue Projekte entschieden wird (deliberative Demokratie). Dieser Ansatz wird derzeit im sogenannten „Hansaforum“ in Münster ([www.hansaforum-muenster.de](http://www.hansaforum-muenster.de)) erprobt.

## #3 GRÜNDUNG EINES DACHVERBANDS

Ein Kriterienkatalog bedarf einer ständigen Ergänzung und Aktualisierung, also einer Kultivierung. Eine Möglichkeit dazu wäre die Gründung eines bundesweiten Dachverbandes. Am Gemeinwohl interessierte Initiativen können sich durch eine Verbandsstruktur, ähnlich der des →Netzwerk Immobilien oder des Forums Gemeinschaftliches Wohnen e.V., zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenschließen.

#### #4 EINRICHTUNG EINER PRÜFSTELLE

Ergänzend zu einem Kriterienkatalog wurde ebenfalls der Einsatz einer paritätisch besetzten Jury aus Stadtbewohnerschaft, Politikerinnen und Politikern sowie beisitzender Verwaltung diskutiert, die u. a. über die Verteilung von Geldern bestimmen kann. Die Auslegung des Kriterienkatalogs bzw. die Entscheidung über die Gemeinwohlwirkung würde dann den lokalen Bedürfnissen entsprechend erfolgen, ähnlich der Arbeitsweise von Gestaltungsbeiräten oder Kunstkommissionen. Jedoch verlangt die Gemeinwohlprüfung durch eine Jury, einen Convent oder einen Verband weitere personelle Kapazitäten. Auch die Kultivierung des Kriterienkatalogs verlangt Pflege und Auseinandersetzung mit zeitgemäßen Entwicklungen. Institutionen, die bereits eigene Prüfmechanismen nutzen, wie z. B. die Mietshäuser Syndikat GmbH als sichernde Gesellschafterin oder die paritätische Jury von Utopia-Stadt zeigen, dass sich der Mehraufwand lohnen kann. Eine entsprechende Klassifizierung von Gemeinwohl-Kriterien kann auch eine Schutzwirkung und Legitimation für das Handeln der Akteure ausbilden.

#### #5 LEGITIMATION

Zu guter Letzt stellt sich bei jeder Neueinführung von zusätzlichen Verfahren die Legitimationsfrage: Wem nutzt die neue Regelung und durch wen wird diese legitimiert? Welche ungeplanten Fallstricke gibt es? Wer beruft eine Jury oder setzt die Standards, nach denen eine Prüfung erfolgt? Gerade beim Gemeinwohl, dem Wortsinn nach „dem Wohl für alle“ muss diskutiert werden, wer überhaupt entscheiden kann, was für alle „gut“ ist, wenn nicht alle mitentscheiden können. Je nach Regionen und Lebensumständen haben Menschen unterschiedliche Vorstellungen davon, was das Wohl der Gemeinschaft ausmacht. Bei einem standardisierten Katalog, einem Convent oder einer Jury zur Kategorisierung von Gemeinwohl stellt sich die Frage: Kann oder soll diese Kategorisierung aus einer Verwaltung heraus stattfinden? Braucht es eine paritätische Besetzung von verschiedenen Akteursgruppen? Oder sollte gar ein politisches und demokratisch legitimiertes Gremium vorgeschaltet sein?

Eine grundsätzliche Frage ist jedoch, ob eine Gemeinwohlprüfung überhaupt notwendig und das richtige Werkzeug ist, um Initiativen, die gefördert werden sollen, von anderen Akteuren zu differenzieren und ihnen die Legitimität zuzusprechen. Im Steuerrecht gibt es bereits Kriterien der „Gemeinnützigkeit“ nach § 52 der →

Abgabenordnung (AO). Hier ist festgehalten, welche Zweckausrichtung einer Organisation als „gemeinnützig“ anerkannt wird und in Form von Steuervorteilen gefördert werden kann. Der Nachteil dieser Regelungen ist jedoch, dass sie rein finanzrechtlicher Natur sind und keinen Bezug zu anderen Vorschriften wie dem Bau- oder Veranstaltungsrecht haben. Zusätzlich ist der Katalog ein starres Gerüst und es fehlt eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, welche Kriterien darüber hinaus „gemeinnützig“ sein müssten. Es gibt viele Initiativen, die nicht den aktuellen Gemeinnützigkeitskriterien entsprechen. Außerdem bliebe das Finanzamt so die einzige Instanz, um über die Gemeinwohlorientierung von Institutionen, Organisationen und Akteuren zu entscheiden.

Wenn der kommunale Raum als öffentlicher und koproduktiver Raum erlebbar sein soll, geht es darum, wie soziokulturelle, ehrenamtliche und nicht kommerzielle Aktivitäten, die Gemeinschaft und Nachbarschaft stärken, gefördert werden können. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass das Thema „Gemeinwohl“ missbraucht wird, um am Ende Ziele zu verfolgen, die das Wohl der Gemeinschaft außer Acht lassen. Grundsätzlich gilt es zu überlegen, ob nicht auch die Wirkung der Aktivitäten und deren Messung dem oftmals schwer definierbaren Begriff des Gemeinwohls vorzuziehen ist.

Aus Sicht der Urbanen Liga soll Initiativen nicht zusätzliche Arbeit entstehen, sondern sie sollen von ihrer positiven und inklusiven Wirkung auf Raum, Stadt und Stadtgesellschaft profitieren, indem sie Erleichterungen und Vergünstigungen erfahren. Um temporäre und gemeinwohlorientierte Projekte nachhaltig zu fördern, braucht es einen in den Grundzügen definierten transparenten Aushandlungsprozess, der an einen gesteigerten Gestaltungsspielraum bei den Kommunen gekoppelt ist.

Dieser Artikel basiert auf einem Texte der Jurbanisten, der als Dokumentation zum Workshop im Rahmen der #raumkonferenz in Dresden erstellt wurde. ●



Foto: Team Stadtstratrand

Denklabor #3 im Spreefeld, Berlin



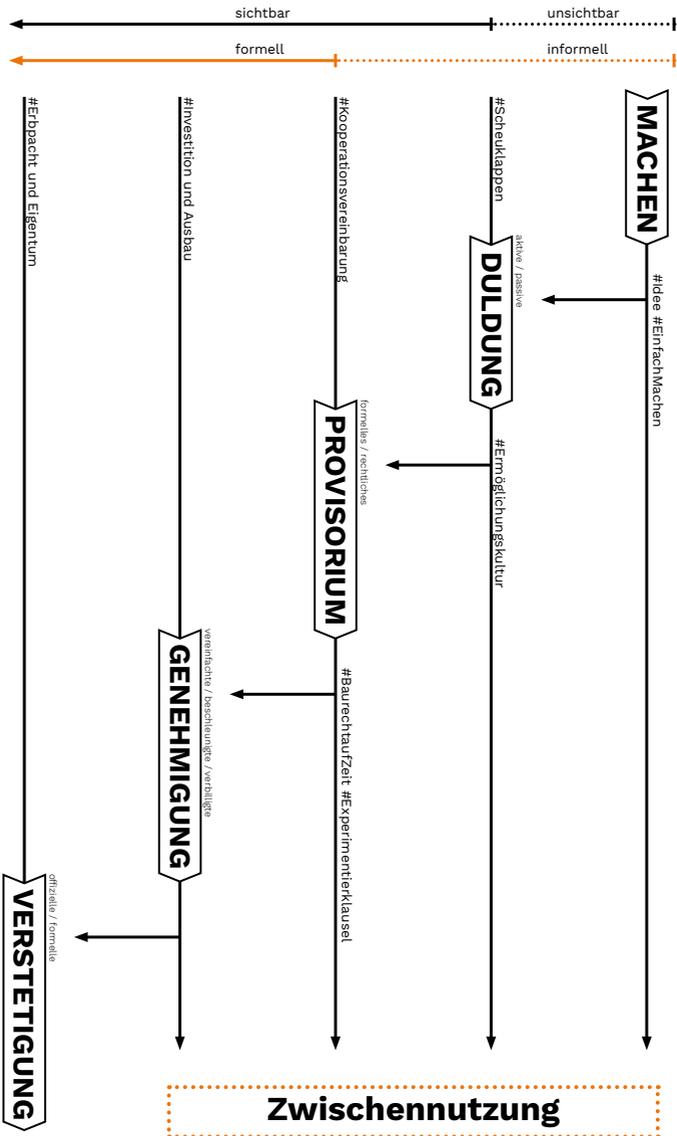
Arbeitsgruppe der Urbanen Liga

# SCHRITTWEISES GENEHMIGUNGSVERFAHREN DER WEG VOM MACHEN ZUR VERSTETIGUNG

Eine weitere Möglichkeit, soziokulturelle Projekte zu fördern, besteht in der Einführung eines schrittweisen baurechtlichen Genehmigungsverfahrens. Denn bei der Arbeit von jungen Stadtmachern geht es oft weniger um die Errichtung von langfristigen Bauwerken und Gebäuden, sondern viel mehr um flexible, an die Bedürfnisse und Gegebenheiten einer vielseitig genutzten Fläche angepasste (fliegende) Bauten wie Bauwagen, Container oder sogenannte Tiny Houses. Baurechtlich werden jeder Umzug und jedes Umstellen eines fliegenden Baus als Abriss- und Neubau bewertet. Ein mobiler bzw. temporärer Bau muss bei jedem Umzug einen neuen Bauantrag stellen, was zu unverhältnismäßigem Aufwand bei Initiativen und Bauaufsichten führt. Für bürgerschaftlich initiierte Projekte bedeutet dies einen enorm hohen logistischen Aufwand, verbunden mit hohen Kosten für Genehmigungen. Dies zeigen auch die Projektbeispiele wie das →PlatzProjekt in Hannover, ein kreatives Container-Dorf auf einer brachliegenden Fläche im Gewerbegebiet oder der „experimentelle Freiraum“ →Blaue Blume in Friedrichshafen. Junge Stadtmacher engagieren sich meist ehrenamtlich für ihre Städte, Gemeinden und Nachbarschaften. Sie tasten sich Schritt für Schritt an ein vollumfänglich genehmigungsfähiges Projekt heran und versuchen den komplexen Anforderungen des Bauordnungsrechtes gerecht zu werden. Aufgrund dieser Schwierigkeiten bewegen sie sich baurechtlich oft im Graubereich zwischen Illegalität und Legalität.

Daraus resultierend stellt sich die Frage, wie der rechtliche Rahmen für temporäre und gemeinwohlorientierte Projekte vereinfacht werden kann. Wie lassen sich soziokulturelle Projekte schrittweise genehmigen, ohne dass es zu Nutzungsunterbrechung bzw. -untersagung kommt? Gibt es Möglichkeiten, um Kosten und Zeitaufwand für temporäre Bauvorhaben zu reduzieren? Wie könnten Veranstaltungen, die der Finanzierung gemeinnütziger Zwecke dienen, in der Bewilligungspraxis gefördert werden?

Anhand einer Grafik wird illustriert, wie soziokulturelle, temporäre, nicht kommerzielle und gemeinwohlorientierte Projekte über verschiedene Nutzungsformen einen baurechtlich genehmigten Status erreichen können. Daraus soll ein mögliches schrittweises Genehmigungsverfahren entwickelt werden. →



Der Weg zur Verstetigung eines Projektes besteht aus Sicht der Urbanen Liga aus fünf Stufen, die eine schrittweise Annäherung an die behördlichen Vorgaben und die Zustimmung durch die Verwaltung verdeutlichen sollen:

### #MACHEN

In der MACHEN-Phase zählt der Impuls und der Wille, eine Idee im Stadtraum umzusetzen. Weder Organisationsform noch Rechtsform sind hier relevant. Es geht darum, mit einfachen Mitteln eine gemeinsame Idee umzusetzen. In dieser Phase laufen Projekte noch unter dem Radar der öffentlichen bzw. kommunalen Wahrnehmung, da sie über keine Genehmigung verfügen, keine Zustimmung von Eigentümern haben oder die Verkehrssicherungspflicht übernehmen. →

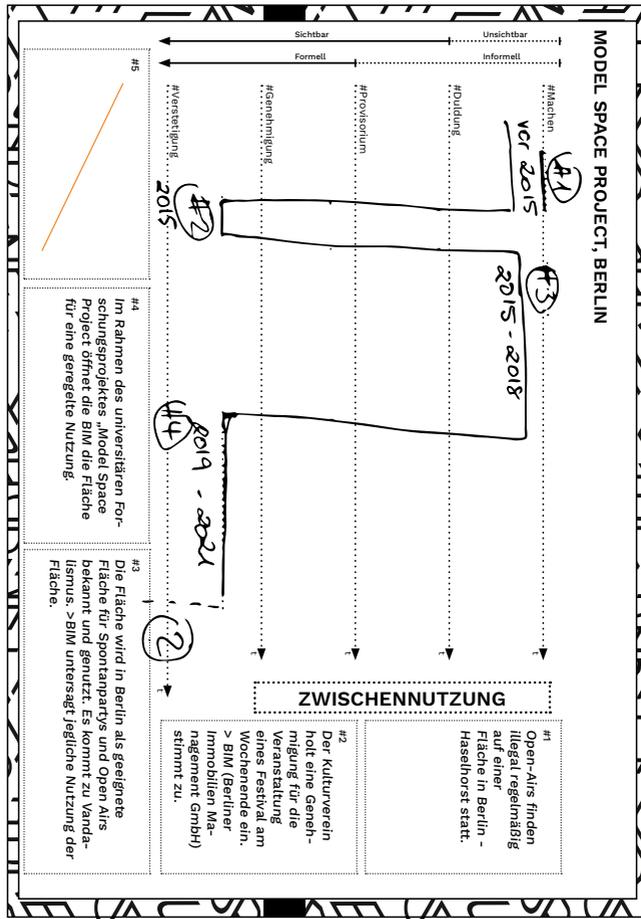
### #DULDUNG

In der Duldungsphase befinden sich Projekte, die bereits eine gewisse Bekanntheit erlangt haben, aber weiterhin im informellen Rahmen agieren. Diese Projekte sind für die Öffentlichkeit und die Verwaltung sichtbar. Das Projekt hat aber noch kein formelles Genehmigungsverfahren durchlaufen und hält nicht immer alle rechtlichen Bestimmungen ein – sei es baurechtlicher, veranstaltungsrechtlicher oder konzessioneller Art. Wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet ist und das Projekt niemandem schadet, kann die Verwaltung den Zustand passiv dulden, indem sie den Zustand ohne eindeutige Stellungnahme akzeptiert.

### #PROVISORIUM

Eine weitere Möglichkeit ist die aktive Duldung, die nach außen hin mündlich oder schriftlich mitgeteilt wird. Die aktive Duldung von Projekten kann ausgesprochen werden, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet ist. Das heißt, materielle Bestimmungen wie Sicherheits- oder Brandschutzbestimmungen müssen eingehalten werden, jedoch kann von formellen Auflagen wie einer Baugenehmigung abgesehen werden. Die aktive Duldung ist bereits ein Werkzeug der nächsten Stufe – des Provisoriums und kann beispielsweise über eine Duldungsverfügung aktiv ausgesprochen werden. Viele Projekte befinden sich bereits bei Gründung und Aufbau des Projektes im Modus des Machens. Das langsame Herantasten an eine passive bzw. aktive Duldung, die Vernetzung mit Verwaltung und Politik über informelle Gespräche und das Organisieren behutsamer Aushandlungsprozesse der Nutzungsbedingungen mit der Bauaufsicht und der Eigentümerin bzw. dem Eigentümer führen Schritt für Schritt zur Erreichung des Zustandes eines Provisoriums. →

Beispiel #EinfachMachen  
**Model Space Project, Berlin**



Das Berliner „Model Space Project“ setzt sich für die genehmigungsfreie Nutzung von Freiflächen für nicht kommerzielle Musik- und Kulturveranstaltungen ein. Dabei stehen vor allem undurchsichtige Eigentumsverhältnisse, Lärmschutzbestimmungen und restriktive Grünanlagengesetze im Weg. Hinzu kommt eine mangelnde Akzeptanz von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, solche Nutzungen wohlwollend in der Nachbarschaft zu dulden.

### #GENEHMIGUNG

Für die Projektbeteiligten wird ab einem gewissen Punkt die Planbarkeit zur Grundlage des Projekts. Nur mit der zuverlässigen, rechtlich abgesicherten Zusage über die Nutzung einer Fläche oder Räumlichkeit werden Investitionen tragbar, die für das weitere Bestehen eines Projekts notwendig sind. Der Weg bis zum Erlangen einer Genehmigung stellt sich in den meisten Fällen über einen unvorhersehbar langen Zeitraum als intransparent und mühsam dar. Die Leichtigkeit des #Machens ist nur noch eine Erinnerung.

### #VERSTETIGUNG

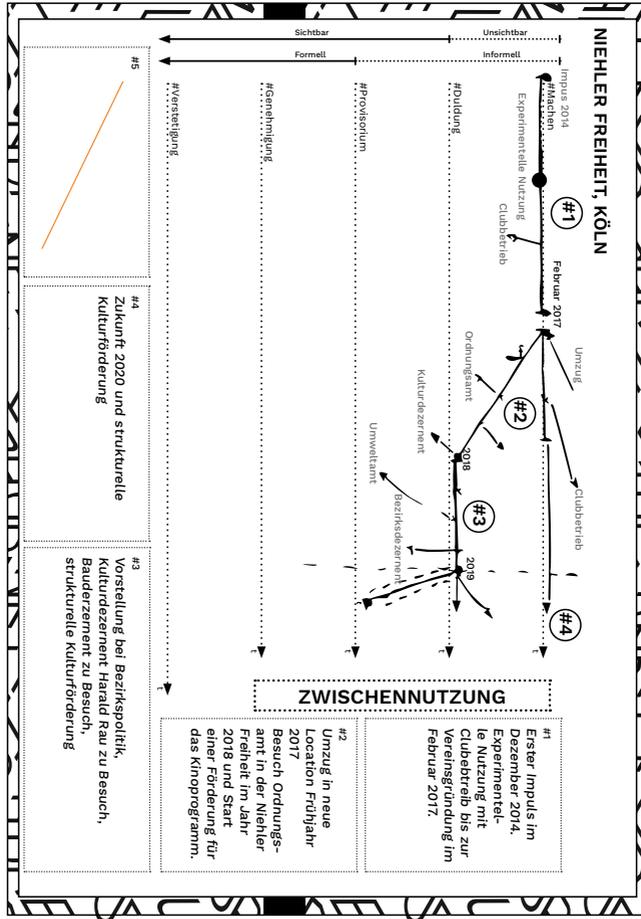
Wenn Nutzungsvereinbarungen, Pacht- oder Mietverträge von Personen mit Eigentum unterschrieben und Haftungs- und Sicherheitsrisiken geklärt sind, kann eine Baugenehmigung beantragt werden. Wird diese durch die Bauaufsicht erteilt, ist ein weiterer Schritt in Richtung langfristiger Nutzung einer Fläche erfolgt und es kann von einer Verstetigung gesprochen werden.

### FAZIT

Das Modell einer schrittweisen Baugenehmigung versucht, dem offenen Entwicklungsprozess zivilgesellschaftlicher Projekte zu entsprechen. Müssen beim traditionellen Baugenehmigungsverfahren zum Zeitpunkt der Antragstellung alle für eine Beurteilung notwendigen Eigenschaften und zukünftigen Nutzungen abschließend geklärt sein, so erfolgt die Beurteilung bei der prozessualen Baugenehmigung entsprechend dem Projektfortschritt (siehe Grafik). Hier braucht es eine offene Herangehensweise der Verwaltungen, um die Projekte Schritt für Schritt zu begleiten, z. B. durch Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit einer prozesshaften Entwicklung ohne festgelegtes Endergebnis.

Die Bauaufsicht der Kommune kann beispielsweise über die Anwendung einer Experimentierklausel (z. B. § 86a Abs. 1 Satz 4 BauO Berlin) auf soziokulturelle Projekte in der Entstehungs- und Professionalisierungsphase zugehen und von technischen Baubestimmungen abweichen. Hier liegt es im Ermessensspielraum und an der Kooperationsbereitschaft der Verwaltungsmitarbeiter, welche adäquaten Ersatzlösungen bzw. kostengünstigen Alternativen sie genehmigen, um die Projekte bei der Umsetzung ihrer baulichen Vorhaben in einer frühen Phase zu unterstützen. Auch können Verwaltungen auf hohe Gebühren für die Bearbeitung der Genehmigungen verzichten, wenn die Gebührenordnungen das vorsehen und soziokulturelle Projekte über gemeinnützige →

Beispiel #Provisorium  
**Niehler Freiheit, Köln**



Der urbane Kulturverein →Niehler Freiheit in Köln verwandelt eine ehemalige Autowerkstatt in ein Zentrum für Kunst, Kultur und Musik. Hier entstehen Freiräume außerhalb der klassischen Erwerbsarbeitsstruktur, die aufgrund der hohen Mieten unter finanziellem Verwertungsdruck stehen und mit langwierigen und kostspieligen Genehmigungsprozessen für temporäre Bauten, Umbauten und Umnutzungen mit harten Auflagen für Brandschutz, Lärmschutz und Konzessionen zu kämpfen haben.

Trägerschaften Anträge für Baugenehmigungen stellen. Grundsätzlich braucht es einen in den Grundzügen definierten, transparenten Aushandlungsprozess, der an einen gesteigerten Gestaltungsspielraum bei den Kommunen gekoppelt ist.

### **Möglicher Ansatz zur Förderung eines gemeinwohlorientierten Baurechts**

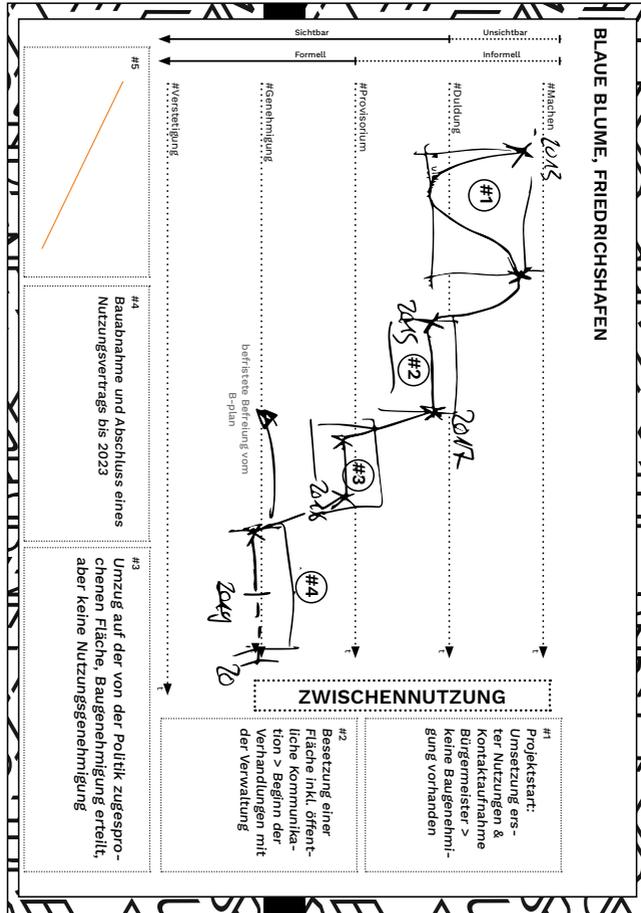
- Ergänzung des BauGB um eine Kriterienliste
- Regelung für soziokulturelle Projekte in den Bauordnungen der Länder
- mehr Gestaltungsspielraum bei Kommunen
- Kopplung an transparentes Aushandlungsverfahren ●



Foto: Maurits Boettger

Urban Gardening auf dem Gelände der Niehler Freiheit in Köln

Beispiel #Verstetigung  
**Blaue Blume, Friedrichshafen**



Kollektive, wie der →Blaue Blume e.V., ein Kulturverein in Bauwagen auf einer öffentlichen Grünfläche in Friedrichshafen, beschäftigen sich mit alternativen Wohnformen in Verbindung mit Veranstaltungen in den Bereichen Kunst, Kultur, Bildung und Stadtentwicklung. Um das Projekt für einen längeren Zeitraum zu etablieren, mussten befristete Befreiungen vom Bebauungsplan verhandelt werden, die hohe Kosten beim Projektträger verursachten.





Foto: Jurbanisten

Die Personen hinter der Gruppe der Jurbanisten

# **DIE JURBANISTEN**

## **DIE BAURECHTSGRUPPE DER URBANEN LIGA**

Eine Arbeitsgruppe der Urbanen Liga, deren Fokus auf dem Baurecht liegt, beschäftigt sich im Rahmen der Ko-Forschung mit Fragen rund um ein gemeinwohlorientiertes Baurecht. Ziel ist die Entwicklung eines Instruments „Gemeinwohlorientiertes Baurecht“ zur Überprüfung der Gemeinwohlorientierung soziokultureller Projekte. In einem ersten Schritt wird dazu an einem Gemeinwohlprüfungsverfahren entlang verschiedener Nutzungsdauern (kurz, mittel, langfristig) gearbeitet. In einem zweiten Schritt geht es anschließend um die Definition relevanter Stufen für ein baurechtliches, prozessuales Genehmigungsverfahren für (soziokulturelle und gemeinwohlorientierte) Pioniernutzungen.

# URBANE LIGA

JUGENDFORUM  
STADTENTWICKLUNG

[WWW.URBANE-LIGA.DE](http://WWW.URBANE-LIGA.DE)





Foto: Team stadstratstrand



S T A D T

K A N N

M E H R



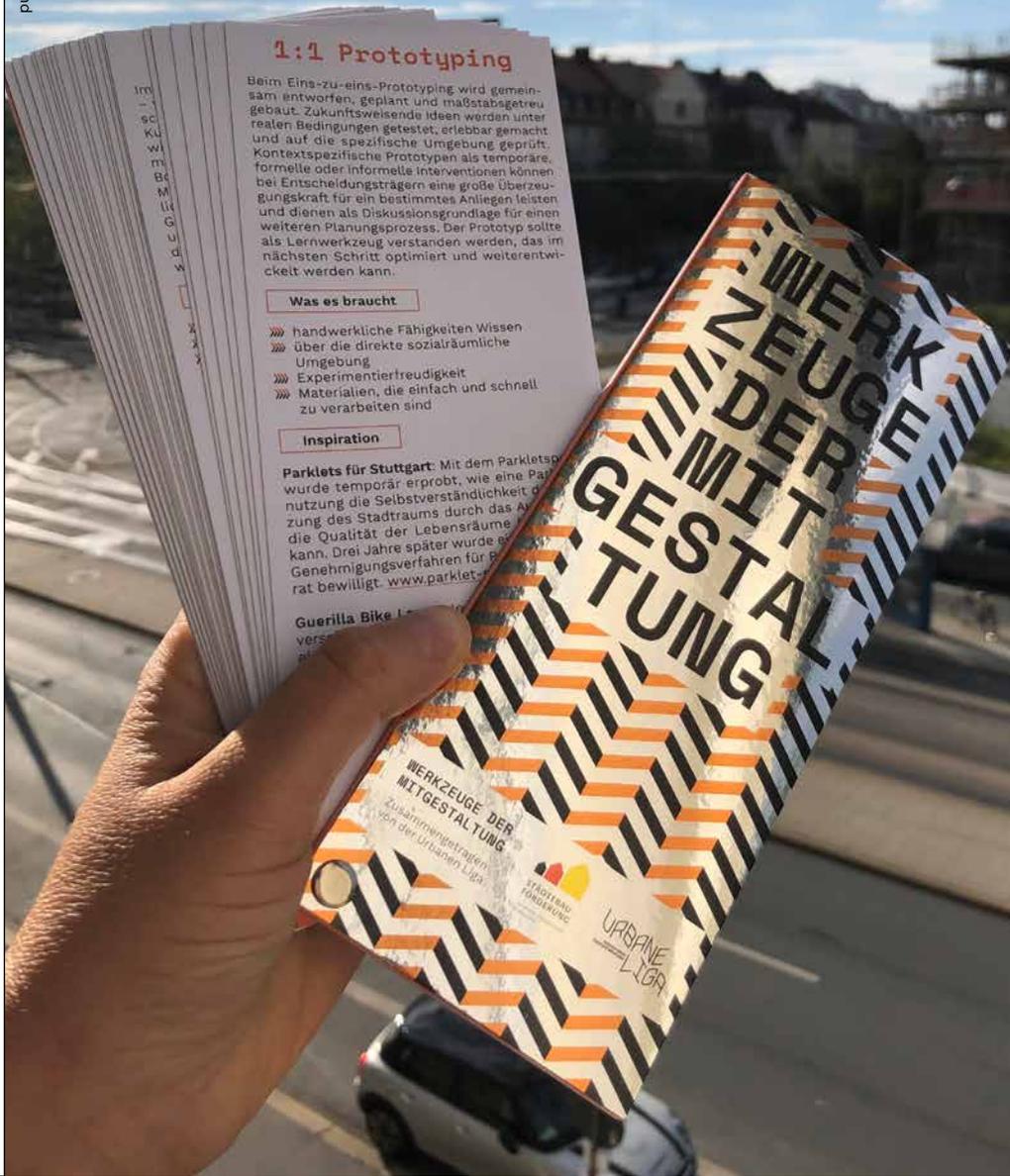
**VISIONEN**

**WERK  
ZEUGE**



# STADT KANN MEHR INSTRUMENTE FÜR DIE KOPRODU- ZIERTE STADT VON MORGEN

Die Projekte von Stadtmachern sind vielseitig. Projekte wie Beteiligungsinitiativen auf dem Land oder kreative Containerstädte in der Großstadt haben aber eines gemein: Sie nutzen und entwickeln kreative und besondere Ansätze und grenzen sich so von gewohnten Projektabläufen ab. Aus dem zweijährigen Diskurs der Urbanen Liga und im Rahmen der Ko-Forschung sind Visionen und Werkzeuge entstanden, die jungen Stadtmachern bei der Umsetzung ihrer Projekte helfen sollen. Diese Sammlung an Instrumenten wurde von der Gruppe zusammengetragen, reflektiert und ausformuliert. Mit Atlas oder Faltpakat, Werkzeugfächer oder Förderprogramm, Kampagne oder Kooperationsvereinbarung entstanden Visionen und konkrete Werkzeuge, die die Projekte im Alltag unterstützen. Mit der Weiterentwicklung des Ansatzes der Zukunftsschutzgebiete und der rechtlichen Überprüfung eines schrittweisen Baurechts wurde die Ko-Forschung auch genutzt, um bestehende Ansätze mit fachlicher Expertise zu schärfen. Damit wird geballtes Wissen aus den Projekten der Urbanen Liga reflektiert, zusammengefasst und weitergegeben und findet den Weg zurück in die Städte und Kommunen.



## 1:1 Prototyping

Beim Eins-zu-eins-Prototyping wird gemeinsam entworfen, geplant und maßstabsgetreu gebaut. Zukunftsweisende Ideen werden unter realen Bedingungen getestet, erlebbar gemacht und auf die spezifische Umgebung geprüft. Kontextspezifische Prototypen als temporäre, formelle oder informelle Interventionen können bei Entscheidungsträgern eine große Überzeugungskraft für ein bestimmtes Anliegen leisten und dienen als Diskussionsgrundlage für einen weiteren Planungsprozess. Der Prototyp sollte als Lernwerkzeug verstanden werden, das im nächsten Schritt optimiert und weiterentwickelt werden kann.

### Was es braucht

- » handwerkliche Fähigkeiten
- » über die direkte sozialräumliche Umgebung
- » Experimentierfreudigkeit
- » Materialien, die einfach und schnell zu verarbeiten sind

### Inspiration

**Parklets für Stuttgart:** Mit dem Parklets wurde temporär erprobt, wie eine Parknutzung die Selbstverständlichkeit der Nutzung des Stadtraums durch das Anbieten die Qualität der Lebensräume verbessern kann. Drei Jahre später wurde ein Genehmigungsverfahren für Parklets vom Rat bewilligt. [www.parklets.de](http://www.parklets.de)

### Guerilla Bike

versuchen

WERKZEUGE DER MITGESTALTUNG

Zusammengetragen von der Urbanen Liga

STÄDTERBAU FÖRDERUNG

URBANE LIGA

# #1 FÄCHER DER MITGESTALTUNG

## AUSGANGSFRAGE

„Welche innovativen Formate der Mitgestaltung und Mitwirkung gibt es? Wie lassen sich mehr Menschen zur Mitwirkung im eigenen Lebensumfeld anregen?“

## BESCHREIBUNG

Da viele Initiativen nicht mit den umfangreichen Methoden und Werkzeugen der Mitgestaltung vertraut sind, enthält der Werkzeugfächer der Urbanen Liga verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung in Stadtentwicklungsprozessen. Asambleas oder Volksbegehren – dies sind nur zwei der auf über 70 Fächer-Seiten gesammelten Formen der Teilhabe, die helfen sollen, sich als Stadtgestalterin oder -gestalter in Prozesse einzubringen. Die Methodensammlung soll kommunalen und zivilgesellschaftlichen Stadtmachern eine zugängliche Übersicht bieten. Der Fächer ist in einem Crowdsourcing-Prozess entstanden, in dem eine Vielzahl an Werkzeugen der Mitgestaltung in der Stadt gesammelt und nach Durchführbarkeit bewertet wurde.

## ZIELGRUPPE

- für kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung als erfrischende Inspiration
- für Stadtmacher als Wissenspool und Inspiration
- für den Jahrgang 2018/2019 der Urbanen Liga als Referenz und Reflexion

## ZIELE

Vermittlung von Alternativen zu klassischen Beteiligungsformaten

## STATUS

realisiert

Auflage 500 Stück

Bezugsquelle:

[silvia.wicharz@bbr.bund.de](mailto:silvia.wicharz@bbr.bund.de)

Online abrufbar unter:

[www.urbane-liga.de](http://www.urbane-liga.de)

JEDE KOPIE MUSS BEZAHLT

Canon

URBANE  
JUGENDFORUM  
STADTENTWICKLUNG  
LIGA  
GENEH  
PROVISORIUM  
DULDUNG  
MACHEN

Foto: Team stadstatstrand

## #2 BAURECHT AUF STADTMACHEN

### AUSGANGSFRAGE

„Wie lassen sich für gemeinwohlorientierte Projekte der Spielraum innerhalb des Baurechts erweitern und der Genehmigungsaufwand für Akteure und Verwaltung vereinfachen?“

### BESCHREIBUNG

Im Faltblatt „BauRECHT auf STADTMachen“ stellt die Urbane Liga auf vielfältige Art und Weise dar, welche Relevanz eine entgegenkommende Auslegung des Baurechts für die Arbeit soziokultureller Initiativen hat. Denn gerade komplexe planungs- und bauordnungsrechtliche Regeln können eine dynamische Entwicklung derartiger Projekte erschweren: Vergaberecht, Vertragsrecht, Planungsrecht, Bauordnung und Veranstaltungsrecht stellen dicke Bretter für die Projekte dar. Die Urbane Liga zeigt Strategien, die in den eigenen Projekten angewendet wurden und macht Vorschläge, bestehendes Recht zu erweitern bzw. zu ändern. Sie möchte dazu anstoßen, über Alternativen nachzudenken.

### ZIELE

- Vermittlung von Spielräumen innerhalb des Planungs- und Bauordnungsrechts
- Vermittlung von Informationen über Entwicklung von soziokulturellen Projekten
- Vermittlung und Skizzierung möglicher Alternativen

### STATUS

realisiert

Auflage 500 Stück

Bezugsquelle:

[sivia.wicharz@bbr.bund.de](mailto:sivia.wicharz@bbr.bund.de)

Online abrufbar unter:

[www.urbane-liga.de](http://www.urbane-liga.de)



# Kodex Kooperative Stadt

## Aufruf zur gemeinsamen Stadtgestaltung

Der **Kooperations Kodex** ist ein Positionspapier. Es vertritt die Interessen und Forderungen stadtgestaltender Initiativen. Damit sind all jene Akteur\*innen gemeint, die sich als Gruppe zusammengeschlossen haben, um unkommerziell und gemeinwohlorientiert ihre Stadt mitzugestalten. Sie wollen aktiv das Stadtbild prägen – im Kleinen, wie im Großen. Sie setzen Impulse zu aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung, bringen entsprechende Projekte voran und stoßen Debatten an.

Das Ziel des **Kooperations Kodex** ist es, die vielerorts im Kleinen besprochenen Themen auf eine gemeinsame Plattform zu heben. So soll mehr Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit für die Arbeit der Initiativen geschaffen werden. Damit soll eine Grundlage für eine Verständigung zwischen neuen und alten Stadtentwicklungsakteur\*innen, zwischen Expert\*innen und Laien sowie zwischen Wissenschaft und Praxis geschaffen werden. Dadurch soll eine Haltung entwickelt werden und ein neues Verständnis alternativer Stadtentwicklungspraktiken etabliert werden.

**1** Initiativen als Sprachrohr der Gesellschaft müssen als legitime Kooperationspartner\*innen in der Stadtentwicklung beteiligt werden.

**2** Kommunen sollen Initiativen dabei unterstützen, Räumlichkeiten für ihre Zwecke zu finden, zu nutzen und zu halten – egal, ob städtisches Eigentum oder Privateigentum.

**3** Die Zusammenarbeit zwischen stadtgestaltenden, nicht-kommerziellen Initiativen und kommunalen Vertreter\*innen aus Verwaltung und Politik bedarf gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigen Vertrauens.

**4** Die Etablierung einer regelmäßigen Dialogkultur sollte Basis jeder Kooperation zwischen Initiativen und kommunalen Vertreter\*innen aus Verwaltung und Politik sein. Ein Beispiel dafür wären ressortübergreifende Runden Tische, die Initiativen und Verwaltungen zusammenbringen.

**5** Experimentierräume müssen Bestandteil eines städtischen Leitbildes sein.

**6** Sozio-kulturelle Aktivitäten müssen gefördert werden. Dafür braucht es mehr zeitliche und personelle Ressourcen (sowie entsprechende Kompetenzen) in den zuständigen Ämtern der Verwaltungen.

**7** Akteur\*innen, die einen sozialen und kulturellen Mehrwert für Nachbarschaft und Stadtgesellschaft leisten, muss der gleiche Stellenwert zugeschrieben werden, wie wirtschaftlichen Akteur\*innen.

**8** Es braucht politischen Willen und einen klaren Auftrag an die Verwaltung, sozio-kulturelle Aktivitäten zu fördern und Instrumente für mehr Rechtssicherheit zu entwickeln.

**9** Eine Kultur der Ermöglichung ist in Bezug auf unkonventionelle Anfragen bei der kreativen Nutzung von (Frei-)Räumen wichtig.

**10** Bei Eigentumsverhältnissen muss mehr Transparenz gewährleistet werden. Das Grundbuch muss für die Öffentlichkeit niedrigschwellig zugänglich sein.

Die **Verfasser\*innen** des Papiers sind verschiedene stadtgestaltende Initiativen, sowie Vertreter\*innen aus Wissenschaft, Forschung und verschiedenen politischen Institutionen.

Die **Unterzeichner\*innen** sind potenziell alle stadtgestaltenden Initiativen in Deutschland und alle diejenigen, die sich und ihre Werte im Papier wiederfinden.  
Weitere Informationen unter [www.urbane-liga.de](http://www.urbane-liga.de)

Freiwilliges Engagement ist grundsätzlich zu unterstützen! Solange dieses die demokratische Grundordnung nicht gefährdet und ihm keine rassistischen oder anderweitig diskriminierenden Wertvorstellungen zugrunde liegen.

## #3 KODEX KOOPERATIVE STADT

### AUSGANGSFRAGE

„Wie kann eine wertschätzende Haltung von Kommunen gegenüber der Arbeit von Initiativen entstehen?“

### BESCHREIBUNG

Der „Kodex Kooperative Stadt“ ruft zu einer proaktiven gemeinschaftlichen Stadtgestaltung zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft auf. Er entstand in Zusammenarbeit von verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern stadtgestaltender Initiativen als gemeinsames Positionspapier. Von der Urbanen Liga initiiert, ist der #KoopKodex als offenes Dokument zu verstehen, das sowohl im offenen Textformat als auch als A3 Poster online zur Verfügung steht. Im Sinne von Open Source können Änderungen vorgenommen werden und ergänzte Versionen zu eigenen Zwecken benutzt werden. Ergänzt wird der #KoopKodex durch verschiedene Vorlagen für z. B. Anschreiben an kommunale Entscheidungsträger, einer Langfassung des Kodex, sowie ein Anschreiben an Initiativen, das Zielsetzung und Umgang mit dem Papier erläutert.

### ZIELGRUPPE

- Initiativen, gemeinnützige Vereine, Verbände, Bündnisse
- Lokalpolitikerinnen und -politiker wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Abgeordnete der Länderparlamente, stadtentwicklungspolitische Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen
- Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Stadtplanung, Liegenschaftsverwaltung oder Bauaufsicht

### ZIELE

- Schaffung einer Basis möglicher Kooperationen zwischen Verwaltung und Initiativen
- nachhaltige Positionierung von Initiativen als Träger öffentlicher Belange
- Entwicklung einer kooperativen Haltung

### BEST-PRACTICE/ REFERENZEN

- Manifest der offenen Gärten, Erklärung der Vielen

### STATUS

realisiert

Online abrufbar unter: [www.urbane-liga.de](http://www.urbane-liga.de)

## #4 ATLAS MUTIGER ERMESSENSSPIELRÄUME

### AUSGANGSFRAGE

„Welche Ermessensspielräume haben Verwaltungsmitarbeiter in den Stadtplanungsämtern und in der Bauaufsicht, um experimentelle und temporäre Nutzungen einfacher zu genehmigen?“

### BESCHREIBUNG

Die Urbane Liga schlägt vor, einen Atlas mutiger Ermessensspielräume zu entwickeln. Der Atlas soll Fallbeispiele aus verschiedenen Kommunen mit wertvollen Hinweisen zur Auslegung von rechtlichen Ermessensspielräumen innerhalb des Planungsrechts vorstellen und auf diese Art und Weise Transparenz schaffen, sowohl für die Genehmigungsbehörden als auch für Projektmacher. Die Urbane Liga geht davon aus, dass bei der Erteilung von Genehmigungen mögliche Ermessensspielräume häufig nicht genutzt werden, da entweder Haftungsfragen nicht geklärt sind oder das Wissen über die Anwendung dieser fehlt. Anhand von Praxisbeispielen soll gezeigt werden, wie Ermessensspielräume angewendet werden können, z. B. über die aktive Duldung, die Anwendung der Experimentierklausel in den Landesbauordnungen oder die offensive Auslegung der Baunutzungsverordnung (BauNVO).

### ZIELGRUPPEN

- Verwaltungspersonen in Kommunen in den Bereichen Stadtplanung, Flächenmanagement, Bauaufsicht, Liegenschaftsämter, Ordnungsämter usw.
- stadtgestaltender Initiativen aus den Bereichen Sub- und Soziokultur, Gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung

### ZIELE

- Vermittlung von Strategien und Ansätzen für vereinfachte Genehmigungsprozesse von soziokulturellen Projekten
- Aufklärung über rechtliche Möglichkeiten anhand transparenter Darstellung von Ermessensspielräumen

### BEST-PRACTICE/ REFERENZEN

Freiraumfibel - Wissenswertes über die selbstgemachte Stadt (BBSR, 2016)

### STATUS

Vorschlag

# #5 KAMPAGNE KOOPERATIVE VERWALTUNG

## AUSGANGSFRAGE

„Wie könnte der Prozess der Vergabe von Flächen für kurz- und mittelfristige soziokulturelle Projekte durch die Verwaltung leichter gestaltet werden?“

## BESCHREIBUNG

Zwischen Stadtmachern und Politik bzw. Verwaltung sollte eine Kultur der Offenheit entstehen. Dafür sollten gemeinwohlorientierte Projekte ihre Wirkung auf Stadt und Gesellschaft besser herausstellen und Kommunen die Vielfalt an Projekten und deren Vorzüge vorstellen. Denn oft befinden sich Stadtmacherprojekte in ihrer eigenen Welt und sind Verwaltungen nicht bekannt. Unterschiedliche Formate wie ein Fortbildungsprogramm für Verwaltungsmitarbeiter, ein Newsletter mit Best-Practice-Beispielen, ein Youtube-Blog mit kurzen Clips könnten dabei dienlich sein. In der Praxis führen die Unkenntnis über alternative Projekte und die oftmals fehlenden zeitlichen und personellen Ressourcen in der Verwaltung zu einer ablehnenden Haltung gegenüber unkonventionellen Anfragen.

## ZIELGRUPPE

- Verwaltungsmitarbeiter in Kommunen in den Bereichen Stadtplanung, Flächenmanagement, Bauaufsicht, Liegenschaftsämter, Ordnungsämter usw.

## ZIELE

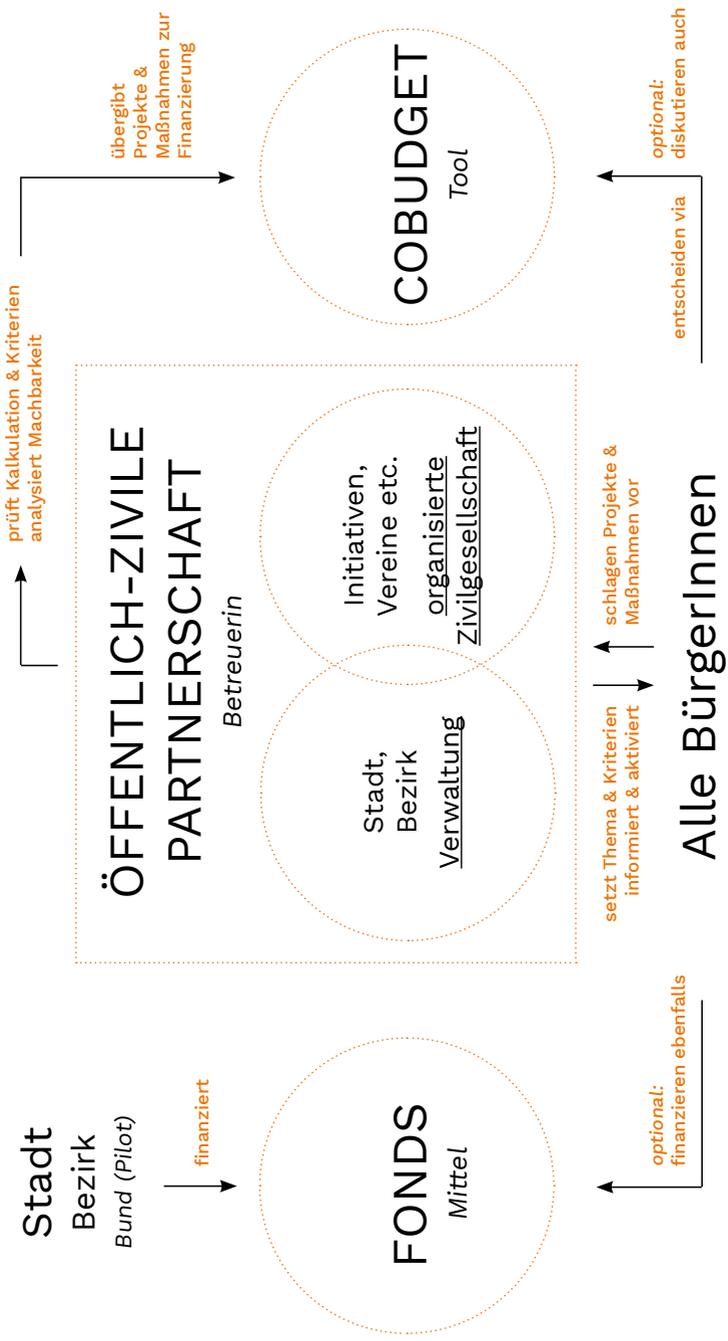
- Wissenstransfer und -vermittlung über kooperative Arbeitsformen zwischen Initiativen und Verwaltung
- Empowerment für eigenverantwortliches Handeln innerhalb der Verwaltung auf Grundlage transparent kommunizierter Handlungsspielräume

## BEST-PRACTICE/ REFERENZEN

Fortbildungsprogramme des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Deutsches Institut für Urbanistik (difu) oder Architektenkammern

## STATUS

Vorschlag



## #6 CO-BUDGET

### AUSGANGSFRAGE

„Welche innovativen Formate der Mitgestaltung gibt es? Wie lassen sich mehr Menschen zur Mitwirkung im eigenen Lebensumfeld anregen?“

### BESCHREIBUNG

Die Urbane Liga schlägt ein Co-Budget vor, dass eine neue, bundesweite und unbürokratische Vergabep Praxis von Fördermitteln für zivilgesellschaftliche Stadtideen begleitet. Auf einer öffentlich geförderten digitalen Plattform werden die Mittel wie etwa in einem Bürgerhaushalt an die besten Ideen von den Mitgliedern der Gemeinschaft vergeben. Als Pilotprojekt zur Stärkung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen kann es direkte Wirkung entfalten und auch die Positionierung der Initiativen als relevante Akteure in der Stadtentwicklung stärken. Zudem können mit dem selbstverwalteten Budget neue Formate einer direkteren Demokratie mit digitalen Mitteln getestet werden. Inspiration zieht dieser Ansatz aus internationalen Beispielen, wie dem Pariser Budget participatif<sup>12</sup>, bei dem Haushaltsmittel über einen transparenten digitalen und analogen Aushandlungsprozess für die Stadtideen der Pariasnes eingesetzt werden, oder dem Spacehive-Programm einer Crowdfunding- und Matchmaking-Plattform<sup>13</sup> für bestehende Fördermittelgeber und Stadtideen. Auch Beispiele aus Deutschland, wie Quartiers- und Jugendfonds oder größer angelegte Bürgerhaushalte deutscher Kommunen zählen zu den Inspirationsquellen.

### ZIELE

- Bürokratie- und Komplexitätsabbau
- Umsetzung direkter Demokratie bei der Entscheidung über die Verteilung von finanziellen Ressourcen
- Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement

### BEST-PRACTICE/ REFERENZEN

Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg, Spacehive London, Cobudget.co, Budget Participatif Paris

### STATUS

Prototyp innerhalb der Urbanen Liga getestet (Ko-Forschung)

<sup>12</sup> [www.budgetparticipatif.paris.fr/bp/](http://www.budgetparticipatif.paris.fr/bp/)

<sup>13</sup> [www.spacehive.com/](http://www.spacehive.com/)

## #7 LEERSTANDSSTEUERFONDS

### AUSGANGSFRAGE

„Wie schaffen wir es, Zugänge zu ungenutzten Flächen und Räumen zu ermöglichen, um diese zeitlich flexibel und auf kreative Art und Weise zu nutzen?“

### BESCHREIBUNG

Wertvolle Flächenressourcen, die hervorragend durch zivilgesellschaftliche Akteure temporär oder langfristig entwickelt werden könnten, liegen brach. Diese Nichtnutzung wird häufig durch das Steuerrecht begünstigt, sodass es sich lohnt, Grundstücke nicht zu verpachten oder Gebäude leer stehen zu lassen. Dabei ergibt sich aus dem Grundgesetz nicht nur das Recht auf Eigentum, sondern auch die Pflicht, dieses zum Wohle der Allgemeinheit zu gebrauchen (vgl. Art. 14 (2) GG).

Die Urbane Liga schlägt eine höhere Besteuerung von leer stehenden Gebäuden und brachgefallenen Flächen anstelle von Steuererleichterungen vor. Wenn Personen, die Grundstücke besitzen, temporäre Nutzungen für die Arbeit von Stadtmachern bis zur langfristigen Entwicklung bzw. Verwertung zulassen, soll von einer höheren Besteuerung abgesehen werden. Diese Praxis könnte Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer von einer Nutzung ihrer Fläche durch Initiativen überzeugen und als Türöffner einen wertvollen Beitrag für die Stadt- bzw. Dorfentwicklung leisten.

### ZIELGRUPPE

- Bund, Land, Kommune

### ZIELE

- Leerstand als Raumressource für Engagement nutzbar machen.
- Transparenz von Eigentumsverhältnissen herstellen.

### BEST-PRACTICE/ REFERENZEN

Leerstandsmelder, →Hannover Voids, Pariser Leerstandssteuer, KRAAK NL

### STATUS

Vorschlag

# #8 MUSTER-KOOPERATIONS-VEREINBARUNG

## AUSGANGSFRAGE

„Welche Kooperationsmöglichkeiten mit der Kommunalverwaltung gibt es, wie ließen sie sich leichter realisieren?“

## BESCHREIBUNG

Eine Kooperationsvereinbarung schafft den Rahmen für die gelungene Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen, öffentlichen Ämtern und Eigentümern. Ziel der Urbanen Liga ist, die Nutzung und Entwicklung von Flächen und Gebäuden zu fördern und damit zu ermöglichen. Im Prozess der Kooperation werden gemeinsame Interessen und Verpflichtungen definiert. Erstrebte Funktionsweisen, transparenter Informationsfluss und vereinbartes Arbeitspensum bergen Konfliktpotenziale, denen durch Klärstellung in der Kooperationsvereinbarung vorgebeugt wird. Bei der Arbeit an einer Muster-Kooperationsvereinbarung hat sich jedoch gezeigt, dass ein Muster nicht auf jede Situation, jeden Ort und jede Konstellation anwendbar ist, da bei rechtlichen Vereinbarungen der Teufel im Detail steckt. Je nach Kontext und Projektumfang lassen sich jedoch viele geeignete Beispiele finden, die beim Verfassen einer Kooperationsvereinbarung sehr hilfreich sein können.

## ZIELGRUPPE

- Genossenschaften, Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHS, Initiativen mit Organisationsstruktur
- Politik, Verwaltung, Entscheidungsträger, Landes-/ Kommunalebene
- Eigentümer, Sponsoren sowie Kreditgebende

## ZIELE

- Entwicklung eines verbindlichen Kooperationsmodells mit einheitlichen Standards auf Bundesebene
- Akzeptanz von Kooperationen mit Initiativen
- Reduktion von Verwaltungsarbeit

## BEST-PRACTICE/ REFERENZEN

Haus der Statistik, Berlin; Gängeviertel, Hamburg; Wohnbüro, Offenbach; Die Vereinbarungen sind auf den jeweiligen Internetseiten hinterlegt.

## STATUS

Vorschlag

## #9 KRITERIENKATALOG GRUNDBUCHEINSICHT

### AUSGANGSFRAGE

„Welche Flächenbedarfe und Hemmnisse bestehen beim Zugang und wie kann die Verwaltung verstärkt als Partner auftreten?“

### BESCHREIBUNG

Aus der Sicht der Urbanen Liga könnte ein Kriterienkatalog, der das „öffentliche bzw. ein berechtigtes Interesse“ für die Einsicht in das Grundbuch genauer definiert, vielen Initiativen dabei helfen, einen Zugang zu potenziellen Flächen zu bekommen. Ein mögliches Kriterium könnte der Nachweis eines groben Konzeptentwurfs eines Projektes für die Nutzung der Fläche sein.

Denn ein wichtiger Schritt für die Nutzung einer Fläche ist die Kontaktaufnahme mit der Eigentümerin oder dem Eigentümer. Diese Information bekommt man in der Regel vom Grundbuchamt. Die Einsicht ins Grundbuch ist jedem gestattet, der ein berechtigtes oder öffentliches Interesse darlegt. Ein Antrag auf Einsicht kann schriftlich mit Angabe einer genauen Begründung gestellt werden. In den meisten Fällen handelt es sich um eine Ermessensentscheidung. Häufig werden diese wertvollen Informationen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht herausgegeben.

### ZIELGRUPPEN

- Akteure mit Engagement vor Ort
- Quartiersmanagement und ähnliche Institutionen
- Akteure, die mit lokalen Kooperationspartnerinnen und -partnern zusammenarbeiten

### ZIELE

- rechtsverbindlicher und vereinfachter Zugang zu Eigentümerinformationen durch Kriterienkatalog
- klare rechtliche Definition für „berechtigtes Interesse“ in der Grundbuchordnung

### BEST-PRACTICE/ REFERENZEN

transparentes Liegenschaftskataster Kopenhagen Dänemark

### STATUS

Vorschlag

# #10 ZUKUNFTSSCHUTZGEBIETE

## AUSGANGSFRAGE

„Wo kann die Stadt von morgen noch gemeinsam gestaltet werden, wenn die Räume zum Ausprobieren innovativer Ideen zunehmend verschwinden?“

## BESCHREIBUNG

Das Konzept der Zukunftsschutzgebiete beschreibt ein Zusammenführen von innovativen Projektideen und den dazu notwendigen Flächen im Stadtraum. Durch das Vereinen von Idee und Raum sollen zukunftsrelevante Themen mit neuen Ansätzen initiiert und bewältigt werden. Es werden dabei zwei elementare Ziele im Vordergrund stehen: Die Vorhaben sollen einen gesellschaftlichen Mehrwert generieren und im Sinne des Gemeinwohls stehen. Der Begriff „Zukunftsschutzgebiet“ kann als Label verstanden werden, das eine Einstellung zum Umgang mit Stadtraum und gesellschaftlicher Innovation ausdrückt. Es proklamiert Zukunftsoffenheit sowie eine koproduktive Haltung gegenüber Stadtentwicklung. Zwei Varianten der Labelvergabe sind denkbar.

Als Open-Source-Zertifikat. Über die Anmeldung eines solchen Gebiets auf [www.zukunftsschutzgebiete.de](http://www.zukunftsschutzgebiete.de) (organisiert vom Konglomerat e.V.) wird die „Zukunftsträchtigkeit“ des Vorhabens geprüft und bestätigt, die Teilnahme am Netzwerk ermöglicht und ein Zukunftspäckchen zur Selbstausweisung eines Zukunftsschutzgebiets zugesandt.

Als kommunales Aktions- und Förderprogramm. Das vonseiten der Stadt ausgerufene Zukunftsschutzgebiet (im Stil einer internationalen Bauausstellung) erfordert die Selbstfinanzierung durch die Kommune, ggf. in Verbindung mit einer Förderung auf Bundesebene (gestaltbar beispielsweise als Baustein der Städtebauförderung).

## ZIELGRUPPEN

- Freirauminitiativen
- Kommunen und Städte

## ZIELE

Eine garantierte, dauerhafte und flächendeckende Bereitstellung sowie Etablierung von Zukunftsschutzgebieten, die Flächen für experimentelle, gemeinwohlorientierte, sozial innovative und zukunftsgerichtete Projekte in der Stadt zur Verfügung stellen.

## STATUS

Konzeptphase – abrufbar unter: [www.stadtraum.jetzt](http://www.stadtraum.jetzt)



Die Urbane Liga im Gespräch

#Nachbarschaft  
#OffeneRäume  
#Stadtplanung  
#Zwischennutzung



#urbaneliga

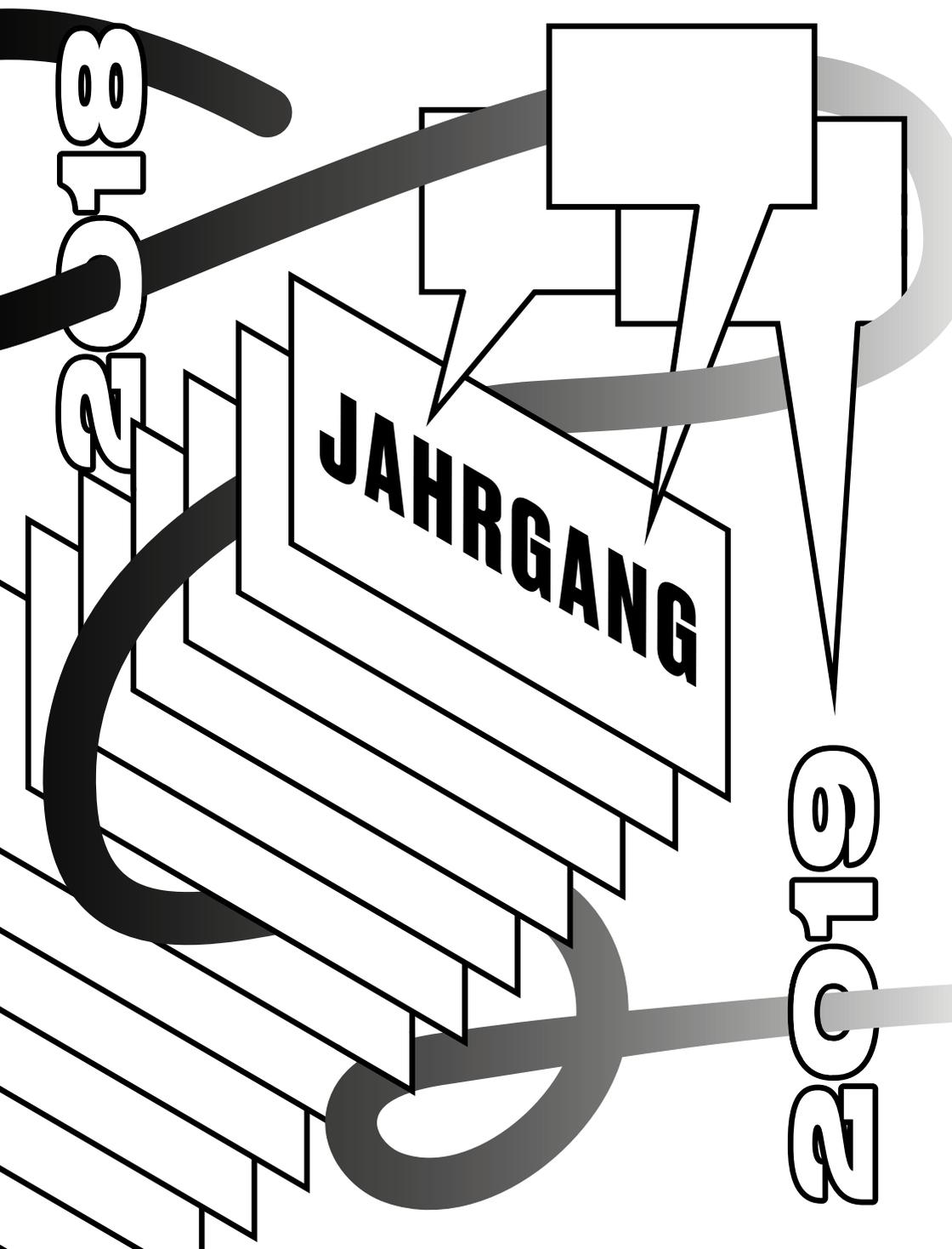




2018

JAHRGANG

2019





Wie sieht das Konzept  
professioneller Kunst-  
projekte aus?  
Wann?

Wie sieht das Konzept  
professioneller Kunst-  
projekte aus?  
Wann?

Wie sieht das Konzept  
professioneller Kunst-  
projekte aus?  
Wann?

Wie sieht das Konzept  
professioneller Kunst-  
projekte aus?  
Wann?

Wie sieht das Konzept  
professioneller Kunst-  
projekte aus?  
Wann?

# **DIE AKTEURE DES JAHRGANGS 2018/2019 VON A-Z**

- 1 A-TEAM (Görlitz)
- 2 AJK BAD KREUZNACH (Bad Kreuznach)
- 3 ADAPTER (Stuttgart)
- 4 BLAUE BLUME e.V. (Friedrichshafen)
- 5 CONSTRUCTLAB (Berlin)
- 6 HANNOVER VOIDS (Hannover)
- 7 HENRIK VERVOORTS / TINY LEGAL (Bochum)
- 8 IM STADTFELD (Magdeburg)
- 9 JUGENDGEMEINDERAT (Reutlingen)
- 10 JUGENDFORUM (Bad Münstereifel)
- 11 JULIA KLINK (Hamburg)
- 12 KULTURBEUTEL (Bremen)
- 13 LÜCKENFÜLLE (München)
- 14 MODEL SPACES (Berlin)
- 15 NETZWERK IMMOVIELIEN (bundesweit)
- 16 NIEHLER FREIHEIT e.V. (Köln)
- 17 PARKLETS FÜR STUTTGART (Stuttgart)
- 18 PLATTFORM e.V. (Halle an der Saale)
- 19 PLATZPROJEKT (Hannover)
- 20 RAUMSTATION (Berlin/Weimar/Wien)
- 21 #ROSENWERK / Konglomerat e.V. (Dresden)
- 22 STADT FÜR ALLE (Nürnberg)
- 23 STADTPIONIERE (Herne)
- 24 SVEA SAATKAMP (Dortmund)
- 25 TANTE GERDA (Esslingen)

## A-TEAM. SCHNITTSTELLE FÜR REGIONALE JUGENDBETEILIGUNG (GÖRLITZ)

### WIE BEKÄMPFT MAN DIE PERSPEKTIV- LOSIGKEIT JUNGER MENSCHEN MIT BETEILIGUNGSFORMATEN?

Das A-Team ist eine Gruppe junger Erwachsener aus Görlitz zwischen 14 und 19 Jahren, die sich aktiv für die Jugend in der Stadt einsetzt. Gegründet hat sich die Gruppe im Januar 2012 nach einem Flashmob im Rathaus, der stattfand, um auf fehlende Möglichkeiten und Orte für junge Menschen aus Görlitz aufmerksam zu machen, bei bzw. an denen sie ihre Meinung sagen und auch selbst an politischen Themen mitentscheiden können. Das Hauptziel des A-Teams ist es, kreative Beteiligungsformate zu entwickeln und einen regelmäßigen Dialog auf Augenhöhe zwischen jungen Erwachsenen und Stadträten sowie Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung und dem Oberbürgermeister zu schaffen. Ein Projekt des A-Teams zur Erforschung und Bekämpfung von Abwanderung, Perspektivlosigkeit und Rechtspopulismus ist der mobile Infokiosk (kurz MOIN): Mit einem umgebauten Wohnwagen reist das A-Team (unter dem Motto „Ab in den Kiez“) durch Stadt und Region, sammelt ein breites Spektrum an Meinungen und Ideen und leitet es ihm Rahmen regelmäßiger Dialogveranstaltungen an die politische Ebene der Stadt weiter.



Foto: Otto Kronschwitz, Second Atem/ptw



### VISION

Berlin war gestern, Görlitz wird morgen. Görlitz als attraktive Stadt für junge Menschen

- Mechanismen der Beteiligung für junge Menschen aufdecken und vermitteln
- Einbindung junger Menschen ins Stadtgeschehen und -gestaltung
- Eroberung, Erschließung von Freiräumen für junge Menschen
- „Wir wollen raus aus unserer Blase und junge Leute in ihrem Stadtteil antreffen. Dabei soll es um ihre Wahrnehmung von ihrem Stadtteil gehen. Wie lebt es sich? Was fehlt? Wo liegen Spannungen und Konflikte? Wo kann ich mich einbringen?“

### ZIELE

### HEMNISS

- Demotivation in der Bevölkerung
- Perspektivlosigkeit und Abwanderung der jungen Bevölkerung
- Gräben zwischen Jugendgruppen/-schichten
- Veränderungen in der Kommunalpolitik
- AfD als Gegner

### **Artur Meier & Otto Kronschwitz**

A-Team, Second Attempt e.V., Görlitz

[www.ateam-goerlitz.de](http://www.ateam-goerlitz.de)

↪ <https://www.facebook.com/ateamgr>

## AJK BAD KREUZNACH (BAD KREUZNACH)

### WELCHE WERKZEUGE KÖNNEN HELFEN, KOMMUNALE UND BÜRGERSCHAFTLICHE STADTTEILENTWICKLUNG ZU STÄRKEN?

Vor zehn Jahren stieß eine Gruppe von Freunden auf der Suche nach bezahlbaren Räumen für Musikveranstaltungen auf das Projekt „Jugend belebt Leerstand“ des Bundesbauministeriums und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Mit Hilfe der Förderung konnte der Alternative Jugend Kultur (AJK) Bad Kreuznach e.V. ein Mietshaus kaufen und sanieren, das seit 2013 als Kulturzentrum betrieben wird. Seit 2016 besucht die Gruppe regelmäßig Bau- und Planungsausschusssitzungen bzw. Stadtratssitzungen und führt Gespräche mit den Handlungsbeauftragten der verschiedenen Fraktionen, um auf die Bedürfnisse der jungen Erwachsenen in Bad Kreuznach aufmerksam zu machen. Eine weitere Immobilie konnte erworben werden, um so günstigen Wohnraum für junge Menschen zu schaffen. Die neue Immobilie bietet Platz für fünf Mieter, ein Ladenlokal und einen großen Hof mit Garten und Werkstattgebäude.



Foto: Juliane Fohrbecher, AJK

ZAHLEN  
UND FAKTEN

- Die AJK ist Eigentümerin von zwei Immobilien mit 534m<sup>2</sup> Grundfläche, 200m<sup>2</sup> Wohnfläche in fünf Wohnungen, 30m<sup>2</sup> Ladenlokal, 570m<sup>2</sup> Veranstaltungsfläche mit Café und Konzertkeller.
- Die finanzielle Situation ist angespannt.

ZIELE

- Raum zum Ausprobieren bieten, Migranten und Einheimische zusammenzubringen, und Kindern Zukunftsperspektiven aufzeigen.
- Förderung der Demokratie und die Ermutigung, selbst Verantwortung für sich und sein Umfeld zu übernehmen.
- Ausbau des Netzwerks zu Wohnungsgesellschaften, Kommunalpolitik und Stadtbauamt, um eine Stimme gegen Immobilienspekulation zu etablieren.

ORGANISATION

- 170 Vereinsmitglieder, davon 15 aktiv
- basisdemokratische Organisationsstruktur

GOVERNANCE

Die AJK versteht sich auch als Lobby für die Interessen junger Erwachsener in der kommunalpolitischen Landschaft. Daher unterstützt sie aktiv die Arbeit des Kreisjugendrings und den Dialog mit politischen Parteien und Funktionsträgern wie der Oberbürgermeisterin, der Landrätin oder den Stadtratsmitgliedern. In der Verwaltung bestehen enge Kooperationen zur Jugendförderung, dem Jugendamt und im Kontext der Stadtteilentwicklung zu den Verantwortlichen des Projekts „Soziale Stadt Pariser Viertel“ im Bauamt.

**Juliane Rohrbacher**  
AJK Bad Kreuznach  
↪ [www.ajk.blogspot.de](http://www.ajk.blogspot.de)

## ADAPTER (STUTT GART)

### WIE SCHAFFEN WIR ES, HAND IN HAND MIT STADT, EIGENTÜMERN UND NUTZERN, EXPERIMENTELLEN WOHN- RAUM IM TEMPORÄREN LEERSTAND ZU SCHAFFEN?

Die Stuttgarter Initiative Adapter beschäftigt sich mit der Frage, wie experimenteller Wohnraum in temporärem Leerstand ermöglicht werden kann. Denn dem Wohnungsmangel und Flächenmangel für Wohnbau, der in vielen Städten herrscht, ist aus Sicht der Initiative mit der (temporären) Umnutzung von vielfach leer stehenden Gewerbeimmobilien zu begegnen. Um dieses Ziel zu realisieren, bedarf es jedoch einiger planungsrechtlicher Änderungen und dem politischen Willen der Unterstützung des Projektes. Mit der Entwicklung eines Modulsystems zur temporären Umnutzung, eines Runden Tisches zwischen Stadt, Eigentümern, Nachbarschaft und Zwischennutzern zur gemeinsamen Erarbeitung von Lösungen und Zielen sowie der Planung einer Testphase im Sinne eines Reallabors untersucht der Verein die vielschichtigen sozialen Dimensionen des Wohnens und zeigt neue Wege des Wohnens in Zusammenarbeit mit der Stadt auf.





## ZIELE

- Entwicklung einer rechtlichen Sonderlösung für temporäres Wohnen in Gewerbeimmobilien in Zusammenarbeit mit der Stadt
- mehr Experimentierfreudigkeit des Stadtplanungsamts und des Zwischennutzungsmanagements
- zukünftige Unterstützung von Politik und Verwaltung

- Bebauungsplan: Es besteht ein Bedarf nach einer Neuinterpretation der bestehenden baurechtlichen Rahmenbedingungen.
- Um das Pilotprojekt realisieren zu können, sind rechtliche Sonderlösungen für eine Wohnzwischenutzung erforderlich.
- Leerstände über drei Monate werden nicht erfasst.

## HEMNISSE

## STAKEHOLDER

Unterstützung erhielt das Projekt durch die Universität Stuttgart und durch das Städtebau Institut. Zudem kam es zu Kooperationen mit Initiativen in der Stadt (Reallabor: Space Sharing, Stadtlücken, u. a.).

**Christiana Weiss, Elif Kälberger & Paul Vogt**

Adapter, Stuttgart

↳ [www.adapter-stuttgart.de](http://www.adapter-stuttgart.de)

## **BLAUE BLUME E.V. (FRIEDRICHSHAFEN)**

### **WIE KÖNNTE EIN (VEREINFACHTER) GENEHMIGUNGSRAHMEN FÜR ALTER- NATIVE UND SELBSTINITIIERTE WOHN- UND KULTURPROJEKTE AUSSEHEN?**

Zu Beginn war es die Idee einer experimentellen und alternativen Lebenskultur, die eine Gruppe junger Menschen 2013 dazu brachte, auf der Obstwiese einer befreundeten Bäuerin gemeinsam Veranstaltungen zu organisieren und in Bauwagen zu arbeiten. Schnell kamen mehr Menschen hinzu und die Blaue Blume entwickelte die Idee einer Plattform für Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Kunst, Bildung, Nachhaltigkeit, Stadtentwicklung sowie einem nachhaltigen Wohnprojekt mit Wagen und fliegenden Bauten auf einem größeren Grundstück.

Nach mehrfachen abgewiesenen Anfragen an die Stadtverwaltung und die Grundstückseigentümer, wurde schließlich eine Fläche gefunden. Diese universitätsnahe städtische Fläche wurde 2015 auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses durch die Stadt an die Zeppelin Universität verpachtet, die wiederum einen Nutzungsvertrag zum Untermietverhältnis (bis 2021) mit dem Verein schloss. In einem mehrjährigen Entwicklungsprozess gelang die Transformation von einem Provisorium zu einer legalen Lösung mit politischer Akzeptanz. Heute kann die Blaue Blume als Modellprojekt für alternative Kultur- und Wohnprojekte gesehen werden.



Foto: Gianni Seufert, Blaue Blume e.V.



- Die finale Bauabnahme fand im April 2018 nach Erfüllung aller Auflagen der Baugenehmigung statt (Entfernen eines Wagens, Abwasser- und Wasseranschlüsse, Stromversorgung, Kennzeichnung von Notausgängen, statische Prüfung etc.).
- Der Verein musste zudem die hohen Kosten für die befristete Befreiung vom B-Plan bezahlen, sodass die Nutzung des Grundstücks für Kultur- und Wohnzwecke auch baurechtlich erlaubt ist.

## PLANEN UND BAUEN

## HEMNMISSE

- Es gibt Schwierigkeiten im Umgang mit baurechtlichen Rahmenbedingungen (Landesbauordnung und städtische Satzungen) aufgrund eines fehlenden Rechtsrahmens für experimentelle Wohnformen (ein mobiler Wagenplatz).
- Eine flexible Nutzung der Fläche im Sinne des Projektcharakters ist nicht möglich, da baurechtlich jeder Umzug und jedes Umstellen eines Bauwagens als Abriss- und Neubau bewertet wird.

### **Franziska Ortgies & Jakob Wirth**

Die Blaue Blume e.V., Friedrichshafen

↪ [www.dieblaueblume.org](http://www.dieblaueblume.org)

## CONSTRUCTLAB (BERLIN)

### WIE KÖNNEN WIR DAS VERTRAUEN IN PROZESSORIENTIERTE (BAU-)PROJEKTE STEIGERN?

Das →ConstructLab ist ein eingetragener Verein und ein Netzwerk von bis zu 50 Menschen, die sich mit handwerklichem und gestalterischem Geschick in sozialen, kulturellen und ökologischen Kontexten bewegen. Das ConstructLab kommt in Projekten zusammen, um zu bauen und voneinander/miteinander zu lernen. Die Gruppe baute u. a. einen Gewölbeprototypen aus selbst-fabrizierten Plastik(müll)ziegeln in der ehemaligen belgischen Bergwerksstadt Genk und erforschte dabei, wie es ist, nach mittelalterlichem Vorbild auf einer Baustelle gemeinsam zu leben, zu planen, zu essen und zu lernen. Für die IBA Thüringen suchte ConstructLab nach Möglichkeiten, den über 20 Jahre leer stehenden Egon-Eiermann-Bau in Apolda zu reaktivieren. In ihrer Arbeit wird der Gruppe immer wieder ein Paradox vor Augen geführt: Die ergebnisoffene Arbeitsweise hat zur Folge, dass klare Zielbilder vor Projektbeginn nicht gut zu kommunizieren sind. Eben solche werden aber von Auftraggebern und Verwaltungen immer wieder eingefordert und bilden die Grundlage für Vertrauen und Planungssicherheit. Auf der anderen Seite gelingt es dem ConstructLab, durch genaue Beobachtung und Beschreibung der spezifischen Kontexte der Projekte eine starke Verbindung zu Akteuren vor Ort aufzubauen und die Unterstützung für die Projekte wächst meist in dem Maß, wie Sichtbares entsteht.



Foto: Eliana Manza



## PHILOSOPHIE

„Wir sehen die Baustelle als Ort des kondensierten, städtischen/alltäglichen Geschehens und die Stadt als Baustelle, an der die Bevölkerung aktiv, praktisch und selbstbestimmt mitgestaltet – dafür wollen wir Orte, Momente und Mittel schaffen.“

Gegenseitiges Vertrauen und Eigenverantwortung auf allen Seiten sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Ein Mangel an gegenseitiger Anerkennung und ein fehlender Erfahrungsschatz macht viele Projekte gerade zu Beginn kompliziert.

## LEARNING

## HEMNMISSE

- diffuse Verantwortungsverteilung
- pauschale Unterstellung von Unprofessionalität vonseiten der Auftraggeber durch Ansätze wie die Ergebnisoffenheit
- schwierige Arbeitssituationen

## Mascha Fehse

Constructlab, Berlin

↳ [www.constructlab.net](http://www.constructlab.net)

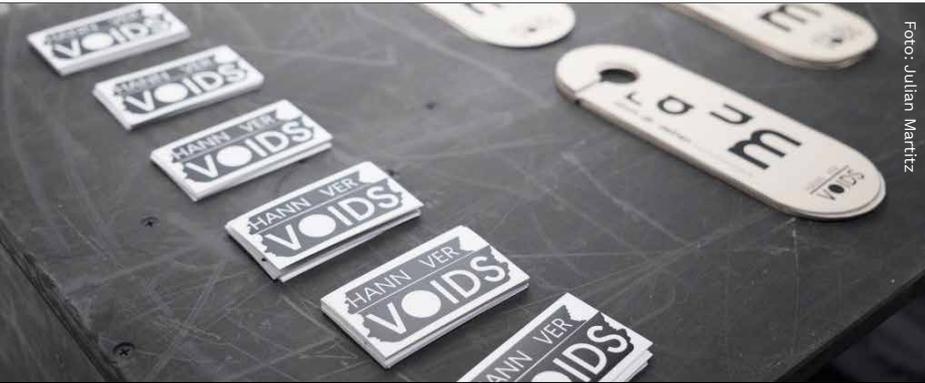
## HANNOVER VOIDS (HANNOVER)

### WELCHE TOOLS KÖNNEN HELFEN, DIE IDEEN DER STADTBEWOHNERSCHAFT DIREKT IN PLANUNGSPROZESSE EINZUSPEISEN?

Der Projektansatz von Hannover Voids ist, dass allen Menschen in Hannover ermöglicht werden soll, ihre eigenen Ideen und Wünsche für die Stadt zu kommunizieren. Die Flächen- und Ideendatenbank Hannover Voids möchte mit Werkzeugen und Aktionen dazu anstiften, ergebnisoffen mit der Stadt zu experimentieren und so die eigene Lebenswelt mitzugestalten. Über die Online-Datenbank können Möglichkeitsräume in der Stadt aufgezeigt werden und zu Experimentierfreude und Kreativität im urbanen Raum anstiften. Untergenutzte (Frei)-Räume und ihre Charakteristika sowie Nutzungsideen für Hannover werden aufbereitet und die Bürgerinnen und Bürger dazu eingeladen, die digitale Sammlung zu ergänzen. Auch physisch in Vor-Ort-Aktionen beleben sie Orte, die sonst im Alltag häufig übersehen werden. Hannover Voids gibt es erst seit Februar 2018, jedoch arbeitet die Gruppe bereits im Auftrag der Stadt an verschiedenen unkonventionellen Beteiligungsverfahren.

Foto: Hannover VOIDS, Christina





### VISION

Schaffung einer Datenbank mit einfachem Ansprache- und Vermittlungsmechanismus von und für Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Interessierte

- Entwicklung eines Werkzeuges für Raumvermittlung
- Etablierung der Plattform als Werkzeug für prozessorientierte, experimentelle Beteiligung

### ZIELE

### HEMNISSE

- Insbesondere der Zugang zu Flächen in Privatbesitz, da Daten von Personen mit Eigentum dem Datenschutz unterliegen.
- Wie lassen sich auf einfache Art und Weise Personen mit Eigentum ermitteln, ohne sie zu verschrecken?

- Kulturbüro der Stadt Hannover
- Bürgerbüro für Stadtentwicklung

### ALLIANZEN

**Magdalena Jackstadt, Anna Finn, Benedikt Schlund**  
 Hannover Voids, Hannover  
 ↪ [www.hannover-voids.de](http://www.hannover-voids.de)

## TINY LEGAL (BOCHUM)

### WIE SEHEN PLANUNGSPROZESSE AUS, DIE MOBILES WOHNEN, TEMPORÄRE STADTPLANUNG UND DIE IDEE DER FLEXIBLEN GEBAUTEN UMWELT MÖGLICH MACHEN?

Henrik Vervoorts beschäftigt sich praktisch und wissenschaftlich mit der „flexiblen Stadt“. Antworten auf baurechtliche und planungstechnische Fragen sucht er, um seiner städtebaulichen Vision einer flexiblen und adaptiven Stadt näherzukommen. Als Teil des Tiny-House-Netzwerks macht er die Vorteile mobiler und temporärer Nutzungen für Stadt und Gesellschaft sichtbar. Aufgrund ihrer mangelnden Flexibilität und Immobilität können heutige Städte nur langsam auf aktuelle Probleme, wie die Flüchtlingswelle, Abwanderung, Wohnungsnot oder Leerstand reagieren. Daher fordert er Städte, die flexibel mit Wachstum und Schrumpfung umgehen können. Im Rahmen seiner Recherchen hat er herausgefunden, dass mobiles Wohnen gelebte Realität ist, im Baurecht jedoch keinerlei Anwendung findet. Bei der Auseinandersetzung mit diesem Problem hat der studierte Raumplaner die Utopie „City Panta Rhei“ entworfen. Die Untersuchung zeigt, wie mit mobiler Bebauung (z. B. Tiny Houses, Modulbauten und mobilen Architekturen) Städte geplant, gebaut und selbstverwaltet werden könnten. Ein Aspekt, der in Zukunft immer wichtiger wird und weshalb er andere Menschen dafür begeistern möchte, flexible Lösungen für die Stadt der Zukunft zu finden.



Foto: Team stadtstatistik



## VISION

In der Stadt der Zukunft sind alle Gebäude mobil und temporär, jede Fläche wird zwischengenutzt.

Entwicklung von Vorschlägen zu Gesetzesänderungen und -ergänzungen zur Förderung mobilen Wohnens mit der Lobby-Plattform welobby

STATUS QUO

## THEMEN

Lebensstile (Minimalismus, Multilokalität),  
Beziehung von Architektur und Stadtplanung,  
Baurecht (temporäres Baurecht), Brachflächen,  
Zwischennutzung, Resilienz, Wohnen, Kreis-  
laufwirtschaft

- Mobiles Wohnen ist gelebte Realität, findet jedoch im Baurecht keine Beachtung.
- Hemmnisse, Stigma und Vorurteile gegenüber temporären Nutzungen und mobilen Bauten abbauen.
- Vorteile temporärer Nutzungen für die Stadt sichtbar machen.

HEMNISSE

### **Henrik Vervoorts**

Tiny Legal, Bochum

↳ [www.tinylegal.wordpress.com](http://www.tinylegal.wordpress.com)

↳ [www.citypantarhei.wordpress.com](http://www.citypantarhei.wordpress.com)

## IM STADTFELD (MAGDEBURG)

### WIE KANN DAS KONZEPT DES GESCHÄFTS- STRASSENMANAGEMENTS GEFÖRDERT UND LOKALES WISSEN AUCH FÜR ANDERE STÄDTE GENUTZT WERDEN?

Das Büro META architektur GmbH ist seit dem Sommer 2016 vom Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Leitung des Geschäftsstraßenmanagements in den Stadtteilen Stadtfeld Ost & West beauftragt. Das Projekt wird mit dem Städtebauförderungsprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren unterstützt. META architektur GmbH ist ein sehr junges Büro, welches sich vorrangig für lebenswerte Städte einsetzt. In diesem Selbstverständnis sieht das Büro die Grundlage für die eigene Rolle als Geschäftsstraßenmanagement: Mit neuen Formaten, neuen Konzepten, einer unkonventionellen Art der Ansprache fördert und fordert IM STADTFELD mit Herz und Hand das Leben zwischen den Häusern für ein lebendiges Quartier, das dann als Wirtschaftsstandort für Handel und Dienstleister davon profitiert.



VISION

IM STADTFELD wird als selbstverständlicher Akteur im Quartier gesehen, mischt sich ein und regt identitätsstiftend zum Nachahmen an.

IM STADTFELD fungiert als Initiator, Moderator und Macher – mit dem Ziel das Stadtfeld als attraktives und lebenswertes Viertel mit funktionierender Gewerbe-  
struktur zu etablieren.

MISSIONGOVERNANCE

IM STADTFELD wurde von der Verwaltung mit der Ausübung der Aufgabe vor Ort beauftragt. Nach zwei Jahren enger Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Geschäftsstraßenmanagement und Akteuren der freien Wirtschaft ist ein partnerschaftliches Akteursnetzwerk entstanden – samt kurzen Draht ins Rathaus, der für viele Dinge hilfreich ist. Die Verwaltung tritt als Unterstützer unkonventioneller Formate auf und sieht neue Ideen als Chance, mit den Mitmenschen in Verbindung zu treten.

**Maria Camila Ruiz Lora**

IM STADTFELD, Magdeburg

↪ [www.imstadtfeld.de](http://www.imstadtfeld.de)

↪ [@imstadtfeld](https://www.instagram.com/imstadtfeld)

## JUGENDFORUM (BAD MÜNSTEREIFEL)

### WIE KANN MAN MEHR JUNGE MENSCHEN (VOR ALLEM IN LÄNDLICHEN REGIONEN) DAZU MOTIVIEREN, SICH IN DER POLITIK ZU BETEILIGEN UND DIE ZUKUNFT AKTIV MIT ZU GESTALTEN?

Zusammen mit anderen jungen Menschen und der Jugendorganisation einer Partei aus Bad Münstereifel plant Christoph Mörsch ein Jugendforum mit dem Ziel, jungen Erwachsenen Mitgestaltungsmöglichkeiten in ihrer Stadt näher zu bringen und sie für ein langfristiges Engagement zu motivieren. Bad Münstereifel ist vom demografischen Wandel besonders betroffen. Das Jugendforum will den Wegzug der jungen Bevölkerung thematisieren und gleichzeitig Anreize für die Mitgestaltung der eigenen Lebensumwelt schaffen. Die Verbesserung der Anbindung durch ÖPNV gehört genauso zu den Themen des Jugendforums wie die Schaffung neuer Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Foto: Christoph Mörsch



VISION

Das Jugendforum will das Interesse junger Menschen an Politik wecken und dazu ermutigen, sich aktiv einzubringen, um die Stadt langfristig attraktiver zu gestalten und so Wegzug zu vermeiden.

- Wohnen und Leben (attraktiv für junge Menschen gestalten z. B. durch bessere infrastrukturelle Rahmenbedingungen und mehr Freizeit-/Aktivitätsmöglichkeiten und so Landflucht schon im jungen Alter beseitigen (Pull-Faktoren schaffen))
- Tourismus und Kultur (Identifikation mit Heimat schaffen und so ein gutes und friedvolles Miteinander gewährleisten)
- Miteinander und Engagement (Spaß und Freude am Ehrenamt wecken)

## THEMEN

HEMNMISSE

- Politikverdrossenheit der Jugend
- Schwierigkeit, junge Menschen dazu zu bewegen, sich in ihrer Freizeit zu treffen (auch unter dem Gesichtspunkt der weniger guten Infrastruktur), um sich mit stadtplanerischen und politischen Themen zu beschäftigen
- uneinheitliche digitale Infrastruktur in der Eifel und daraus folgende Schwierigkeit, junge Erwachsene richtig anzusprechen
- Konkurrenz zwischen jungen Erwachsenen mit verschiedenen politischen Ansichten

Unterstützung ist vonseiten der Stadt (Kommunalpolitik) zu erwarten.

GOVERNANCE  
STAKEHOLDER

**Christoph Mörsch**  
Jugendforum Bad Münstereifel  
↳ [christoph.moersch1@gmail.com](mailto:christoph.moersch1@gmail.com)

## JUGENDGEMEINDERAT (REUTLINGEN)

### WIE SCHAFFEN WIR ES, JUNGEN ERWACHSENEN MEHR EINFLUSS IN IHREN STÄDTEN ZU VERSCHAFFEN?

Wie lassen sich Lösungen für unkonventionelle Anfragen bei der Verwaltung finden? Wie kann eine Stadtverwaltung auch auf unkonventionelle Anfragen proaktiv reagieren? Ausgestattet mit einem Spürsinn für politische Entscheidungsprozesse in seiner Heimatstadt Reutlingen, verkörpert der Jugendgemeinderat Ardit Jashanica eine konkrete Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Interessen der jungen Stadtgesellschaft. „Stadtmachen“ kann für ihn vieles bedeuten: Kontakt zu Entscheidungsträgern und Experten aufnehmen, den richtigen Antrag zur richtigen Zeit zu stellen oder die schwierige Aufgabe meistern, genügend Menschen dafür zu gewinnen, eine gute Idee auch auf politischer Ebene zu platzieren.

Nach § 41a der Gemeindeordnung Baden-Württembergs ist Jugendbeteiligung endlich rechtlich verankert. Der Reutlinger Jugendgemeinderat besteht aus 24 Mitgliedern, die alle zwei Jahre neu gewählt werden. Als politisches Beratungsgremium stellt er Anfragen und Anträge an die Stadtverwaltung und den Gemeinderat und nimmt so Einfluss auf die Stadtentwicklung.

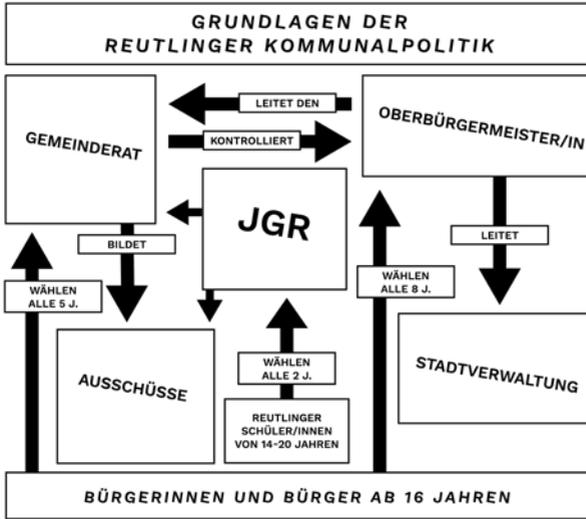


Foto: Team stadtsatstran

VISION

- Jugendbeteiligung müsste selbstverständlicher werden und viel besser mit der Schule verknüpft werden – z. B. im Politikunterricht – so steigt das Interesse.
- Jugendbeteiligung braucht eine stärkere Präsenz in den (sozialen) Medien.

Grafik: Team stadstatstrand



- Politische Prozesse sind zu langsam. Pilotprojekte brauchen oft mehr als ein halbes Jahr Planung.
- Das Mitspracherecht muss hart erarbeitet werden.
- Die Wahlbeteiligung nimmt tendenziell ab.

**HEMHNISSE**

GOVERNANCE

Abhängig vom jeweiligen Thema hilft die Stadtverwaltung – oder bremst Prozesse. Das hängt vom jeweiligen Amt und dem Gesprächspartner ab. Das Gleiche gilt für den Gemeinderat. Grundsätzlich positiv eingestellt sind die Jugendorganisationen der Parteien und sonstige Kulturvereine.

**Ardit Jashanica**

Jugendgemeinderat Reutlingen

↪ [www.facebook.com/jgr.reutlingen](http://www.facebook.com/jgr.reutlingen)

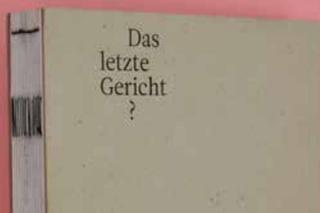
## JULIA KLINK (HAMBURG)

### WIE KANN ERNÄHRUNG ALS INSTRUMENT FÜR STADTENTWICKLUNG IN DEN FOKUS GERÜCKT WERDEN, SODASS UNGENUTZTE FLÄCHEN UND STÄDTISCHE RESSOURCEN DAS POTENZIAL ERLANGEN, ZUM ZWECKE DER VERSORGUNG IN PARTIZIPATIVEN VERFAHREN NEU GEDACHT, ORGANISIERT UND GENUTZT ZU WERDEN?

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verstädterung entstehen neue Herausforderungen in der Versorgung der Stadtbewohnerschaft. Vor allem im Hinblick auf infrastrukturelle, ökologische und ökonomische Entwicklungen gestaltet sich dies als eine Zukunftsaufgabe, die sich in lokalen, regionalen und globalen Strukturen widerspiegelt. Julia Klink beschäftigt sich in ihrer Masterthesis an der Hafencity Universität in Hamburg mit innovativen Möglichkeiten und Strategien im Umgang mit Nahrungsmitteln und der stadt-eigenen Versorgung im urbanen Raum.

Neue Versorgungsstrategien ermöglichen neue Formen der Zusammenarbeit und Gemeinschaft und haben das Potenzial, den Umgang mit Nahrungsmitteln im urbanen Raum neu zu denken und zu gestalten. Ihre Forschung betrachtet dabei nicht nur die räumliche Ebene, im Hinblick auf Aneignung und (Um-)Nutzung von Stadträumen, sondern auch die soziale Ebene, vor allem die Entstehung neuer Möglichkeiten zur (aktiven) Mitgestaltung und Zusammenarbeit.

Nach § 41a der Gemeindeordnung Baden-Württembergs ist Jugendbeteiligung endlich rechtlich verankert. Der Reutlinger →Jugendgemeinderat besteht aus 24 Mitgliedern, die alle zwei Jahre neu gewählt werden. Als politisches Beratungsgremium stellt er Anfragen und Anträge an die Stadtverwaltung und den Gemeinderat und nimmt so Einfluss auf die Stadtentwicklung.





## VISION

Das gemeinschaftliche Produzieren, Konsumieren, Entsorgen, Weiterverwerten sowie die Organisation darum herum werden weiter ausgebaut. Die Organisation gewinnt seitens der Politik mehr Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung zur Realisierung von (innovativen) Ideen und Formaten.

Eine Stadt der selbstverwalteten Kreislaufwirtschaft, die das Potenzial lokal-spezifischer Ressourcen erkennt und nutzt.

## ZIELE

## THEMEN

- Aneignung von Raum
- effiziente Flächennutzung
- urbane Kreislaufwirtschaft
- Partizipation(sprozesse)
- urbane Transformationen
- globaler Wissenstransfer und -austausch

## KULTURBEUTEL E.V. (BREMEN)

### WIE GEWINNT MAN POLITISCHEN EINFLUSS, UM TEMPORÄRE NUTZUNGEN ZU VERSTETIGEN?

Als gemeinnütziges Kunst- und Kulturprojekt hat der Kulturbeutel e.V. nicht nur das Bremer Freiluftparty-Gesetz mitgestaltet, sondern realisiert im vierten Jahr äußerst erfolgreiche Zwischennutzungsprojekte. Mit dem „Irgendwo“ fand im Jahr 2018, nach diversen Umzügen, das vierte Projekt der Gruppe für Kunst, Kino, Theater und andere Formen von Kultur statt. Auf einer Brache nahe des Flughafens entstanden in ehrenamtlicher Arbeit eine urbane Oase mit zwei Bühnen, eine Bar und diverse kreative Holzbauten. Obwohl eine Nutzungserlaubnis vonseiten der Eigentümer vorliegt und das Projekt vonseiten des Stadtteilbeirats Neustadt unterstützt wird, ist die Zukunft aufgrund verschiedener Nutzungskonflikte stets ungewiss. Um langfristige Planungssicherheit zu haben und nicht immer wieder von Neuem zu beginnen, ist die Gruppe nun auf der Suche nach einer Fläche zur Verstetigung des Angebotes. Auf dieser Suche nach einem festen Ort und politischem Support begibt sich der Verein zielsicher in die Gemengelage aus politischen Ressorts, Stadtteilbeiräten, der Anwohnerschaft und der Bremer Bürgerschaft.



VISION

- Schaffung von Kulturschutzgebieten als Experimentierflächen in einem rechtlich gestützten Rahmen und mit Unterstützung durch die Stadt
- Kulturschutzgebiet = wie Gewerbegebiet oder Wohngebiet. Existent, um vorrangig Kulturschaffende zu schützen

- fester Ort, Etablierung eines langfristigen Projektes mit mehr Planungssicherheit
- Entwicklung vereinfachter (Bau)genehmigungsverfahren für Zwischennutzungen
- Entwicklung eines städteübergreifenden Kooperationsnetzwerks

## ZIELE

HEMNMISSE

- Zuständigkeiten aufseiten der Verwaltung unklar
- Scheitern der Suche nach einer geeigneten Fläche aufgrund der Interessen größerer Investoren
- Verzögerung der Planung und Antragstellung des Projektes aufgrund fehlender Zusagen
- Rechtsstreit zwischen Aktiven und der Anwohnerschaft

- Nutzungsvertrag zwischen Wirtschaftsförderung (Flächenverwaltung der Stadt Bremen) und Verein Kulturbeutel e.V.
- Genehmigung des Bauamts
- Zahl der großen Partys auf sechs begrenzt
- Fest installierte Schallpegelbegrenzer gewährleisten Lautstärkenbegrenzung
- Abnahme der Örtlichkeit durch Polizei, Feuerwehr und Kampfmittelräumdienst
- Mehrheit im Stadtteilbeirat Neustadt

## NUTZUNGSAUFLAGEN

**Amelie Rösel & Felix Graßhoff**

Kulturbeutel e.V., Bremen

↳ [www.kulturimbeutel.de](http://www.kulturimbeutel.de)

## LÜCKENFÜLLE (MÜNCHEN)

### WIE KÖNNEN GENEHMIGUNGSVERFAHREN FÜR TEMPORÄRE UND SOZIOKULTURELLE PROJEKTE VERLAUFEN, SO DASS SICH PROJEKTIMPULSE NICHT UNTER ZEIT- LICHEM UND FINANZIELLEM AUFWAND AUFLÖSEN?

„Lückenfülle“ stand im Sommer 2016 für drei Monate in großen goldenen Lettern an der Brandwand in der Rottmannstraße in München. Die Lückenfülle, eine Baulücke in der Münchner Maxvorstadt wurde von vier angehenden Architektinnen und Stadtplanern in ein städtisches Wohnzimmer verwandelt, mit dem Ziel, den informellen und interkulturellen Austausch untereinander zu fördern. Die brachgefallene Baulücke wurde gemeinschaftlich aufgeräumt und mit Elementen wie Sitztribünen oder einem Heißluftballon als Regen- und Sonnenschutz bestückt. Im Hintergrund steht die Überzeugung der vier Beteiligten, dass durch die räumliche Intervention der Stadtraum neuartig wahrgenommen und so die Bewohnerschaft dazu angeregt wird, Verantwortung für die von ihnen genutzten Räume der Stadt zu übernehmen. Doch die Lückenfülle steht in einer von Flächenknappheit betroffenen Stadt wie München noch für viel mehr: Das Projekt machte durch die rege Beteiligung verschiedenster Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen auf das große Bedürfnis nach frei und niederschwellig verfügbaren Flächen zur konsumfreien und gemeinwohlorientierten Nutzung aufmerksam.



Foto: Sophie Ramm



Foto: Nick Forster

### VISION

An verschiedenen Orten in München und in der Region finden sich frei zugängliche Aufenthaltsräume. Ohne Konsumpflicht lassen diese nicht-exklusiven Räume temporäre Aneignung und diverse Nutzungen zu.

- Es besteht ein geringes Vertrauen der städtischen Ämter gegenüber offenen Konzepten, die zu Beginn kein konkretes Endprodukt erkennen lassen.
- Intransparente Verantwortlichkeiten aufseiten der Verwaltung erschweren die Projektarbeit insbesondere bei der Suche nach Ansprechpartnern.

### HEMNISSE

### ANSATZPUNKTE

- Positive Erfahrungswerte sollten verwaltungsintern genutzt und weitergegeben werden, so dass neue Genehmigungsverfahren an Routine und Geschwindigkeit gewinnen können.
- Erste Test-Schritte sollten zugelassen werden, bevor eine endgültige Genehmigung für die Nutzung einer Fläche besteht. Dadurch können Projekte schneller ins Rollen kommen und sterben nicht im Keim.

### **Leila Unland**

Lückenfülle, München

↪ [www.facebook.com/Lückenfülle](http://www.facebook.com/Lückenfülle)

## MODEL SPACE PROJECT (BERLIN)

### WIE KÖNNTE EIN FLÄCHENKATASTER FÜR BERLIN AUSSEHEN, DAS ZIVILGESELL- SCHAFTLICHEN GRUPPEN ERLEICHTERTEN ZUGANG ZU FREIFLÄCHEN ERMÖGLICHT?

Das Model Space Projekt (MSP) ist ein interdisziplinäres Forschungsprojekt, das auf die Identifizierung, Entwicklung und Sicherung von Freiflächen für nicht kommerzielle Musik- sowie anderweitige Kulturveranstaltungen abzielt. Das Projekt strebt einen vereinfachten Zugang zu (halb)öffentlichen, aber auch privaten Flächen in Berlin an. Grundlage des Projekts ist die Aussage in der Koalitionsvereinbarung des Berliner Senats für die Legislaturperiode 2016-2020 zur Entwicklung von Orten im öffentlichen Raum für nicht kommerzielle Musik- und Partyveranstaltungen. Dies wird nun eingefordert, indem ausgewählte Freiflächen kooperativen Berliner Bezirksämtern vorgestellt werden. In der Ämterlandschaft sind insbesondere die Ressorts Grünflächen, Straßen und Verkehr, Ordnung und Kultur angesprochen, deren Kooperationsbereitschaft zukünftig für die Umsetzung entscheidend sein wird. Die Berliner Landesebene wird ausschlaggebend sein, um eine Gesetzesänderung zu erwirken – hin zu einer Art Freiluftveranstaltungsgesetz. Eines der Endprodukte des Projekts soll zudem eine Online-Open-Source-Map sein, die Interessierten einen Überblick über die identifizierten Model Spaces gibt.



Foto: Lena Maag

VISION

Im Jahr 2020 wird es möglich sein, durch eine App und ein zentrales Flächenmanagement Freiräume nach den eigenen Bedürfnissen zu finden und zu buchen. Der Anmeldeprozess eines nicht kommerziellen Open-Air-Events läuft unkompliziert ab, sodass Veranstaltungen spontan (!) und legal umgesetzt werden können.

„Die Koalition strebt die Entwicklung von Orten im öffentlichen Raum an, die unbürokratisch für nicht kommerzielle Musik und Partyveranstaltungen unter freiem Himmel genutzt werden können.“ (Koalitionsvereinbarung 2016-2021, S. 123)

GRUNDLAGE

HEMMNISSE

- Änderung von Gesetzesgrundlagen, wie beispielsweise das Grünanlagengesetz, welches die Bepflanzung von Grünflächen derzeit erheblich erschwert, stehen im Weg.
- Undurchsichtige Eigentumsverhältnisse (öffentlich, halböffentlich, privat) erschweren die Flächensuche.
- Die fehlende Akzeptanz für die Free-Open-Air-Szene erschwert die (spontane) Umsetzung von Projekten.

- Clubcommission Berlin, Veranstaltungskollektive der Free-Open-Air-Szene, TU Berlin, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und ausgewählte Bezirksamter.
- Finanziert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa.

BETEILIGTE

**Lena Maaß**  
 Model Spaces, Berlin  
 ↪ [www.modelspaceproject.de](http://www.modelspaceproject.de)

## NETZWERK IMMOVIELIEN (BUNDESWEIT)

### WIE SCHAFFEN WIR ES, NEUE GEMEIN- WOHLORIENTIERTE BESITZSTRUKTUREN ZU DENKEN UND POLITISCH UND GESELLSCHAFTLICH ZU VERANKERN?

Mona Gennies leitet die Koordinierungsstelle für Immovielien, die seit August 2018 beim VOLLGUT auf dem Kindl Gelände in Berlin-Neukölln angesiedelt ist. Von dort aus steuert Mona Gennies die Kampagnenarbeit für „Immobilien von Vielen für Viele“, sogenannten Immovielien. Das „Netzwerk Immovielien“ besteht aus verschiedenen Akteuren aus Zivilgesellschaft, öffentlicher Hand, Wirtschaft und Wissenschaft und möchte gemeinsam die Positionierung von gemeinwohlorientierten Immobilienprojekten in allen relevanten Politik- und Handlungsfeldern verbessern. Das Netzwerk deckt ein breites Spektrum an Themenfeldern ab, von Bodenpolitik über Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten, Kooperationen mit diversen Akteuren und den verschiedenen Rechtsformen, die sich für gemeinwohlorientierte Immobilienprojekte anbieten. Kernfragen sind dabei, wie sich gemeinwohlorientierte Immobilien bestmöglich unterstützen lassen und wie klassische Vorstellungen von Eigentumsstrukturen neu gedacht werden können?

Foto: Team stadstatstrand





Foto: Mona Gennies, Netzwerk Immovieliens

VISION

Eine Zukunft, in der Immobilien es in ihrer Entwicklung und Entstehung wesentlich einfacher haben.

- Mehr Boden! ... für eine gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung und Immobilien
- Gutes Geld! ... um die Finanzierung von Immobilien zu verbessern
- Andere Förderung! ... um Investitionen in Immobilien zu erleichtern
- Passendes Recht! ... und passender steuerlicher Rahmen für Immobilien!
- Mehr Augenhöhe! ... in der Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Immobilien

## FORDERUNGEN

ZAHLEN  
UND FAKTEN

- 170 Organisationen und Einzelpersonen sind als Mitglieder engagiert.
- 34 Immobilien in der Immobiliensammlung auf [www.netzwerk-immovieliens.de](http://www.netzwerk-immovieliens.de) beschrieben und dokumentiert

**Mona Gennies**

Netzwerk Immobilien, bundesweit

↪ [www.netzwerk-immovieliens.de](http://www.netzwerk-immovieliens.de)

## NIEHLER FREIHEIT (KÖLN)

### WIE KÖNNEN WIR IN DICHT BESIEDELTEN GROSSSTÄDTEN MIT HOHEN MIETPREISEN INSELN ZUM FREIEN EXPERIMENTIEREN SCHAFFEN?

Die Niehler Freiheit ist ein urbaner Kulturverein, der eine 1100 qm große ehemalige Autowerkstatt und Außenfläche in einen Ort für Kreativschaffende und Kulturveranstaltungen verwandelt hat. Neben zahlreichen Werkstätten (einer Fahrrad-, Metall-, Holz-, Technik-, Kreativwerkstatt), einem Veranstaltungsraum und einem urbanen Garten mit Bistrobereich will die Gruppe in Zukunft noch weitere Räume für Kreativschaffende errichten. Jedes Bau- und Renovierungsprojekt wird dabei von den Mitgliedern selbst umgesetzt. Dächer isolieren, Toiletten anschließen, Veranstaltungstechnik installieren – für jeden Bereich gibt es Fachkräfte, die ihre Kompetenzen mit anderen teilen. Die Niehler Freiheit fungiert als Experimentierfeld, Projektschmiede und Möglichkeitsraum. Die Räumlichkeiten und Werkstätten stehen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern zur Verfügung, um eigene Projekte anzustoßen und umzusetzen. Viele weitere Ideen und Visionen interdisziplinärer Raumnutzungen sind angedacht und in Planung. Den Möglichkeiten sind hier keine Grenzen gesetzt – der Raum wächst und füllt sich mit den Interessen und Fähigkeiten eines Jeden.



Foto: David Moresi, Niehler-Freiheit, 2018

BESTANDTEILE

- Kulturveranstaltungen (Kino, Bazar, Lesungen, Performances, Konzerte, Musikveranstaltungen, Ausstellungen – weitere in Planung)
- Freizeitort (Urbaner Garten, Bistrobereich)
- Werkstätten (Kreativ-, Fahrrad-, Holz-, Metall-, Technikwerkstatt und Coworking)
- Projektschmiede (Interventionen im öffentlichen Raum, karitative Projekte, u. v. m.)
- Netzwerk (lokale Initiativen, kulturelle und politische Akteure)

- finanzieller Verwertungsdruck aufgrund hoher Miete
- langwierige und kostspielige Genehmigungsprozesse als Barriere – Bau, Brandschutz, Konzessionen, Lärmschutz
- Brandschutzumbau als finanzielle Hürde
- Teil des Geländes als Verkehrserweiterungsgebiet geplant /vorgesehen
- fehlende Schnittstelle zwischen der Stadt, Verwaltung und Politik

HEMNISSEMEHRWERTE

- Erweiterung des kulturellen Angebots/ kultureller Beitrag
- Zivilgesellschaftliche Beteiligung
- Begegnungsort und Ort politischer Debatte
- Öffnung von Räumen, Förderung der Öffentlichkeit
- kreative, handwerkliche und kulturelle Projektschmiede
- Freiraum außerhalb traditioneller Erwerbsarbeitsstruktur
- mehr Lebensqualität im Quartier und der ganzen Stadt

**Gregor Kuhlmann & David Morsi**

Niehler Freiheit e.V., Köln

↪ [www.niehlerfreiheit.de](http://www.niehlerfreiheit.de)

# PARKLETS FÜR STUTTGART (STUTTGART)

## WIE LASSEN SICH VEREINFACHTE GENEHMIGUNGSVERFAHREN FÜR GEMEINWOHLORIENTIERTE, TEMPORÄRE UND NICHT KOMMERZIELLE STADTRAUM- NUTZUNGEN GESTALTEN?

Parklets sind Erweiterungen des Bürgersteigs, die anstelle eines Parkplatzes Raum für Menschen schaffen und dadurch das Potenzial der Straße als Stadtraum aufzeigen. Im Rahmen des 2016 stattgefundenen Projektes „Parklets für Stuttgart“ – gefördert durch das Reallabor für nachhaltige Mobilitätskultur und unterstützt von der Universität Stuttgart – haben Studierende in Zusammenarbeit mit lokalen Geschäften und Initiativen Parkplätze transformiert. Die Nutzung und Wirkung der Parklets wurde wissenschaftlich erforscht und im Parkletbericht dokumentiert. Um eines der Parklets bildete sich die Nachbarschaftsinitiative „Casa Schützenplatz e.V.“, die sich erfolgreich für eine Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis in den folgenden zwei Jahren einsetzte und seitdem das Parklet aktiv bespielt.

Der mit dem Projekt angestoßene öffentliche Diskurs sowie vermehrte Parklet-Anträge in den letzten zwei Jahren schufen politische Debatten und führten 2018 zur Erarbeitung einer Vorlage zu einem Parkletgenehmigungsverfahren. Die Stadt Stuttgart erlaubt seit Anfang 2019 in einer befristeten Testphase die Genehmigung von Parklets unter bestimmten Bedingungen.





## VISION

- Änderung der Raumwidmung (Stadtraum statt Parkraum)
- Gesetzesänderung, die alternative und kreative Nutzungen von Parkflächen ermöglicht

- den Status quo – die undemokratische Verteilung der Nutzflächen im Straßenraum zugunsten des fließenden und ruhenden Autoverkehrs – hinterfragen
- das Potenzial der Straße als öffentlicher Raum sichtbar machen
- einen öffentlichen Diskurs anstoßen und Transformationsdruck erzeugen

## ZIELE

## HEMNISSE

- Wer darf Parklets gestalten? Stadtbewohnende oder die Stadt selbst?
- Wer übernimmt die Haftung und Verkehrs-sicherung?

Die Stadtpolitik und -verwaltung standen in der ersten Testphase unterstützend zur Seite und zeigte sich offen für gesetzliche und strukturelle Veränderungen.

## GOVERNANCE

**Kristin Lazarova**  
Parklets für Stuttgart  
↳ [www.parklet-stuttgart.de](http://www.parklet-stuttgart.de)

## PLATTFORM E.V. (HALLE)

### WIE SCHAFFEN WIR EINEN OFFENEN SELBSTORGANISIERTEN RAUM, DER NACHHALTIG IN DAS STADTVIERTEL WIRKT UND LANGFRISTIG ÜBER VERSCHIEDENE GENERATIONEN VON AKTEUREN BESTEHEN BLEIBT?

Halle-Neustadt wurde als Wohnstadt für Chemiarbeiter der in der Nähe liegenden Großbetriebe Buna und Leuna geplant. In der Nachwendezeit wurde aus der Stadt Halle-Neustadt ein Stadtteil. Das Ziel des Vereins plattFORM e.V. ist es, mit einem für jeden leicht zugänglichen Kulturangebot positiv in den Stadtteil Halle-Neustadt zu wirken und den Bewohnenden neue Handlungsspielräume aufzuzeigen. Im Zentrum steht dabei ein Raum, der als Plattform, Treffpunkt und jederzeit verfügbarer und durch verschiedene Initiativen nutzbarer Raum in das Viertel ausstrahlt und zu weiteren Projekten anregt. Momentan ist die Gruppe auf der Suche nach Räumlichkeiten zu einer symbolischen Miete oder einem Nebenkostenpreis in einem Leerstand. Die Idee ist, das Gebiet aufzuwerten und dafür sucht die Gruppe durch Aktionen den offenen Austausch mit den Akteuren vor Ort, um den Prozess voranzutreiben.





Foto: Sophie Thurner

### VISION

- Schaffung eines Begegnungsortes und offenen Raumes für alle, an dem man sich ausprobieren, voneinander lernen, den Spaß am Lernen fördern kann, ohne dabei Druck aufzubauen
- Schaffung einer Plattform/eines Basislager, von der/dem aus in den nächsten Jahren verschiedene Angebote für den Stadtteil ausgehen

- Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum
- Motivierung der Bewohnerschaft zur Mitgestaltung ihres Viertels
- Anschluss an eine durchmischte Gemeinschaft (ethnisch/sozial)

### THEMEN

### HEMNMISSE

- Akzeptanz und Vertrauen der Anwohnerschaft: „Wir wollen gemeinsam etwas schaffen und nicht als Wohltäter auftreten“
- wirtschaftliche Basis und Unabhängigkeit
- Wahl einer nachhaltigen Organisationsstruktur

### **Sophie Thurner**

plattFORM e.V., Halle (Saale)

↳ [www.sophiethurner.com](http://www.sophiethurner.com)

## PLATZPROJEKT (HANNOVER)

### WIE LASSEN SICH NEUE FORMEN DES ARBEITENS UND WIRTSCHAFTENS HAND IN HAND MIT DER STADTVERWALTUNG ETABLIEREN?

Das PLATZprojekt ist ein städtisches Experimentierfeld für junge Kreative und Start-ups und ein Ort vielfältiger Möglichkeiten. Rund um einen „Dorfplatz“ mit Café sind die unterschiedlichsten Kleingewerbe und Sozialunternehmen entstanden. Übergeordnetes Ziel ist es, Raum für Ideen zur Verfügung zu stellen, die unter normalen Bedingungen nicht in der Stadt umsetzbar wären – und somit den Bedarf für solche Flächen aufzuzeigen. Außerdem wird versucht, den Weg von der Idee zur Realisierung so unkompliziert, unbürokratisch und einfach wie möglich zu gestalten. Die Handelnden sind überzeugt: Kooperationsbereitschaft von Verwaltung und Politik ist die Grundvoraussetzung für eine lebhafte Entwicklung von Stadt. Dabei sind die Förderung von informellen Aktivitäten und Eigenverantwortung sowie eine schrittweise Legalisierung von baulichen Aktivitäten Schlüsselfaktoren für den Erfolg des Projektes. Momentan plant die Gruppe, die Fläche zu kaufen, um sie so der Spekulation zu entziehen und für die Kultur- und freie Szene als Ort des Experimentierens zu sichern.

Foto: Platzprojekt

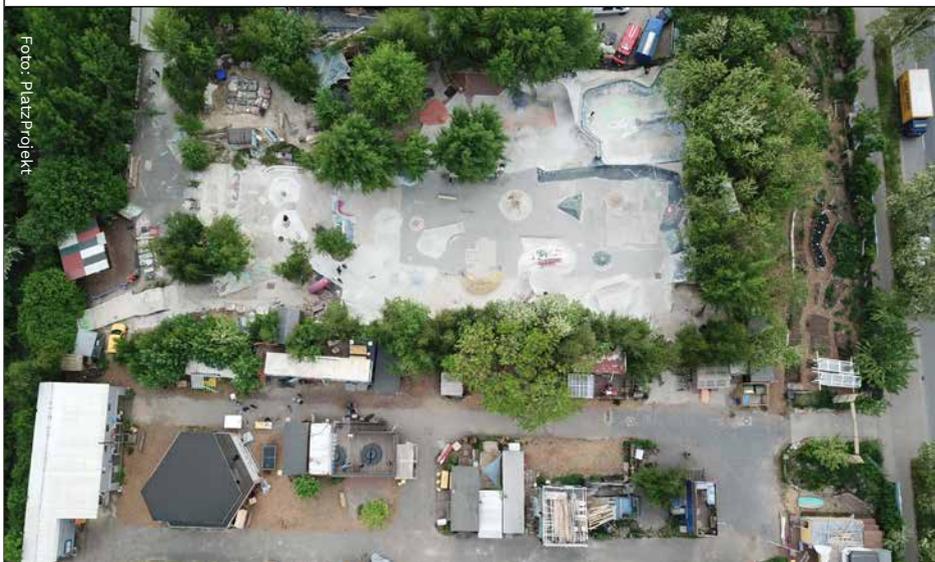




Foto: Hauke Dannenfeld

VISION

- langfristiger Erwerb des Geländes
- somit klare Positionierung als Quartiersentwickler im Stadtteil Hannover Linden

- menschliches Kapital: Kreativität und Energie
- Kooperation und Kulanz der Verwaltung
- externe Mittel für den Start

SCHLÜSSEL-  
FAKTORENORGANISATION  
STRUKTUR

Anwendung des Prinzips der Adhocracy: Wer macht, entscheidet.

Schrittweise Legalisierung baulicher Aktivitäten als erfolgreiche Prozessgestaltung.

PLANEN  
UND BAUEN

## FINANZIERUNG

Das Projekt wurde im Rahmen des Forschungsfeldes „Jugend.Stadt.Labor“ des Bundesbauministeriums und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unterstützt.

**Ture Claußen**

PLATZprojekt e.V., Hannover

↪ [www.platzprojekt.de](http://www.platzprojekt.de)

## KOLLEKTIV RAUMSTATION (BERLIN/WEIMAR/WIEN)

### WIE KOMMEN WIR ZU MEHR WERTSCHÄTZUNG VON BOTTOM-UP-STRATEGIEN, OHNE SIE ZU INSTRUMENTALISIEREN?

Die Raumstation ist ein experimentelles Raumforschungskollektiv bestehend aus 35 aktiven Mitgliedern in Weimar, Wien und Berlin. Die Raumstation gibt Impulse, bespielt, hinterfragt und denkt Räume neu. Dabei geht es ihr sowohl um mehr Wertschätzung von Bottom-up-Strategien und -Initiativen als auch um die Frage nach finanzieller und politischer Unabhängigkeit. Sie arbeitet mit experimentellen Raumerkundungsmethoden, künstlerisch-aktivistischen Interventionen und aktivierenden Prozessen. Dabei schafft es das Kollektiv mit seinen unterschiedlichen Aktionen – wie beispielsweise der Umwandlung einer großen Verkehrsinsel zu einem romantischen Inselresort, der Eröffnung einer Stadtmacherbehörde oder dem symbolischen Begräbnis von Teilhabe – auf subtile Art und Weise relevante Fragestellungen aufzuwerfen. Im Fokus steht die Rolle der Stadtbewohnerschaft – als Alltagsfachleute, als Adressatinnen und Adressaten und Ausgangspunkt von Veränderungen, als Macher. Kurz: Als die, auf die es am Ende ankommt. Im Mai 2020 organisierte die Raumstation das 6. bundesweite Recht-auf-Stadt-Forum in Weimar, online und dezentral.

Foto: Silvan Hagenbrock, raumstation.org





Foto: Silvan Hagenbrock, raumstation.org

ORGANISATION

- wöchentliches lokales Plenum und monatliche Ground-Control-Videoschaltung zwischen Wien, Weimar und Berlin
- Mix aus Ehrenamt und gemeinsam entschiedenen Honoraren

- „Wir geben Impulse, Raum zu bespielen, zu hinterfragen und neu zu denken“
- Verwaltungswahnsinn, temporäre Raumeignung, Unterstützung wohnungspolitischer Mobilisierungen, Recht auf Stadt

THEMENZIELE

- Unsichtbares sichtbar machen/Interesse wecken für z. B. soziale, ästhetische und sensorische Dimensionen und Qualitäten des Stadtraumes
- Unterstützung eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung

Wie viel Ehrenamt kann ich mir leisten vs. wie können wir finanziell unabhängig und nachhaltig agieren?

KERNFRAGEN

**Clemens Weise, Miriam Neßler & Silvan Hagenbrock**  
 Kollektiv Raumstation, Weimar/Berlin/Wien  
 ↪ [www.raumstation.org](http://www.raumstation.org)

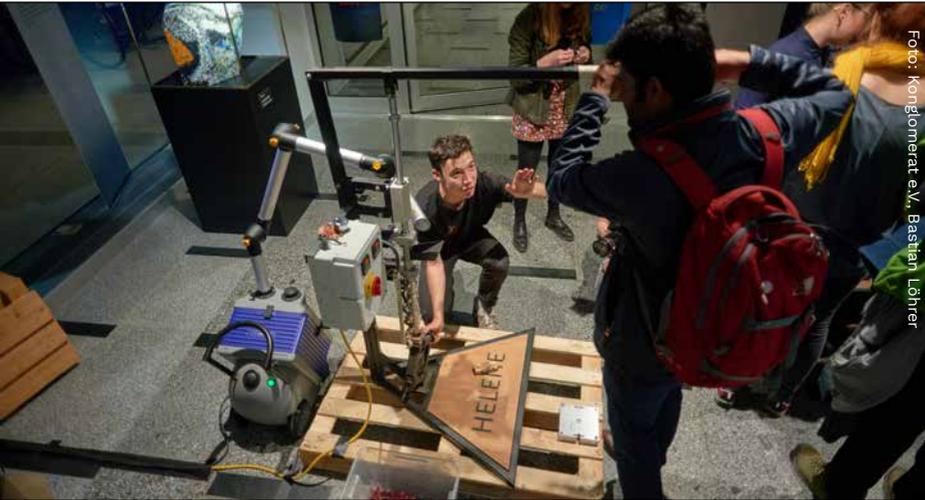
## KONGLOMERAT / #ROSENWERK (DRESDEN)

### WO KANN DIE STADT VON MORGEN NOCH GEMEINSAM GESTALTET WERDEN, WENN DIE RÄUME ZUM AUSPROBIEREN INNOVATIVER IDEEN ZUNEHMEND VERSCHWINDEN?

Das Dresdner #Rosenwerk ist mehr als eine offene Werkstatt. Zwar findet sich auf den 600 m<sup>2</sup> ausreichend Platz für verschiedenste Werkbereiche (von 3-D-Druck, CNC-Fräsen und Laserschneiden über Sieb- und Digitaldruck bis hin zu Kunststoff-Recycling und Kunstateliers), dennoch geht die Vision des Konglomerat e.V. wesentlich weiter: Das Rosenwerk dient als Ankerpunkt und Testfeld für nachhaltige Zukunftskonzepte und die gemeinsame Lust am Selbermachen. Die Vision zielt auf eine kooperative Gesellschaft, in der selbst verursachte Probleme nicht auf entfernte Länder oder zukünftige Generationen abgewälzt, sondern vielfältige Lösungsansätze lokal und transdisziplinär entwickelt werden. Im Jahr 2017 reagierte die Gruppe mit der Kampagne #nadannmachenwirmal auf die Bewerbung Dresdens als Kulturhauptstadt. In einer Plakatkampagne, Webseite und verschiedenen Dialogveranstaltungen wurden die lokale Initiativenlandschaft und damit die Menschen vorgestellt, die tagtäglich Stadt machen. Im Sommer 2019 war mit der #raumkon19 die deutsche Stadtmacherszene zu Gast in Dresden, um eine Woche lang über gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu diskutieren, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Foto: konglomerat e.V., kunstforschungsstelle





## HEMHNISSE

- fehlende Mietsicherheit und Bleibeperspektive
- kaum Möglichkeiten, in öffentlichen Ausschreibungen Overheadkosten geltend zu machen
- schwierige Zuordnung von zuständigen Ämtern für Querschnittsprojekte
- Schwierigkeit, die Bevölkerung zu erreichen
- Kosten und Hürden bei temporären Raumnutzungen oder Bauten

- langfristig gesicherte, geteilt genutzte Räume
- Zulassung von Verwaltungspauschalen in Förderprogrammen
- agile Teams in der Verwaltung, ressortübergreifend – quer zur Hierarchie
- Etablierung von Experimentierräumen mit gelockerten Auflagen zu lockern und weniger Bürokratie (Offenheit gegenüber Designprozessen in der Quartiersentwicklung)

## ZIELE

**Fridolin Pflüger & Philipp Sohr**  
 Konglomerat e.V. / #Rosenwerk, Dresden  
 ↪ [www.konglomerat.org](http://www.konglomerat.org)

## STADT FÜR ALLE (NÜRNBERG)

### WIE KÖNNEN VERWALTUNG, AKTEURE UND UNTERNEHMEN IHRE STADT GEMEINSAM GESTALTEN, UM EINE VIELFALT AN LEBENSENTWÜRFEN, BEGEGNUNGEN, ANGEBOTEN UND LEBENDIGKEIT ZU ETABLIEREN?

„Stadt für alle“ ist ein Festival für Stadtentwicklung von unten, das zeigt, wie sich Bewohnerschaft, Verwaltung, urbane Akteure und Unternehmen kooperativ die Gestaltung ihrer Stadt erschließen können, um eine Vielfalt an Lebensentwürfen, Begegnungen, Angeboten und Lebendigkeit zu etablieren. Es bildet den Status quo dezentraler Stadtentwicklung in Nürnberg ab und ermutigt die Bewohnerschaft, sich ihre eigene Stadt anzueignen, neue Initiativen zu gründen und bestehenden beizutreten. Das „Stadt für alle“-Festival Nürnberg fand vom 14. Mai bis 3. Juni 2018 in Nürnberg statt, möchte sich aber in Zukunft langfristig als lokale Plattform für Stadtentwicklung von unten etablieren: Mit einer Festival-Biennale und einem kleinen Büro, das lokale Akteure unterstützt und als Katalysator für derartige Projekte in Nürnberg zwischen Wirtschaft und Akteuren wirkt.



Foto: Max Häglerin/Urban Lab



### ZAHLEN UND FAKTEN

- 2018: erstes „Stadt für alle“-Festival
- Festivalzeitraum: 3 Wochen
- Veranstaltungen: über 45 an über 20 Orten im gesamten Stadtraum Nürnbergs
- Organisation zu 99 % ehrenamtlich

- Stärkung verwaltungsunabhängiger Initiativen, die Nürnberg aktiv mitgestalten
- Positionierung des Themas kooperative Stadtentwicklung in der Öffentlichkeit
- Aktivierung der Stadtbewohnerschaft zur Mitgestaltung

### ZIELE

### LEARNING

Kooperative Stadtentwicklung ist eine komplexe Angelegenheit. Daher ist die Erarbeitung von Strategien, die Fortbildung von Akteuren und die Förderung des Erfahrungsaustausches wichtig.

### Cosima Schugmann

Stadt für alle, Nürnberg

↪ [www.stadtfüralle.de](http://www.stadtfüralle.de)

## STADTPIONIERE (HERNE)

### WIE KÖNNEN KOMMUNALPOLITIK UND KREATIVSZENE NACHHALTIG BESSER ZUSAMMENARBEITEN?

Das Projekt Stadtpioniere nutzt die Werkzeuge des Social Design, um kommunalpolitische Abläufe einfach und transparent an eine breite Masse zu vermitteln. Ziel ist es, mehr Menschen in Herne wieder dafür zu begeistern, sich aktiv an der Gestaltung des eigenen Lebensraumes zu beteiligen, an Debatten teilzuhaben und eigene Ideen einzubringen.

Als stellvertretende Vorsitzende eines Jugendverbands in Herne, Absolventin der KommunalAkademie SGK NRW und Designstudentin an der Hochschule Niederrhein in Krefeld, versucht Linda Heldt der Frage nachzugehen, wie Gestaltung, die kreative Arbeit von Initiativen und Projekten mit der Politik vor Ort verknüpft werden können. Die Entwicklung niedrigschwelliger Angebote und insbesondere die Etablierung neuer, einfacher und interaktiver Kommunikationskanäle sollen den Kontakt zwischen Anwohnerschaft, Politik und Verwaltung und damit verbunden die Lust an der Mitgestaltung des eigenen städtischen Lebensraums wieder möglich machen. Das Projekt „Stadtpioniere“ befindet sich momentan noch in der Konzeptphase und soll als Workshopreihe und Festival im Stadtraum im Sommer 2020 realisiert werden.



Foto: Linda Heldt



### ZIELE

- gemeinsam den eigenen Lebensraum, das Stadtumfeld gestalten
- Identifikationsräume für alle Beteiligten schaffen
- nachhaltige Zusammenarbeit auf verschiedenen lokalen Ebenen initiieren

- partizipatives Gestalten städtischer Lebensräume
- Austausch zwischen Bewohnerschaft, Kommunalpolitik und Initiativen
- Entdecken und Wahrnehmen der eigenen Stadt mit neuen Methoden
- Förderung und Umsetzung kleinerer Projektideen vereinfachen

### THEMEN

### HEMNNISSE

- fehlendes Vertrauen, dass Mitwirkung möglich ist
- mangelnde Identifikation mit der Stadt
- trotz Leerstand kaum Raum für Projekte
- kaum Zusammenarbeit aller Ebenen
- lange bürokratische Wege bei Realisierung auch kleinerer Projekte

### Linda Heldt

Stadtpioniere, Herne

↪ [linda.heldt@icloud.com](mailto:linda.heldt@icloud.com)

## SVEA SAATKAMP (DORTMUND)

### WELCHE STRATEGIEN ZUR UMWIDMUNG, REAKTIVIERUNG UND UMNUTZUNG VON FLÄCHEN UND IMMOBILIEN GIBT ES?

Besonders unter dem städtebaulichen Leitbild der Innenentwicklung und des 30-Hektar-Ziels spielt die Konversion von urbanen Brachflächen oder die Umnutzung von Bestandsimmobilien eine zentrale Rolle. Als Werkstudentin bei der Stiftung Zollverein in Essen hat Svea Saatkamp die Transformation eines ehemaligen Bergwerkstandorts zu einem Kultur- und Industriedenkmal miterlebt. Die Studierende der Raumplanung an der TU Dortmund hat sich Fragen der Umwidmung, Reaktivierung und Umnutzung von ungenutzten Immobilien und Brachen verschrieben, die sie im Ruhrgebiet, aber auch international untersucht. Sie analysiert Funktionsweisen von Umnutzungsprozessen, deren Beitrag zur Lebensqualität von Städten und begibt sich auf die Suche nach Best-Practice-Beispielen, zuletzt in Spanien im Rahmen eines ERASMUS-Aufenthalts und eines Forschungsprojekts zur Revitalisierung des Altstadt-Areals von Isfahan im Iran.



Foto: Svea Saatkamp



Foto: Svea Saatkamp

ORGANISATION

- Wiedernutzbarmachung von ungenutzten Immobilien und Brachen, um die Flächenversiegelung zu begrenzen und den Charme signifikanter Orte zu erhalten (beispielsweise Industrie, Kirchen)
- alten Firmenstandorten, brachgefallenen Flächen oder ungenutzten Kirchen neue Nutzungen zuführen

- städtische Zusammenhänge und Verfahrensabläufe in der Raumnutzung aufdecken
- Visionen und Ideen (für konkrete Beispiele) sammeln und erarbeiten
- ausschlaggebenden Kriterien bei Umnutzungsprozessen identifizieren

ZIELEBEST-PRACTICE

Kirchenumnutzungen (zu beispielsweise Bibliotheken, Kletterhallen oder einem Seniorenstift), Nachnutzung von ausgedienten Industriestandorten, Bahnhofshallen, Schulen, Tankstellen etc.

Nachnutzung ermöglicht Wiederbelebung von Raum ohne weitere Flächenversiegelung

LEARNING**Svea Saatkamp**

TU Dortmund

↪ [svea.saatkamp@tu-dortmund.de](mailto:svea.saatkamp@tu-dortmund.de)

## TANTE GERDA (ESSLINGEN)

### WIE LASSEN SICH STÄDTISCHE FREIFLÄCHEN FÜR JUNGE ERWACHSENE ZURÜCKGEWINNEN?

Esslingen ist ein schönes Städtchen in der Nähe von Stuttgart. Doch trotz der pittoresken Innenstadt mit hochwertigen Parks und Plätzen gab es für junge Menschen bislang kaum Orte zum Aufenthalt im Stadtzentrum. Tante Gerda wirkt der Verdrängung junger Menschen aus dem öffentlichen Raum entgegen, interpretiert Freiraum um und nutzt ihn kreativ für neue Zwecke. So entstehen Impulsprojekte, die attraktive öffentliche Räume für junge Erwachsene schaffen. Besonders wichtig war die Öffnung des „Esslinger Stadtstrandes“ direkt neben dem Hauptbahnhof und dessen Belebung mit Kultur und Sport. Im Sommer 2015 aktivierte Tante Gerda den stillgelegten Busbahnhof mit temporären Interventionen.

Tante Gerda hat seit den ersten Ad-hoc-Aktionen 2012 schon viel erlebt: Damals wurden mit Plakaten umklebte Mülltonnen durch die Esslinger Innenstadt gerollt, um mehr Raum für Jugend und Kultur zu fordern. Es folgte die erste Zwischennutzung am alten ZOB, die vom Forschungsfeld Jugend.Stadt.Labor des Bundesbauministeriums und des Bundesinstituts für Stadt-, Bau- und Raumforschung (BBSR) unterstützt wurde. Weitere Zwischennutzungsprojekte wie z. B. Stadtstrand und Kulturpalast folgten. Und aktuell? Stadt und Investor wollen ihre Flächen für Bauprojekte zurück und Tante Gerda steht plötzlich ohne Bleibe da. Im Mai 2019 öffnete der Stadtstrand noch mal für die Sommersaison, doch die Zukunft ist ungewiss. Dennoch führten die Aktivitäten der letzten Jahre auch dazu, dass Tante Gerda nun auch politisch auf der Landkarte sitzt. Unterstützung durch den Esslinger Gemeinderat bei der Suche nach einem Ort, der nicht nur zwischengenutzt, sondern auch länger Bestand haben kann, ist jetzt essenziell. Tante Gerda setzt deswegen 2020 ein Zeichen und wird mit Unterstützern den öffentlichen Raum beleben. Egal ob Parkplatz, Stadtpark oder Marktplatz.

Foto: Tante Gerda Esslingen





## THEMEN

Von räumlichem Umdenken zur Akzeptanz junger Erwachsener im öffentlichen Raum ist alles dabei: Flächennutzung, Akzeptanz in der Gesellschaft, das Recht auf anders denken und sein.

Freiheit und Raum für die Jugend von heute und morgen!

WIR IN  
EINEM SATZ

## ZIELE

- Gemeinderat, der sich für die zukünftigen Belange von Tante Gerda einsetzt
- Zusicherung einer langfristigen Nutzung von Orten

**Kai Nitsche**

Tante Gerda, Esslingen

↪ [www.tantegerdaesslingen.wordpress.com](http://www.tantegerdaesslingen.wordpress.com)

# IMPRESSUM

**Herausgeber**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
Deichmanns Aue 31–37  
53179 Bonn

**Wissenschaftliche Begleitung**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
Referat Stadtentwicklung  
Stephanie Haury, [stephanie.haury@bbr.bund.de](mailto:stephanie.haury@bbr.bund.de)

**Begleitung im Bundesministerium**

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)  
Referat Stadtumbau  
Anja Röding, [anja.roeding@bmi.bund.de](mailto:anja.roeding@bmi.bund.de)  
Jacqueline Modes, [jacqueline.modes@bmi.bund.de](mailto:jacqueline.modes@bmi.bund.de)

**Auftragnehmer**

Team [stadtstattstrand](http://stadtstattstrand.de), [www.stadtstattstrand.de](http://www.stadtstattstrand.de)  
Laura Bruns, Tristan Biere, Konrad Braun  
[kontakt@urbane-liga.de](mailto:kontakt@urbane-liga.de)

**Stand**

Oktober 2020

**Lektorat**

Clea von Ammon, [www.kultur-pr-lektorat.de](http://www.kultur-pr-lektorat.de)

**Satz und Gestaltung**

Brückner + Brückner, [www.brueckner.studio](http://www.brueckner.studio)

**Druck**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn  
Gedruckt auf Recyclingpapier  
1. Auflage

**Bestellungen**

silvia.wicharz@bbr.bund.de; Stichwort: Urbane Liga

**Nachdruck und Vervielfältigung**

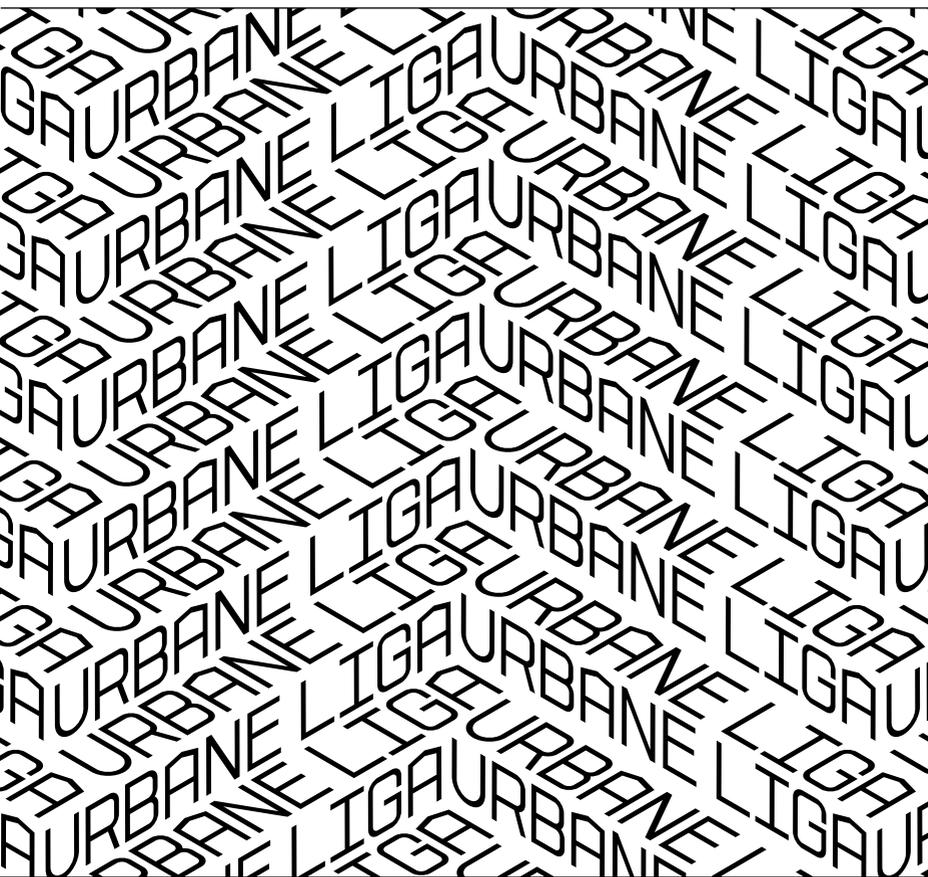
Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

ISBN 978-3-87994-276-3



## BILDNACHWEISE

Fotos und Grafiken: Duygu Atceken und © Team stadttatstrand, sofern nicht anders angegeben.

<b>Seiten</b>	<b>Urheberin</b>
21	ConstructLab
26/34/89	Hanna Burckardt, team stadttatstrand
44	Im Stadtfeld
45/196/197	Tante Gerda Esslingen
48/178	David Morsi, Niehler Freiheit e.V.
58/61/148/149	Otto Kronschwitz, Second Attempt e.V.
62/69	Vincent Schaack
74/180/181	Parklets für Stuttgart, RNM
75/170/171	Kulturbeutel e.V.
84, 189	Bastian Löhner
87	Raiko Sanchez
91	Clemens Rothbauer
102	Wolf Sondermann
102 /172	Sophie Ramm
103	Blaue Blume e.V.
115/174/175	Lena Maaß
117	Maurits Böttger
120	Jurbanisten
150/151	Juliane Rohrbacher, AJK
152/153	ADAPTER e.V.
154	Gianni Seufert, Blaue Blume e.V.
155	Jakob Wirth, Blaue Blume e.V.
156	Eliana Manca
157	Benoit Lorent, OST collective
158	Hannover VOIDS, Christina
159	Julian Martitz
160/161	Henrik Vervoorts
162/163	Philipp Böhme
164	Christoph Mörsch
168/169	Julia Klink
173	Nick Forster
176	Verena Maas
177	Mona Gennies, Netzwerk Immobilien
182	Laura Pelizarri
183	Sophie Thurner

184	PlatzProjekt
185	Hauke Dannenfeld
186/187	Silvan Hagenbrock, raumstation.org
188	Kunststoffschmiede, Konglomerat e.V.
190	Max Häblein, Urban Lab
191	Thomas Michalczyk, Urban Lab
192/193	Linda Heldt
194/195	Svea Saatkamp



Zertifikatsvergabe mit Staatssekretärin Anne Katrin Bohle im Bundesbauministerium



Die Urbane Liga ist ein Projekt des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Sie ist aus dem Jugendforum Stadtentwicklung entstanden. Ziel des Projekts ist, einen Möglichkeitsraum für junge Menschen zu schaffen, die über ihre Städte diskutieren und diese aktiv mitgestalten möchten. Das Projekt wird unterstützt durch das Büro stadtstattstrand – Kreativer Umgang mit urbanem Raum und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

